

ezra
MOBIT
KomRex
IDZ
(Hrsg.)

RECHTS EXTREMISMUS UND GRUPPEN BEZOGENE MENSCHEN FEINDLICHKEIT IM FREISTAAT THÜRINGEN

*Thüringer
Zustände*

Fakten und Analysen | 2024

Thüringer Zustände

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT THÜRINGEN**

INHALT

Executive Summary — 6
Grußwort des Präsidenten
des Thüringer Landtages
Dr. Thadäus König — 8
Vorwort — 10

TEAM MOBIT

Jahresrückblick 2024 –
Wahlen und andere
Begleiterscheinungen — 12

THERESA LAUß UND FRANZ ZOBEL

Rechte Gewalt entwickelt sich
zum Massenphänomen: Erstmals
über 200 rechte, rassistische
und antisemitische Angriffe
in Thüringen in 2024 — 20

BERNA ULUÇAY, JOSCHA LELL UND LAURA GDOWZOK

Online-Hatespeech in
Thüringen – Schlaglichter
der Beratungsarbeit — 27

LUCA SCHULDT UND SUSANNE ZIELINSKI

»Alle gegen Zionisten«:
(Israelbezogener) Antisemitismus
in akademischen, linken
und emanzipatorischen Milieus
in Thüringen — 33

CHRISTINE FINN, CARLA GROSCHKE, CAROLIN-THERESA ZIEMER, VLADIMIR BOJARSKICH, ARNE STOLP UND TOBIAS ROTHMUND

Neues Kräfteverhältnis in
Thüringen: Erkenntnisse
einer Bevölkerungsbefragung
zur Landtagswahl — 38

CHRISTOPH RICHTER, CORNELIUS HELMERT UND AXEL SALHEISER

Erklärungsfaktoren für
die Wahlergebnisse der AfD
in Thüringen 2024 — 47

JAKOB SCHERGAUT UND JOHANNES STREITBERGER

Geschichtspolitik der AfD
im Wahlkampf 2024 — 54

HANNAH MERKLE UND FELIX M. STEINER

Jugendlicher Rechtsruck? — 60

HELENE FRANKE, CORNELIUS HELMERT UND JOHANNES STREITBERGER

Populismus zwischen Werbung
und Vereinsmeldungen.
Der Altenburger Kurier zur
Landtagswahl 2024 — 66

GINA MEIER, ALESSA WENZLAFF, MATTHIAS GÖTHE

UND JANINE DIECKMANN

»Queerfeindlichkeit in Thüringen
im Superwahljahr 2024 — 72

STEPHAN KASPAR UND ROMY ARNOLD

»Politik ohne Ideologie?
Rechtsoffene Wählergruppen
in Thüringen — 79

PROZESSDOKU THÜRINGEN

Knockout 51: Rechtlicher Schutz
für rechte Gewalt? — 82

Autor*inneninformationen — 95
Impressum — U3

EXECUTIVE SUMMARY

DAS JAHR 2024 WAR vor allem durch die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen geprägt. Diese wurden gerahmt von zahlreichen Aktivitäten der extremen Rechten und Aktionen der demokratischen Thüringer Zivilgesellschaft. Bei allen Wahlen konnte die AfD ihre Ergebnisse deutlich ausbauen.

IM UNABHÄNGIGEN MONITORING

zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen werden von ezra erstmals über 200 Angriffe innerhalb eines Jahres registriert. Damit entwickelt sich rechte Gewalt zu einem Massenphänomen mit ähnlichen Tendenzen wie in den 1990er-Jahren.

ONLINE-HATESPEECH in Thüringen ist ein ernstzunehmendes Problem. Sie trifft marginalisierte Gruppen ebenso wie die demokratische Zivilgesellschaft. Sie gefährdet u. a. das Engagement von Kommunalpolitiker*innen und kann mit analogen Bedrohungslagen einhergehen.

DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS (RIAS)

THÜRINGEN Thüringen verzeichnete 2024 eine neue Höchstzahl antisemitischer Vorfälle. Erstmals seit Beginn der Dokumentation wurden mehr Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert als Fälle von Post-Shoah-Antisemi-

tismus. Antisemitismus tritt auch in Thüringen zunehmend in linken und akademischen Kontexten auf.

VOR DER LANDTAGSWAHL befürwortete einer Studie des KomRex zufolge ungefähr ein Drittel der Wählerschaft anderer Parteien eine Regierungsbeteiligung von CDU und BSW, die SPD erhielt Unterstützung von einem Viertel. Die AfD erhielt die geringste Zustimmung. Auch nach der Wahl blieb die Unterstützung für sie auf niedrigem Niveau. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD von Wähler*innen anderer Parteien überwiegend abgelehnt wurde, obwohl sie die höchsten Stimmanteile erzielte.

STATISTISCHE ANALYSEN DES IDZ zu den Wahlergebnissen der AfD bei den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024 in Thüringen zeigen, dass sowohl demografische, ökonomische als auch politische Faktoren zum Abschnelden der AfD beitrugen. Allerdings wiesen die Faktoren der politischen Kultur (frühere rechtsextreme Wähler*innenmobilisierung, geringe Demokratiezufriedenheit, rechtsextreme Einstellungen) mit Abstand die höchste Erklärkraft für die Wahlergebnisse auf.

INDEM DIE THÜRINGER AfD mit dem Nationalsozialismus kokettiert,

die NS-Verbrechen kleinredet und gleichzeitig deutsche Opfer (über-)betont, enttabuisiert sie völkische Überlegenheitsfantasien und knüpft an rechtsextreme Identitätspolitik an. Zugleich setzt sie die liberale Demokratie mit der DDR gleich, brandmarkt politische Gegner*innen als totalitär und zeichnet ein verklärtes Bild der zweiten deutschen Diktatur.

HOHE STIMMENANTEILE für die AfD auch bei Jungwähler*innen und die Rückkehr des jugendlichen Neo-nazi-Skinheads: Gibt es also einen jugendlichen Rechtsruck? Einerseits sehen wir neue, durchaus besorgniserregende Entwicklungen im aktivistischen und subkulturellen Milieu sowie auch auf der Einstellungsebene. Andererseits vertritt ein Großteil der jungen Menschen nach wie vor liberale bis progressive Einstellungen und beteiligt sich auf der Straße an Demonstrationen gegen die extreme Rechte.

SEIT GERAUMER ZEIT stehen regionale Anzeigenblätter in der Kritik, populistischen Narrativen, Rassismus, Geschichtsrevisionismus, Verschwörungserzählungen und Nationalismus ein Forum zu bieten. Auch der Altenburger *Kurier* enthält zwar überwiegend unpolitische Inhalte wie Anzeigen, behördliche Mitteilungen und Vereinsmeldungen. Gleichzeitig finden sich in nahezu jeder untersuchten Ausgabe populistische Versatzstücke, insbesondere in den Dimensionen Anti-Establishment, Anti-Institutionalismus und Manichäismus.

QUEERFEINDLICHKEIT zeigte sich 2024 in Thüringen in vielen Kontexten und äußerte sich nicht nur in direkten Angriffen auf queere Menschen, sondern auch in der gezielten Instrumentalisierung queerfeindlicher Narrative durch politische Akteur*innen – vor allem im Kontext des Wahlkampfes. Dies unterstreicht die Dringlichkeit struktureller Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung queerer Communitys.

DAS SELBSTVERSTÄNDNIS von Freien Wählergruppen (FW) als ideologie- und parteifrei kann sich als Einfallstor zur Normalisierung rechtsextremer Akteur*innen und ihrer Ideologie entpuppen. Bei einigen FW verbirgt sich hinter der vermeintlich ideologiefreien und nicht-parteilichen Sachpolitik eine rechtsoffene oder extrem rechte Ideologie.

DAS VERFAHREN GEGEN KNOCKOUT 51 wirft Fragen zum Umgang der Thüringer Justiz mit rechtsextremen Strukturen auf. Während die Bundesanwaltschaft die Gruppe als terroristische Vereinigung einstufte, sah das Oberlandesgericht Jena ihr Agieren als Akt des legitimen Selbstschutzes an. Die »Thüringer Sichtweise« steht im Kontrast zur Einschätzung des Bundesgerichtshofs, der auch die politische Bedeutung der Gruppe gänzlich anders einordnet.

GRUSSWORT DES PRÄSIDENTEN DES THÜRINGER LANDTAGES

Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Das Jahr 2024 war politisch gesehen für Thüringen ein bewegendes. Mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahl kam es einem Superwahljahr gleich, an dessen Ende sogar noch das Scheitern der Bundesregierung stand, das zur vorgezogenen Neuwahl am 23. Februar 2025 führte.

Parallel zu einer in Wahlkampfzeiten zugespitzten Kommunikation erlebten wir eine Verschärfung des politischen Diskurses innerhalb und außerhalb des Parlaments. Wir wurden Zeugen einer zunehmenden Stärkung der politischen Extreme und des wachsenden Einflusses politischer Ränder auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Parlamentes, bis hin zur Blockade notwendiger Entscheidungen. Unsere Demokratie steht unter Druck, was auch durch einen einstweiligen Höchststand politisch motivierter Kriminalität gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung untermauert wird.

Am 28. September 2024 hat mich der achte Thüringer Landtag zum Präsidenten gewählt. Dem ging eine denkwürdige konstituierende Sitzung voraus, die deutlich machte, was passiert, wenn parlamentarische Regeln missachtet und die Rechte der Abgeordneten bewusst ignoriert werden. Nur mit einer Sitzungsunterbrechung und der Anrufung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs konnte die



Dr. Thadäus König ist seit 2024 Präsident des Thüringer Landtages.

Konstituierung vollständig gelingen. Und dies nur, weil der Alterspräsident – Mitglied einer vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei – durch das höchste Gericht in Thüringen verpflichtet worden ist, die Tagesordnung rechtmäßig umzusetzen. Das war ein einmaliger Vorgang in Deutschland, der Thüringen und sein Parlament erneut in der öffentlichen Wahrnehmung in ein bedenkliches Licht gerückt hat.

Eine meiner Hauptaufgaben sehe ich deshalb darin, dem Thüringer Landtag als Zentrum der Thüringer Demokratie wieder ein positives Image zu verleihen. Den Bürgerinnen und Bürgern möchte ich vermitteln: Dieses Parlament ist handlungsfähig. Für unser Land und die Menschen, die in ihm leben.

Das Parlament ist auch ein Spiegel der Gesellschaft.

Und so wie es um Mehrheiten für Entscheidun-

gen diskutiert, darf auch das Gespräch zwischen den Menschen nie abbrechen. Die »Thüringer Zustände« zeigen deutlich, dass dies immer schwerer fällt. Hass, Desinformationen, gewalttätige Übergriffe und Bedrohungen lassen keinen Dialog zu. Sie greifen die Achtung demokratischer Grundprinzipien an und sind Gift für unser Gemeinwesen.

Dem stellen sich Menschen entgegen, die in unserem Land Verantwortung für das Miteinander übernehmen. Sie engagieren sich in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Jugendgruppen. Sie decken auf, geben Wissen weiter und stellen Transparenz her. Sie teilen ihre Überzeugungen, demonstrieren, bestärken einander oder stehen Mitmenschen zur Seite.

Sie tun dies im Privaten und im Öffentlichen und sie tun dies oft genug mit Zivilcourage. Für dieses Engagement bin ich dankbar. Und es verdient allen Respekt.

Demokratie zu stärken, ist nicht schwer. Wer sich in unser Gemeinwesen einbringt, die Stimme gegen jede Form von

Gewalt erhebt und Solidarität mit betroffenen und bedrohten Gruppen zeigt, der übernimmt Verantwortung.

Ich danke den Autorinnen und Autoren der »Thüringer Zustände« für ihre Arbeit. In ihren Beiträgen tragen sie Entwicklungen zusammen, die wir nicht beschönigen oder wegredden dürfen. Dieser Zustandsbericht ist ein weiteres Instrument, Demokratie zu stärken und dafür wichtige Schlüsse zu ziehen.



DR. THADÄUS KÖNIG

Präsident des
Thüringer Landtages

VORWORT

Zum fünften Mal in Folge erscheinen die »Thüringer Zustände«, die von ezra, MOBIT, Kom-Rex und IDZ gemeinsam herausgegeben werden. Die Publikation versteht sich als kritischer Jahresrückblick zur demokratischen Kultur im Freistaat. Mit Blick auf das Superwahljahr 2024 lässt sich feststellen: Die politischen Entwicklungen markieren eine Zäsur.

Bereits im Vorwort zur vorherigen Ausgabe wurde auf die Bedeutung der Kommunal- und Europawahlen verwiesen, bei denen die rechts-extreme AfD erhebliche Zugewinne erzielen konnte. Mit der Landtagswahl am 1. September 2024 hat sich dieser Trend fortgesetzt: Die AfD wurde stärkste Kraft und verfügt nun über eine Sperrminorität im Parlament. Damit gewinnt sie erheblichen Einfluss auf zentrale demokratische Prozesse.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf der kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Verschiebungen im Wahljahr 2024 und ihren gesellschaftlichen Folgen. Dabei nehmen wir nicht nur die AfD, ihre Anhänger*innen und Wähler*innen in den Blick, sondern auch das breitere Spektrum demokratiefeindlicher Akteur*innen im Freistaat und Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – etwa Rassismus, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit.

Deutlich wird: Wo demokratische Kräfte an Sichtbarkeit und Einfluss verlieren, nehmen antidemokratische Akteur*innen diese Räume ein. Autoritäre, antipluralistische Positionen gewinnen dort an Wirkmächtigkeit. Oft geschieht dies unter dem Deckmantel einer scheinbaren »Bürgerlichkeit« und Rechtschaf-

fenheit, tatsächlich jedoch mit dem Ziel, gesellschaftliche Vielfalt, Gleichwertigkeit und Teilhabe zurückzudrängen. Die Folgen sind Ausgrenzung, Abwertung und Bedrohung all jener, die nicht in ein rückwärtsgewandtes, nationalistisch-rassistisches Weltbild passen.

In Thüringen lässt sich wie unter einem Brennglas beobachten, wie radikal die AfD ist. Gleichwohl gelingt es ihr, die politische Unzufriedenheit vieler Menschen anzusprechen und daraus erhebliche Mobilisierungskraft zu schöpfen. Dabei tritt in den Hintergrund, dass zentrale Positionen ihrer Programmatik weder mit dem Grundsatz der Menschenwürde noch mit den Interessen vieler ihrer Wähler*innen vereinbar sind.

Bei der Bundestagswahl 2025 erzielte die AfD in Thüringen ihr bundesweit höchstes Ergebnis. In der Folge wurden abermals Forderungen laut, die »Brandmauer« einzureißen. Dabei darf nicht aus dem Blick geraten: Eine Kooperation mit extrem rechten Kräften – egal auf welcher politischen Ebene, egal in welcher Frage – trägt zu ihrer Normalisierung und Verharmlosung bei, untergräbt die Grundlagen einer menschenrechtsorientierten Demokratie und stellt eine

konkrete Gefährdung für Betroffene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar.

Zivilgesellschaftliches Engagement für demokratische Werte, politische Bildung, Gewaltprävention und soziale Teilhabe bleiben daher unverzichtbar – ebenso wie deren langfristige und verlässliche Förderung durch Bund und Land. Eine finanziell abgesicherte, überparteiliche Demokratiearbeit ist eine zentrale Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen, das allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Sie ist eine wichtige Zukunftsinvestition. Dafür braucht es jetzt entschlossenes Handeln – nicht Kürzungen.

Die Vielfalt der Perspektiven, Selbstverständnisse, Leitbilder und professionellen Handlungsaufträge der Autor*innen spiegelt sich in den Beiträgen dieser Ausgabe wider. Dazu gehört eine konsequente, empathische und solidarische Positionierung an der Seite von Betroffenen. Die »Thüringer Zustände« verstehen sich als Beitrag zur Stärkung einer offenen, menschenrechtsorientierten und demokratischen Gesellschaft.

Ziele der »Thüringer Zustände« sind

1) FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG

der aktuellen Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen

2) KOMPAKTE ANALYSEN UND ÜBERBLICKE

aus den Perspektiven der herausgebenden Institutionen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven bzw. Betroffenenperspektiven sowie gegebenenfalls relevanter regionaler und lokaler Schwerpunktsetzungen

3) BEREITSTELLUNG EINER SOLIDEN INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSGRUNDLAGE

für landesweite, regionale und kommunale politische Verantwortliche, Mitarbeiter*innen in Behörden, Bildungsinstitutionen, Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie Journalist*innen

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welt-offenheit (DenkBunt) finanziert. Die vier herausgebenden Institutionen werden als Strukturprojekte des Landesprogramms vom Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie (TMSGAF) gefördert.

Wir danken allen Autor*innen und Beteiligten. Besonderer Dank gilt Susanne Haldrich für das Lektorat und Uwe Adler (Weimar/Berlin) für den Satz und das Layout.

Für die Herausgeber*innen

Romy Arnold — MOBIT

Franz Zobel — ezra

Johannes Streitberger — KomRex

Axel Salheiser — IDZ

JAHRESRÜCKBLICK 2024: WAHLEN UND ANDERE BEGLEITERSCHEINUNGEN

Team Mobile Beratung
in Thüringen (MOBIT)

Das Jahr 2024 war vor allem durch die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen geprägt. Diese wurde gerahmt von zahlreichen Aktivitäten der extremen Rechten und Aktionen der demokratischen Thüringer Zivilgesellschaft. Bei allen Wahlen konnte die AfD ihre Ergebnisse deutlich ausbauen.

Die Thüringer AfD im Superwahljahr

Seit Jahren befindet sich die AfD in Thüringen im Dauerwahlkampf. Wöchentlich sind Abgeordnete und Mitarbeiter*innen der Partei mit Infoständen und Veranstaltungen fast im gesamten Freistaat präsent. Dazu kommt eine nahezu flächendeckende Anbindung an das lokale extrem rechte Protestmilieu.

Im Januar 2024 veröffentlichte die Plattform *CORRECTIV* eine Recherche zu einem extrem rechten Treffen rund um das Thema »Remigration« (Lüdecke 2024) in Potsdam: Die Veröffentlichungen führten bundesweit zu Massenprotesten gegen die extreme Rechte. Auch in Thüringen gingen über Wochen Tausende Menschen in zahlreichen Orten auf die Straße. Am 14. Januar fand nur wenige Tage nach den Veröffentlichungen der erste Wahlgang der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis statt.

Um nach dem Erfolg in Sonneberg die Wahl eines weiteren AfD-Landrats zu verhindern, hatte sich Ende 2023 das lokale Bündnis »Dorf-
liebe für alle« gegründet. Trotz ähnlicher Konstellationen wie in Sonneberg konnte Christian Herrgott (CDU) sich in der Stichwahl mit rund fünf Prozentpunkten Vorsprung gegen den AfD-Kandidaten Thrum durchsetzen. Dies dürfte nicht zuletzt auch mit der zivilgesellschaft-

lichen Mobilisierung zu erklären sein. Das Bündnis hatte im Vorfeld der Wahlen einen offenen Brief verfasst und über 1500 Unterschriften aus dem gesamten Landkreis und darüber hinaus gesammelt. Mit diversen Aktionen und Kundgebungen wies das Bündnis immer wieder auf die menschenfeindlichen Inhalte der AfD hin.

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2024 lag die AfD bei den Kreistags- und Stadtratswahlen hinter der CDU auf dem zweiten Platz. Mit Ausnahme des Unstrut-Hainich-Kreises zogen die Kandidat*innen der AfD bei allen Landratswahlen, bei denen sie antraten, in die Stichwahlen ein. Vergleicht man die Stichwahlergebnisse mit den drei vorangegangenen Wahlen um die Landrats- bzw. Oberbürgermeisterwahlen in Sonneberg, Nordhausen und dem Saale-Orla-Kreis, schnitten am 9. Juni alle AfD-Kandidaten deutlich schlechter ab und es konnte kein weiteres Landratsamt gewonnen werden. Man kann hier – auch mit Blick auf die folgenden Wahlen – nicht davon sprechen, dass die »blaue Welle« gestoppt werden konnte. Es zeigte sich aber, dass zivilgesellschaftliche Proteste sehr wohl einen Einfluss auf die Wahlen haben können. Dennoch: Die ausgebaute Präsenz der AfD auf kommunaler Ebene birgt vor allem die Gefahr einer weiteren Normalisierung.

ABBILDUNG 1: Am 6. Januar organisierte das Bündnis »Dorfliebe für alle« eine Demonstration in Schleiz zur Landratswahl (Quelle: MOBIT)



Am 1. September fand in Thüringen die Landtagswahl statt, bei der die AfD mit 32,8 Prozent stärkste Kraft wurde und die Sperrminorität erreichte. Von den insgesamt 88 Landtagsabgeordneten stellt die AfD nun 32. Mit der Sperrminorität verfügt die AfD über die Position, auf verschiedenen Ebenen Entscheidungen im Landtag blockieren zu können oder/und die eigene Präsenz in Gremien deutlich auszubauen. So kann beispielsweise ohne Zustimmung der AfD weder der Landtag aufgelöst, Richter*innen im Richterwahlausschuss gewählt noch die parlamentarische Kontrollkommission besetzt werden. Letztere dient eigentlich der Kontrolle des Verfassungsschutzes, der wiederum die AfD als gesichert rechtsextrem einstuft. Wie destruktiv die AfD mit der neuen Stärke auf die parlamentarische Demokratie wirken kann, um diese zu delegitimieren, zeigte sich bereits in der konstituierenden Sitzung des Landtages am 26. September 2024. Diese musste aufgrund des Agierens des sitzungsleitenden AfD-Alterspräsidenten Jürgen Treutler abgebrochen werden. Im Nachgang der Sitzung rief die CDU das Thüringer Verfassungsgericht an, welches den AfD-Alterspräsidenten schlussendlich in die Schranken wies. Die AfD reagierte ihrerseits mit Strafanzeigen wegen Befangenheit gegen verschiedene Richter*innen, welche die Staatsanwaltschaft wegen fehlenden Anfangsverdachts zurückwies.

ABBILDUNG 2:
Wahlkampf-
abschluss der
Thüringer AfD
am 30. August
2024 in Erfurt
(Quelle: MOBIT)



Letztlich konnte bei der Regierungsbildung die Zusammenarbeit mit der AfD verhindert werden. Mario Voigt (CDU) wurde nach Unterstützungszusage durch Die Linke als neuer Ministerpräsident ohne Stimmen der AfD gewählt, wodurch kein erneuter Kemmerich-Effekt zustande kam. Beim Landesparteitag in Arnstadt am 14./15. Dezember 2024 meinte Höcke in seiner Vorstellungssrede, er sei »bei aller Bescheidenheit [...] der wahre Ministerpräsident von Thüringen«. Er setzte damit die Strategie fort, die AfD als Opfer eines vermeintlich undemokratischen Agierens der anderen Landtagsfraktionen zu inszenieren (Debes 2024).

Trotz der Erfolge der extrem rechten Partei wurden im Jahresverlauf immer wieder interne Machtkämpfe um die Aufstellung der Kandidat*innen öffentlich. Bereits vor den Kommunalwahlen gab es in der AfD Streit. In Saalfeld-Rudolstadt versuchte der Kreisverband der AfD, seine bereits im Herbst 2023 für die Kreistagswahl gewählten Kandidat*innen rund um den Landtagsabgeordneten Karlheinz Frosch neu wählen zu lassen. Höcke unterstützte die Konkurrenzliste dabei offensiv. Der Konflikt wurde vor dem Landgericht Gera ausgetragen und zugunsten Froschs entschieden. Letztlich traten zwei konkurrierende Listen aus den Reihen der AfD an. Ähnliche parteiinterne Auseinandersetzungen folgten im Wartburgkreis: Hier intervenierte der Landesvorstand gegen



zwei vom AfD-Kreisverband Westthüringen im Februar 2024 gewählte Direktkandidaten und versagte diesen die Unterschrift für ihre Kandidatur zur Landtagswahl. Weil sich die Kandidaten gegen den vom Parteivorstand favorisierten AfD-Kreisvorsitzenden durchsetzten, wollte der Parteivorstand die Wahl wiederholen. Auch diese Auseinandersetzung wurde juristisch vor dem Landgericht in Erfurt geführt. Bei den Kandidaturen zur Bundestagswahl zeichneten sich ähnliche Konflikte ab. Mit Robert Teske, Torben Braga und Stefan Möller wurden schließlich drei enge Höcke-Vertraute auf die Landesliste gewählt.

»Reichsbürger« und andere Spektren

Die Szene der »Reichsbürger« war 2024 sehr aktiv in Thüringen. Neben zahlreichen Vorträgen und Kongressen fand die größte bundesweite Szene-Demonstration mit rund 1 000 Menschen in Gera statt. Daneben waren die lokalen Gruppen weiter fester Bestandteil des themenflexiblen Protestspektrums und in Teilen Bündnispartner der AfD. Insbesondere der langjährige Aktivist Frank Haußner aus Zeulenroda – eine der Führungsfiguren von *Freies Thüringen* – bildet eine zentrale Schnittstelle zwischen »Reichsbürger«-Milieu und AfD. Zudem ist Thüringen weiterhin der wichtigste Veranstaltungsort für bundesweite »Reichsbürger«-Netzwerke. Regelmäßig finden in zahlreichen Regionen Vorträge unterschiedlicher »Reichsbürger«-Gruppen statt. Die größten beiden Veranstaltungen waren zum einen das »Große Treffen der Bundesstaaten 25+1« am 6. April in Gera. Rund 1 000 Anhänger*innen der Szene kamen hier zusammen. Insgesamt wurde das Veranstaltungsformat bereits vier Mal verwirklicht, in Thüringen allerdings mit dem größten Zulauf. Daneben fand mit dem »Staatsvolktreffen« am 16. November ein weiteres bundesweites Treffen statt. Aufgrund der Intervention der Behörden stand den Veranstalter*innen kein Raum zur Verfügung. So wandelten sie die als Tagung geplante Veranstaltung in eine Demonstration in Leinefelde um, bei der auch einige der vorgesehenen Redner*innen sprachen. Insgesamt waren trotz des Ausfalls der eigentlichen Veranstaltung zwischen 200 und 300 Menschen angereist. Diese beiden Großereignisse zeigen – neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen und der Anbindung der mutmaßlichen Terrorgruppe um Prinz Reuß im Freistaat –, dass Thüringen von zentraler Bedeutung für die bundesweite Szene ist. »Reichsbürger« sind im Kontext des stattfindenden Rechtsrucks ein wichtiger Faktor sowohl in der Mobilisierung auf der Straße als auch bei der grundsätzlichen Delegitimierung des demokratischen Systems. Sie verstärken nicht nur die Verbreitung von

Verschwörungserzählungen, sondern arbeiten dadurch auch aktiv an der Abkehr zahlreicher Menschen vom demokratischen Diskurs.

Neonazi-Szene: Verfahren, Immobilien und RechtsRock

Die Bedeutung der Neonazi-Szene im Parteienspektrum ist seit dem Auftauchen der AfD weiter zurückgegangen. Als subkulturelles Phänomen und Struktur insgesamt ist ihr Beitrag für das Erstarken der extremen Rechten aber nicht zu unterschätzen. Besonders in Regionen, in denen einzelne Aktivist*innen seit vielen Jahren aktiv sind und/oder die Szene über eigene Immobilien verfügt, ist der Einfluss der »klassischen« extremen Rechten besonders hoch – wie sich am Beispiel von Tommy Frenck (*Bündnis Zukunft Hildburghausen*) zeigt. Mit seinem Gasthaus »Eiserner Löwe« in Brattendorf (Landkreis Hildburghausen) ist er nicht nur regional ein Anlaufpunkt, sondern mobilisiert mit Konzerten etc. auch überregionales Neonazi-Publikum nach Südthüringen.

Vor allem der Prozess gegen die Hauptangeklagten im *Knockout-51*-Prozess hatte für die Thüringer Neonazi-Szene deutliche Auswirkungen. Vor dem Oberlandesgericht (OLG) Jena standen vier Hauptbeschuldigte vor Gericht (Prozessdoku Thüringen 2024; siehe auch Beitrag zur Prozessdokumentation in diesem Band). Ihre rund zweijährige Inhaftierung ließ die Aktivitäten der Neonazi-Szene in Eisenach deutlich einbrechen. Im Zuge der Ermittlungen gab es Ende 2023 weitere Verhaftungen gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer der Gruppe, darunter der Heimat-Funktionär Patrick David Wieschke. Das Verfahren soll erneut am OLG in Jena stattfinden. Die Neonazi-Szene warf Wieschke seine Kooperation und sein Aussageverhalten vor. Er gilt damit in weiten Teilen der Szene als Verräter. Eine der offensichtlichen Folgen nach seiner Haftentlassung war, dass bisher keine weiteren öffentlich bekannt gewordenen RechtsRock-Konzerte in der Eisenacher Heimat-Landesgeschäftsstelle stattgefunden haben. 2024 wurden von MOBIT 48 rechte Musikveranstaltungen in Thüringen gezählt (MOBIT 2025). Das Wegbrechen einer der wichtigsten Szene-Immobilien als Veranstaltungsort hatte einen Abwärtstrend der Aktivitäten im Bereich RechtsRock zur Folge: Auch in Ohrdruf (Landkreis Gotha) verlor die Neonazi-Szene eine Immobilie. Die Kleinstpartei *Der Dritte Weg* musste 2025 hier ihr Parteibüro räumen.

Gleichzeitig verließ der Neonazi Tommy Frenck den von ihm gepachteten Gasthof »Goldener Löwe« in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen) und bezog nur wenige Kilometer entfernt in Brattendorf eine

neue Immobilie. Mit der Eröffnung des »Eisernen Löwen« im September 2024 steht nun eine neue Szene-Gaststätte zur Verfügung, die sich mit Neonazi-Kitsch vor allem wieder an die eigene Szene richtet. Frenck kündigte im Zuge der Neueröffnung gleich mehrere Rechts-Rock-Konzerte bis Jahresende an. Der Neonazi bewarb sich bei der Landratswahl in Hildburghausen als Kandidat, was bundesweit für Aufsehen sorgte. Zwar verlor Frenck die Stichwahl mit 31,1 Prozent der Stimmen deutlich, konnte dabei aber zeigen, dass rund ein Drittel der Wahlberechtigten bereit sind, einem Neonazi ihre Stimme zu geben (MOBIT 2024).

Eine Neuformierung im Bereich jugendlicher Neonazismus zeigte sich spätestens beim Wahlkampfabschluss der AfD am 31. August auf dem Domplatz in Erfurt. An der Versammlung nahm eine größere Gruppe teils sehr junger Neonazis teil, die bisher in verschiedenen Organisationen aktiv waren. Nach dem Zerfall der *Neue Stärke Partei* (NSP) und in Folge des Gerichtsverfahrens gegen die Neonazis der extrem rechten Kampfsportgruppe *Knockout 51* scheinen sich im jugendlichen und militanten Neonazismus neue Netzwerke herauszubilden. Bereits in der Vergangenheit waren u. a. in Erfurt junge Neonazis aufgefallen, die Aktionen der demokratischen Zivilgesellschaft störten und angriffen. Zudem tauchten thüringenweit wieder vermehrt Graffiti mit rechten Botschaften auf. Diese neuen Netzwerke zeigten sich auch beim Wahlkampfabschluss der AfD in Erfurt. Hier traten als wahrnehmbare Gruppe nicht nur Personen aus den ehemaligen Strukturen der NSP und einzelne Mitglieder von *Knockout 51* auf, sondern auch aus dem Umfeld der Neonazi-Partei *Der Dritte Weg* und der Fanszene des Rot-Weiß-Erfurt. Daneben waren Akteur*innen aus dem völkischen Spektrum vor Ort und Aktivist*innen der *Identitären Bewegung*.

Fazit

Im Jahr 2024 hat sich in Thüringen auf parlamentarischer Ebene eine weitere Verschiebung nach rechts manifestiert. Die AfD konnte bei nahezu allen Wahlen ihre bisherigen Ergebnisse ausbauen. Diese Erfolge führen zu einem noch stärkeren Einfluss und Ausbau der Präsenz der Partei im Freistaat. Bereits wenige Tage nach der Wahl hat die Partei ihre Dauerbeschallung durch Infostände und Veranstaltungen in ganz Thüringen wiederaufgenommen. In den kommunalen Gremien und im Landtag ist es kaum noch möglich, die ohnehin löchrige Brandmauer aufrechtzuerhalten. Viel mehr zeichnet sich immer deutlicher ab, dass demokratische Parteien gewillt sind, mit der AfD zusammenzuarbeiten.

Der Erfolg der extremen Rechten war in den zurückliegenden Monaten vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beobachten. Nicht zuletzt wurde dies durch das Landtagswahlergebnis in Thüringen bestätigt.

Die Krisen und Kriege der letzten Jahre in Kombination mit teils instabilen Regierungskonstellationen sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene bereiten für den Aufstieg extrem rechter Akteur*innen verschiedener Couleur einen fruchtbaren Nährboden. Die Thüringer AfD hat sich dabei längst zum Gravitationspunkt auch für andere Teilbereiche der extremen Rechten entwickelt.

MOBIT dokumentiert
vierteljährlich die
Aktivitäten der extremen
Rechten auf ihrem Blog
unter www.mobit.org

LITERATUR

- Debes, Martin (2024):** Höcke – gefangen in Thüringen. Online: <https://www.stern.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke--ein-paria-der-afd--gefangen-in-thueringen-35309978.html> [04.06.2025].
- Lüdecke, Robert (2024):** »Remigration«: Rechtsextremes Framing für Deportations-Fantasien. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/remigration-rechtsextremes-framing-fuer-deportations-fantasien-108077/> [12.03.2025].
- MOBIT (2024):** Im Blick 3/24 – Dokumentation der extremen Rechten in Thüringen. Online: <https://mobit.org/im-blick-3-2024-dokumentation-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> [12.03.2025].
- MOBIT (2025):** NS-Verherrlichung und Abschiebe-Partystimmung – RechtsRock in Thüringen 2024. Online: <https://mobit.org/ns-verherrlichung-und-abschiebe-party-stimmung-rechtsrock-in-thueringen-2024/> [31.03.2025].
- Prozessdoku Thüringen (2024):** Knockout-51-Prozess. Online: <https://prozessdoku-thueringen.de/category/knockout51prozess> [12.03.2025].

RECHTE GEWALT ENTWICKELT SICH ZU EINEM MASSEN-PHÄNOMEN: ERSTMALS ÜBER 200 RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE ANGRIFFE IN THÜRINGEN IN 2024

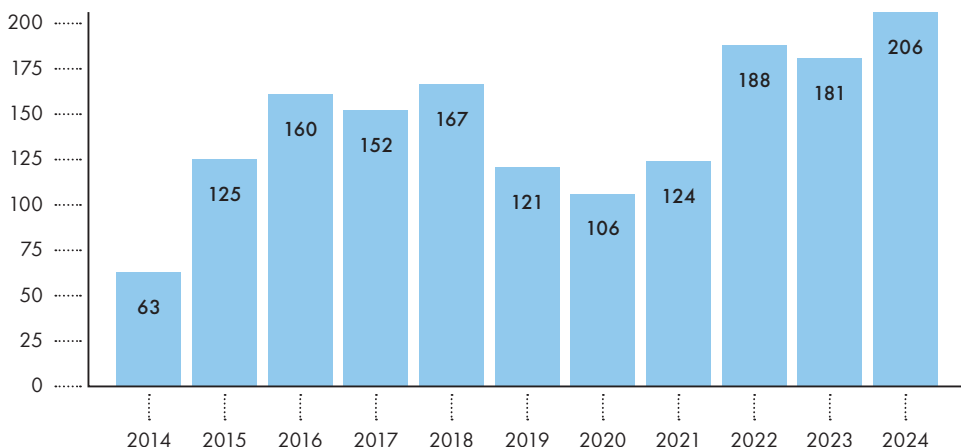
Theresa Lauß und Franz Zobel

Für 2024 registrierte ezra in ihrer Jahresstatistik des unabhängigen Monitorings zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen 206 Fälle, bei denen mindestens 315 Menschen direkt betroffen oder mit angegriffen waren. Damit zeigt sich nicht nur ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2023, sondern es wird erneut ein Höchststand erfasst. Außerdem wurden erstmalig über 200 Angriffe innerhalb eines Jahres registriert. Das entspricht vier rechten Gewalttaten pro Woche (ezra 2025).

Das unabhängige Monitoring durch ezra wird als Verlaufsstatistik erfasst. Das bedeutet, dass Nachmeldungen fortlaufend möglich sind.

ABBILDUNG 3: Anzahl der Angriffe von 2014 bis 2024

(Quelle: ezra)



Zunahme bei Angriffen auf politische Gegner*innen und queerfeindlicher Gewalt

Rassismus bleibt im Jahr 2024 mit 108 Fällen das häufigste Tatmotiv und damit auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres. Darin zeigt sich eine gefährliche Kontinuität, die seit 2021 eine erneute Verschärfung erfährt, nachdem es in den Jahren 2016 und 2017 zu einer Eskalation rassistischer Gewalt kam. Dies geht mit einer zunehmend massiven rechtsextremen Raumnahme einher: Beispielsweise werden Hakenkreuz-Graffiti als Kennzeichnung an Wohnhäuser angebracht, in denen vorwiegend Migrant*innen leben.

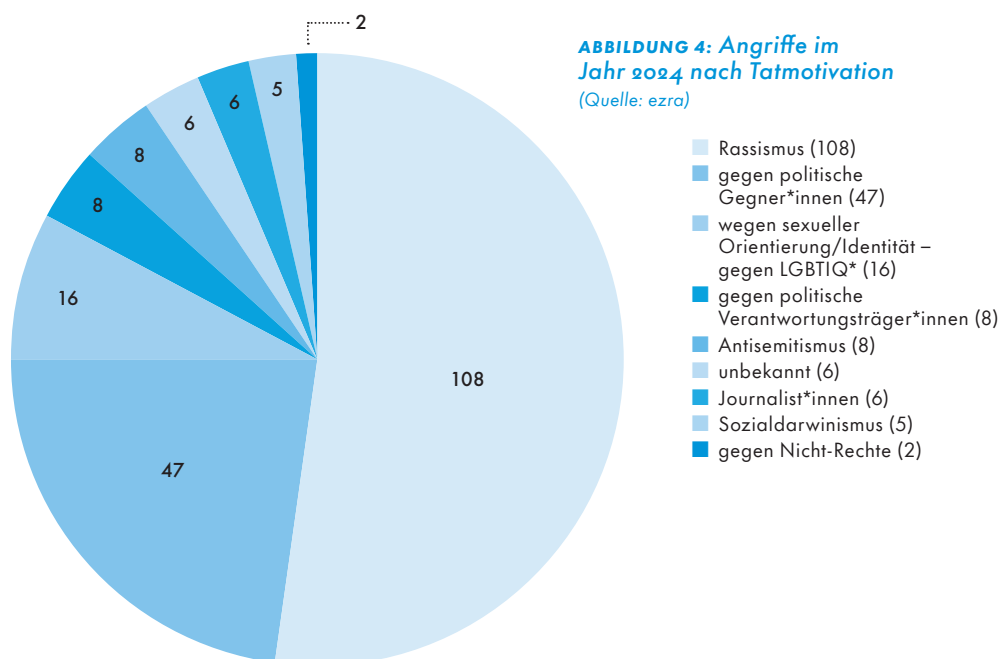
Eine Zunahme wird in der ezra-Jahresstatistik mit 47 Angriffen auch auf politische Gegner*innen verzeichnet. Gleichzeitig wurden auch mehr Angriffe auf politische Verantwortungsträger*innen registriert, die im Zusammenhang mit den sogenannten Bauernprotesten und den Wahlen im vergangenen Jahr standen. Dabei hat sich wiederholt gezeigt, dass die aggressive Feindbildmarkierung durch die extreme Rechte auch Politiker*innen zur Zielscheibe macht (ezra 2024).

Ein besorgniserregender Anstieg wird auch bei queerfeindlichen Angriffen erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese fast verdreifacht. Auch antisemitische Tatmotivationen bleiben seit dem 7. Oktober 2023, dem terroristischen Großangriff der islamistischen Hamas auf Israel, auf einem problematischen Niveau (vgl. auch den Beitrag von Schuldt und Zielinski in diesem Band).

Mehr rechte Gewalt und Bedrohungen im öffentlichen Raum und im Wohnumfeld von Betroffenen

In Bezug auf die Angriffsorte zeigt sich, dass Angriffe und Bedrohungen im öffentlichen Raum und im Wohnumfeld von Betroffenen in erheblichem Maße zugenommen haben. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Brandanschlag auf das Haus des ehemaligen SPD-Kommunalpolitikers Michael Müller im Februar 2024, der u. a. aufgrund dieser Erfahrung Thüringen verlassen hat (Rückewold 2025).

Außerdem werden mehr Angriffe auf bzw. in Räumen politischer Organisation wie beispielsweise Partei- und Gewerkschaftsbüros registriert. Dabei werden nur massive Sachbeschädigungen in Form wiederholter Angriffe sowie Bedrohungs- und Körperverletzungsdelikte erfasst. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Zahl weitaus höher liegt. Sowohl im Bereich von Asyl-



unterkünften als auch im Zusammenhang mit Demonstrationen kam es jeweils zu zwölf Angriffen.

Angriffszahlen in Gera verdoppeln sich

Wie in den vergangenen Jahren bleibt Erfurt mit 46 Angriffen Schwerpunkt rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Freistaat. Darauf folgen Jena und Gera. In beiden Thüringer Großstädten haben Angriffe stark zugenommen, in Gera hat sich die Zahl sogar verdoppelt. Auch im Landkreis Sonneberg bleibt rechte Gewalt auf einem hohen Niveau. Auffällig ist zudem, dass in weiteren Städten und Landkreisen, wie in Weimar, im Landkreis Nordhausen oder im Saale-Holzland-Kreis, die Zahl der Fälle im zweistelligen Bereich liegen.

Tendenzen wie in den 1990er-Jahren

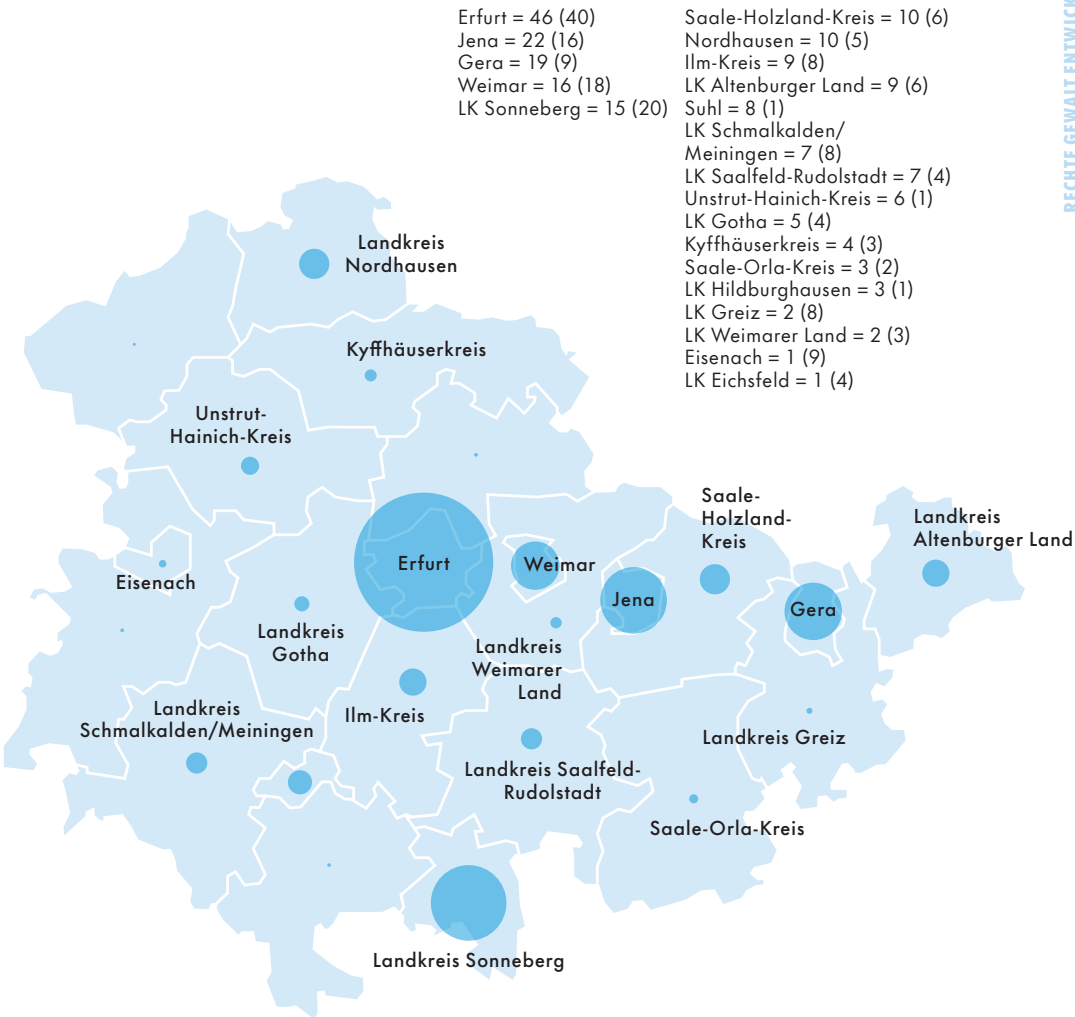
Rechte Gewalt entwickelt sich damit zu einem Massenphänomen, wobei die Opferberatungsstelle ähnliche Tendenzen wie in den 1990er-Jahren beobachtet. Zum einen, weil die Fallzahlen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Dies belegt nicht nur das unabhängige Monitoring von ezra, sondern auch die Statistik des

Thüringer Innenministeriums zu »Politisch Motivierter Kriminalität« (TMIKL 2025). Zum anderen nehmen die Angriffe flächendeckend bzw. im ländlichen Raum zu.

Eine weitere Parallele zur Nachwendezeit zeigt sich in der gesellschaftlichen Stimmung, in der hohe Zustimmungswerte zu extrem rechten Positionen mit einer Zunahme rechtsmotivierter Straftaten einhergehen. Durch die Wahlergebnisse der rechtsextremen AfD fühlen sich rechte Gewalttäter*innen legitimiert (Lauß/Zobel 2024). Im Unterschied zu den 1990er-Jahren erhalten diese durch einflussreiche rechtsextreme Akteur*innen wie die AfD ideologische Rücken- deckung. Das zeigt sich zum Beispiel in parlamentarischen Angriffen

ABBILDUNG 5: Angriffe 2024 nach Landkreisen und kreisfreien Städten

(in Klammern: 2023; Quelle: ezra)



auf gemeinsame politische Gegner*innen wie Projekte, Initiativen oder Organisationen aus den Bereichen Demokratie-, Antidiskriminierungs- oder Integrationsarbeit. Darüber hinaus bestehen vielfach nachgewiesene Verbindungen zur organisierten Neonazi-Szene, deren Mitglieder ganz offen an Veranstaltungen wie dem Abschluss des Landtagswahlkampfes teilnehmen (Beck 2024).

Gleichzeitig zeigt sich in der aktuellen Entwicklung eine wachsende Enthemmung: So greifen Täter*innen zunehmend völlig ungehindert am helllichten Tag im öffentlichen Raum an. Beispielhaft steht dafür der Angriff auf einen Mitarbeiter der Technischen Universität (TU) Ilmenau, der bei einem Fahrradausflug mit seiner Familie zunächst von einem Mann rassistisch beleidigt und später vor seinem Haus von diesem geschlagen wurde.

Vermehrt jugendliche Neonazis als Täter*innen und Wiedererstarken neonazistischer Jugendgruppen

Besonders auffällig ist zudem, dass von ezra vermehrt jugendliche bzw. junge Neonazis als Täter*innen wahrgenommen werden, die in ihrem Aussehen an Neonazis der 1990er-Jahre erinnern. Dieses Phänomen ist auch in anderen ostdeutschen Bundesländern zu beobachten (Litschko 2025). Das zeigt sich zum Beispiel in einem Fall im Oktober 2024 in Erfurt, als vier junge Männer eine Freund*innengruppe brutal angreifen, weil eine Person aus der Gruppe einen Beutel der Jugendorganisation der Partei Die Linke trägt.

Zudem ist mit großer Sorge ein Wiedererstarken neonazistischer Jugendgruppen zu beobachten. Diese schaffen durch ein dominantes und aggressives Auftreten Angsträume. Wie in den zuvor geschilderten Fällen in Erfurt fallen diese mit Gewalt gegen linke und queere Menschen auf. Konkret zeigt sich das zum Beispiel in Gera, wo mit der *Gerschen Jugend* eine neonazistische Jugendgruppe sehr präsent ist. Sie nimmt regelmäßig an den sogenannten Montagsdemonstrationen von Neonazi und AfD-Mitglied Christian Klar teil, tritt brutal auf und war auch an Angriffen beteiligt. So schlug unter anderem ein Mitglied der Gruppe einem schwulen Paar mehrfach ins Gesicht.

In der Nachwendezeit, in der sich durch jugendliche Neonazi-Gruppen vielerorts eine rechte Hegemonie auf der Straße ungehindert entfalten konnte, entwickelte sich rechte Gewalt zu einem Massenphänomen. Mit Blick auf die Gegenwart sind soziale Medien eine zusätzliche Verstärkung in der Radikalisierung von Jugendlichen, die sich dort

auch vernetzen und organisieren. Auf diese Entwicklung muss dringend reagiert werden, indem Jugendliche gestärkt werden, die von den rechten Dominanzbestrebungen und der damit einhergehenden Gewalt betroffen sind.

Sicherheitspolitik: Langfristige Absicherung und Ausbau von Fachberatungsstellen

Der entscheidende Unterschied zu den 1990er-Jahren ist, dass sich ein professionelles Angebot der sozialen Arbeit für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen etabliert hat. Allein im Jahr 2024 konnten durch die Thüringer Opferberatungsstelle 209 Menschen mit 830 Unterstützungsleistungen geholfen werden. Doch die Finanzierung von Beratungsstellen wie ezra ist nur bis Ende 2025 gesichert. Jahr um Jahr bangen diese und andere Demokratieprojekte um ihre Existenz. Deswegen braucht es die langfristige Absicherung und den Ausbau von Fachberatungsstellen, die beispielsweise über Landes- und Bundesprogramme wie »DenkBunt« und »Demokratie leben!« gefördert werden (Otto 2025). Denn diese leisten einen essenziellen, sicherheitspolitischen Beitrag: Indem sie die Betroffenen durch die langjährigen Instanzenwege begleiten, stärken sie das Vertrauen in den Rechtsstaat. Durch die Beratung zu möglichen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen tragen sie zur Prävention bei. Zudem stellen sie durch ihre Expertise bei der Erfassung und Sichtbarmachung rechter Angriffe ein wichtiges Frühwarnsystem und eine Risikoanalyse für Sicherheitsbehörden, Politik und Wissenschaft zur Verfügung.



LITERATUR

- Beck, Kilian (2024):** Militante Rechte bei AfD-Abschlusskundgebung mit Höcke in Thüringen. Online: <https://www.fr.de/politik/bjoern-hoecke-afd-demo-erfurt-thueringen-wahl-neonazis-nsu-rechtsextremismus-zr-93277762.html> [06.04.2025].
- ezra (2024):** Mutmaßlich rechte Anschlagsserie auf demokratische Politiker*innen in Thüringen: Existentielle Bedrohung für Betroffene und Demokratie. Online: <https://ezra.de/pressemitteilung-mutmasslich-rechte-anschlagsserie-auf-demokratische-politikerinnen-in-thueringen-existentielle-bedrohung-fuer-betroffene-und-demokratie/> [06.04.2025].
- ezra (2025):** Opferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik 2024: Erstmals mehr als 200 Angriffe in Thüringen registriert – Rechte Gewalt entwickelt sich zu einem Massenphänomen. Online: <https://ezra.de/jahresstatistik2024/> [06.04.2025].
- Laufß, Theresa/Zobel, Franz (2024):** Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt weiterhin auf hohem Niveau, Sonneberg als neuer Hotspot in Thüringen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ-ThuerZustaan-de24-Broschur-170x240mm-D-gesamt-web-Doppelseiten.pdf [06.04.2025].
- Litschko, Konrad (2025):** Rechtsextreme Jugendszene. Brutal jung. Online: <https://taz.de/Rechtsextreme-Jugendszene/!6076353/> [06.04.2025].
- Otto, Elmar (2025):** Deshalb braucht die Opferberatung in Thüringen mehr Geld. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article408707143/deshalb-braucht-die-opferberatung-in-thueringen-mehr-geld.html> [07.04.2025].
- Rückewold, Andreas (2025):** Ein Jahr nach Brandanschlag auf sein Haus: SPD-Lokalpolitiker hat Thüringen verlassen. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/gotha/brandanschlag-spd-politiker-schnepfenthal-100.html> [06.04.2025].
- TMIKL (2025):** Statistik Politisch Motivierter Kriminalität 2024. Online: https://innen.thueringen.de/fileadmin/Thueringer_Polizei/polizei/Statistiken/PMK_2024.pdf [06.04.2025].

ONLINE-HATESPEECH IN THÜRINGEN: SCHLAGLICHTER DER BERATUNGSARBEIT

Berna Uluçay, Joscha Lell
und Laura Gdowzok (elly)

Hatespeech bezeichnet abwertende oder bedrohliche Sprache, die gezielt gegen bestimmte Gruppen gerichtet ist, etwa aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Religion oder politischem Engagement (vgl. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2019: 14f.). Besonders betroffen sind Frauen, Politiker*innen, Journalist*innen, queere Menschen, Migrant*innen und Aktivist*innen (vgl. Das NETTZ et al. 2024). Ziel dieser Angriffe ist es, Menschen zu verunsichern, zu diffamieren und aus der öffentlichen Debatte zu drängen. Dazu werden häufig Kommentare, Memes oder Hetzkampagnen in den sozialen Medien genutzt. Viele dieser Inhalte bleiben bewusst knapp unter der Grenze der Strafbarkeit. Das macht es für Betroffene schwieriger, dagegen vorzugehen.

Im »Superwahljahr« 2024 in Thüringen verschärften Wahlen die ohnehin angespannte politische Lage. Besonders in Wahlkampfzeiten nutzen extrem rechte Gruppen Social Media, um Gegner*innen zu diffamieren und Debatten zu manipulieren. Der erste Teil dieses Artikels untersucht allgemeine Hatespeech-Phänomene in Thüringen, während der zweite Teil anhand eines anonymisierten Falls konkrete Probleme zeigt.

Von der digitalen Hetze zur realen Bedrohung

Digitale Hetze hat oft reale Folgen. Zum Beispiel ergibt sich daraus häufig eine erhöhte Bedrohungslage für Betroffene. Initiativen wie Sonneberg zeigt Gesicht und andere AfD-nahe Gruppen verbreiten beispielsweise gezielt Fotos von Teilnehmenden von Demos und CSdS in der Stadt, um sie einzuschüchtern. Solche digitalen Angriffe sind schwer strafrechtlich zu fassen, aber sie haben tiefgreifende Auswirkungen, etwa das Gefühl der Unsicherheit im Alltag.

Auch Politiker*innen sind betroffen: Im Saale-Orla-Kreis veröffentlichte die AfD das Abstimmungsverhalten einer Kreistagsabstimmung, was zu massiven Hassbotschaften auf Facebook führte. Einige Betroffene wurden aber auch offline verbal ausfallend angegriffen.

Politiker*innen im Fadenkreuz: Hass als Druckmittel

Laut der Studie »Angegriffen und Alleingelassen« von HateAid und Technische Universität (TU) München (HateAid et al. 2025: 6) führt digitale Gewalt dazu, dass politisches Engagement zunehmend eingeschränkt wird. Das hat ernste Folgen für die demokratische Teilhabe. Auf kommunaler Ebene beenden ehrenamtliche Politiker*innen immer wieder ihr Engagement, weil die Angriffe zu belastend sind. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Hassattacken gegen Amtsträger*innen vor allem von rechts kommen und eine erhebliche Bedrohung für die betroffenen Personen und die demokratische Kultur darstellen (Tagesschau 2024).

Ermittlungen gegen Hass im Netz: ein Anfang, aber kein Durchbruch

Angesichts der Lage sollten Ermittlungsbehörden ihr Vorgehen gegen digitale Hetze verschärfen. Zu begrüßen ist, dass das Bundeskriminalamt 2024 in Thüringen mehrere Durchsuchungen durchführte, um gegen Verfasser*innen antisemitischer und gewaltverherrlichender Inhalte vorzugehen (Thüringer Allgemeine 2024). Dennoch bleibt die Strafverfolgung schwierig und Verurteilungen sind die Ausnahme. Betroffene müssen jeden Hasskommentar einzeln zur Anzeige bringen und einen schriftlichen Strafantrag stellen, was eine zusätzliche Belastung darstellt. Deshalb fordert der Deutsche Juristinnenbund e.V. (DJB) unter anderem, dass Hatespeech im digitalen Raum ohne Strafantrag als Beleidigungsdelikt verfolgt werden kann. Denn Hatespeech verletzt nicht nur die Ehre der betroffenen Person, sondern es besteht auch ein gesellschaftliches Interesse an einer diskriminierungsfreien Nutzung des öffentlichen Raums (vgl. DJB 2019).

Selbst wenn Ermittlungen stattfinden und Strafverfahren eingeleitet werden, kommt es häufig nicht zu Verurteilungen, etwa weil Täter*innen anonym agieren oder Verfahren aufgrund mangelndem öffentlichen Interesse oder geringer Schuld eingestellt werden. Es braucht daher nicht nur konsequentere Ermittlungen, sondern auch ein gesellschaftliches Umdenken: Hatespeech darf keine Normalität sein.

Thüringer Behörden müssen Hassrede wirksam bekämpfen, um eine demokratische, sichere und offene Gesellschaft zu gewährleisten.

Perspektive von Betroffenen: Auswirkungen und Erfahrungsberichte

Trotz der globalen Verbreitung von diskriminierenden und verletzenden Inhalten gibt es zahlreiche Vorfälle mit starkem lokalem Bezug im digitalen Raum. Beispielhaft sind die Erlebnisse von Lex A. (Name geändert), einer 17-jährigen Person aus einer thüringischen Mittelstadt. Lex gründete eine queere Jugendgruppe, um Sichtbarkeit und Unterstützung für LGBTIQ*-Personen zu fördern und anderen Jugendlichen zu helfen. Lex beschreibt die Motivation für dieses Engagement wie folgt:

*»Wir wollen anderen queeren Jugendlichen zeigen: Hey, auch hier im Hinterland seid ihr nicht allein. Unser großes Ziel ist es, die lokale Vernetzung mit verschiedenen Gruppenangeboten zu stärken. Außerdem möchten wir eine Anlaufstelle für alle sein – für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern, Angehörige, Freunde, Lehrer*innen, Mitarbeiter*innen und generell Menschen, die sich näher mit dem Thema beschäftigen möchten oder müssen.«*

Um diese Ziele zu erreichen, starten Lex und die Gruppe verschiedene Projekte. Ihr großer Traum ist es, den ersten Christopher Street Day (CSD) in der Region zu organisieren. Irgendwann berichtet eine Lokalzeitung über das Engagement der jungen Menschen. Um für LGBTIQ*-Sichtbarkeit einzutreten, nutzen Lex und die Gruppe auch digitale Plattformen wie die Facebook-Gruppe »Stadtgespräch«. Diese Gruppe mit über 20 000 Mitgliedern und zahlreichen täglichen Beiträgen ist ein wichtiger Ort für den Austausch, auch für Kommunalpolitiker*innen. Lex und die Gruppe posten ebenfalls dort:

»Um öffentlichkeitswirksam zu zeigen, dass es uns gibt, habe ich diesen Zeitungsartikel ins »Stadtgespräch« gestellt. Innerhalb weniger Stunden gab es sehr viele Kommentare. Am Anfang habe ich noch versucht, auf die Kommentare einzugehen, aber irgendwann wurde es zu viel. Innerhalb weniger Tage waren es rund 700 Kommentare. Die meisten davon – etwa drei Viertel – waren wirklich auf mehreren Ebenen verwerflich. Das wurde irgendwann unerträglich.«

Die Jugendlichen sehen sich mit Ablehnung, Beschimpfungen und teils massiver Feindseligkeit konfrontiert. Neben einigen wenigen

positiven oder neutralen Kommentaren gibt es viele Beiträge, die sich an der Sichtbarkeit queeren Lebens in der Stadt stören. Darunter sind vulgäre Beleidigungen, Bezeichnungen wie »krankhaft« oder »artfremd« – ein Begriff aus der Rassenlehre der Nationalsozialist*innen. In manchen Postings wird die Gruppe sogar mit »Pädophilie« und »Kindesmissbrauch« in Verbindung gebracht – seit Jahrzehnten bekannte und immer wieder reaktivierte queerfeindliche Narrative.

»Das war sehr hart«, erinnert sich Lex. »Da haben wir uns wirklich hilflos gefühlt. Einige von uns haben Angst, dass sie wegen dieser Anfeindungen auch in der Schule gemobbt werden. Deshalb sagen sie nicht, dass sie bei uns mitmachen.« Unterkriegen lassen will Lex sich jedoch nicht: *»Die wollen uns mundtot machen. Aber den Gefallen tue ich ihnen einfach nicht.«*

Herausforderungen im Umgang mit Hatespeech

An Lex' Erfahrungen wird deutlich, warum Hatespeech ein herausforderndes und komplexes Problem darstellt.

Wer sich durch einen Post oder Kommentar angegriffen fühlt, hat mehrere Optionen. Zuerst sollten die Administrator*innen einer Facebook-Gruppe moderierend eingreifen. Doch in diesem Fall äußerten sie sich selbst tendenziell queerfeindlich und ließen beleidigende Kommentare stehen. Betroffene können Inhalte bei Facebook melden, die laut den Community-Guidelines moderiert werden sollen. Meldungen wegen Hatespeech waren jedoch vor Januar 2025 selten erfolgreich. Seit Meta die Guidelines geändert hat, sind diskriminierende Aussagen, auch gegen LGBTIQ*, explizit erlaubt. Wie dies mit EU-Recht vereinbar ist, bleibt abzuwarten. Der »Digital Services Act« (DSA) ermöglicht strengere Regulierungen, doch in der Praxis passiert bisher wenig.

Möchte man Inhalte melden, die illegal scheinen, ist Facebook durch den DSA verpflichtet, einen Meldeweg bereitzustellen. Doch bei Beleidigungen ist die Strafbarkeit oft schwer einzuschätzen und Facebook löscht im Zweifelsfall lieber zu wenig. Für Lex bedeutete das: Kein gemeldeter Kommentar wurde gelöscht, obwohl einige nach anwaltlicher Einschätzung strafbar waren. Lex brachte die schlimmsten Kommentare zur Anzeige. Das war aufwendig, denn jeder Kommentar musste einzeln gesichert werden, wobei auch der Kontext ersichtlich sein muss. Lex wählte die Online-Anzeige, doch das Formular der Thüringer Online-Wache ist lang und kompliziert. Nach fünf Monaten

wurde die Hälfte der Verfahren eingestellt, zu den anderen gab es keine Rückmeldung.

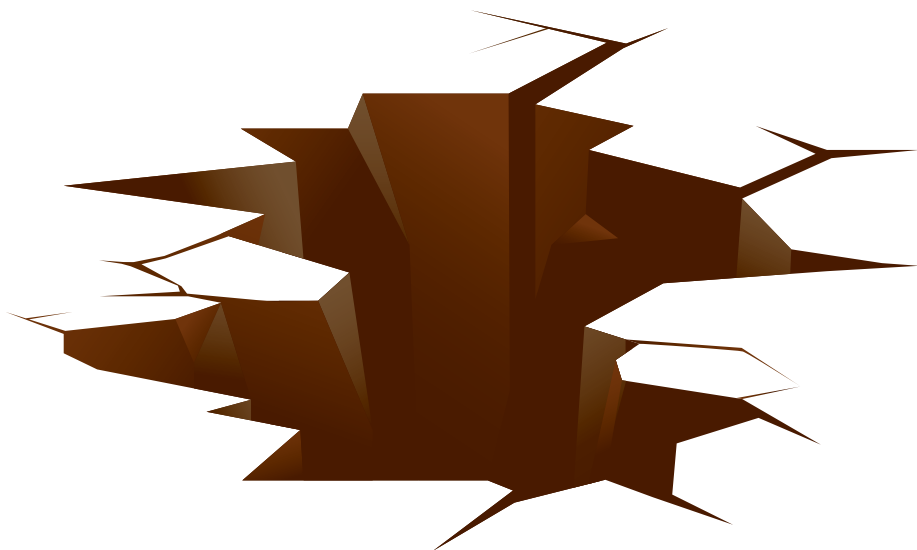
Das kann den Eindruck erwecken, man müsse diskriminierende Kommentare hinnehmen. Gerichtsentscheidungen zu den »Grenzen des Sagbaren« variieren und der Widerspruch gegen Verfahrenseinstellungen erfordert oft erhebliche Ressourcen, die vielen Betroffenen fehlen. Der zivilrechtliche Weg ist aufgrund hoher Kosten für die meisten keine Option. All das erklärt, warum sich nur wenige Betroffene dazu entscheiden, Anzeige zu erstatten.

Fazit

Globale Social-Media-Konzerne wie *X* und *Meta* rücken derzeit weiter nach rechts und lassen unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Meinungsfreiheit Hass und Diskriminierung freien Lauf. Teilweise unterstützen sie diese sogar mit ihren Algorithmen, denn emotionalisierende Posts rufen besonders viele Interaktionen mit Nutzer*innen hervor und werden wiederum vermehrt ausgespielt. Gerade in diesen Zeiten wird lokales Handeln bei Hass im Netz umso bedeutender. Unterstützung und Solidarität aus dem Umfeld können Betroffenen den Rücken stärken und Kraft spenden. Die psychosoziale und rechtliche Beratung kann ein weiterer Baustein sein. Doch auch die Justiz muss menschenverachtende Motive erkennen und konsequent verfolgen. Um der Normalisierung von Hatespeech entgegenzutreten, kann es nicht sein, dass beispielsweise Beleidigungen aufgrund des »rauen Umgangs« im Netz als Meinungsfreiheit gelten. Hatespeech und Hass im Netz bedrohen die freie Meinungsäußerung vieler auf Kosten weniger. Der Staat muss seinen Schutzpflichten gegenüber der Bevölkerung, insbesondere marginalisierten, diskriminierten und demokratisch engagierten Menschen, konsequenter nachkommen.

LITERATUR

- Deutscher Juristinnenbund (2019):** Stellungnahme: 19–23. Mit Recht gegen Hate Speech – Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen. Online: <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st19-23> [24.02.2025].
- HateAid/Koch, Luise/Voggenreiter, Angelina/Steinert, Janina (2025):** Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild. Online: <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/01/hateaid-tum-studie-angegriffen-und-alleingelassen-2025.pdf> [24.02.2025].
- Geschke, Daniel/Klaßen, Anja/Quent, Matthias/Richter, Christoph (2019):** Hass im Netz – Der schleichende Angriff. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf [24.02.2025].
- Das NETTZ/Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur/HateAid/Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024):** Lauter Hass, leiser Rückzug. Online: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/lauter-hass-leiser-rueckzug/> [24.02.2025].
- Tagesschau (2024):** Politiker in Thüringen: Beleidigt, bedroht und attackiert. Online: <https://www.tagesschau.de/inland/thueringen-anschlaege-100.html> [24.02.2025].
- Thüringer Allgemeine (2024):** Durchsuchungen in Thüringen: BKA geht gegen Hass im Netz vor. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/panorama/article407665699/durchsuchungen-in-thueringen-bka-geht-gegen-hass-im-netz-vor.html> [24.02.2025].



»ALLE GEGEN ZIONISTEN«: (ISRAELBEZOGENER) ANTISEMITISMUS IN AKADEMISCHEN, LINKEN UND EMANZIPATORISCHEN MILIEUS IN THÜRINGEN

Luca Schuldts und Susanne Zielinski

Die beispiellose Eskalation des Nahost-Konflikts seit dem 7. Oktober 2023 wirkte sich auch 2024 deutlich auf das antisemitische Vorfalleschehen in Thüringen aus. Das belegen die Zahlen der Jahresstatistik der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen: 392 Gesamtvorfälle dokumentierte die Meldestelle 2024 (2023: 297). 41 Prozent aller Vorfälle wiesen einen eindeutigen Bezug zum Terrorangriff der Hamas bzw. dem daraus resultierenden Nahostkrieg auf. Entsprechend stieg die Zahl israelbezogen-antisemitischer Vorfälle auf 197 (2023: 103) und machte 50 Prozent der Gesamtvorfälle aus. Die absoluten Vorfällezahlen in den vier anderen Erscheinungsformen¹ blieben hingegen relativ konstant.

Damit entfielen erstmals seit Beginn der Erfassung durch RIAS Thüringen im Jahr 2021 die meisten Vorfälle im Freistaat auf eine andere Erscheinungsform als den Post-Shoah-Antisemitismus.

RIAS orientiert sich bei der Dokumentation von Antisemitismus an der Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). So liegt israelbezogener Antisemitismus beispielsweise vor, wenn Israel und seinen Bürger*innen das Recht auf Selbstbestimmung bzw. das Existenzrecht abgesprochen wird (Delegitimierung) oder jüdische Menschen für die Handlungen Israels verantwortlich gemacht werden. In der Arbeitsdefinition wird festgehalten, dass

¹ Post-Shoah-Antisemitismus, moderner Antisemitismus, Antijudaismus und antisemitisches Othering.

»Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden [kann]« (vgl. IHRA 2016). Hier- von unterschieden und deshalb als antisemitisch eingestuft werden beispielsweise Vergleiche der Politik des jüdischen Staates mit dem Nationalsozialismus (Dämonisierung) oder das Anlegen doppelter Standards an die Bewertung staatlicher Maßnahmen Israels.

Der seit Jahren kontinuierlich sichtbare Antisemitismus aus dem rechten Spektrum (vgl. *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen* 2023 und 2024) stieg leicht von elf auf 14 Prozent. Allerdings zeigt die RIAS-Statistik 2024 daneben die Fortsetzung der Entwicklung aus dem letzten Quartal 2023: Ein erheblicher Anteil der Vorfälle, besonders die des israelbezogenen Antisemitismus, fand in linken, emanzipatorischen und akademischen Milieus statt. In 16 Prozent (2023: 8 %) der Fälle wurde antiisraelischer Aktivismus als politischer Hintergrund dokumentiert und bei sieben Prozent (2023: 2 %) standen links-antiimperialistische Ideologien im Vordergrund. In 58 Prozent der Fälle war ein politischer Hintergrund nicht zu ermitteln.

Besonders die Zahl antisemitischer Vorfälle an höheren Bildungseinrichtungen stieg alarmierend: 46 gemeldete Fälle – also etwa jeder achte von RIAS dokumentierte antisemitische Vorfall – ereigneten sich an Thüringer Hochschulen. Die Äußerungsformen von Antisemitismus reichten dort von Schmierereien über Flyer und Plakate bis hin zu Info-Ständen und Veranstaltungen. Eine Reihe an Versammlungen und *Sit-ins*, auf denen antisemitische Äußerungen getätigt wurden, fanden außerdem direkt vor Hochschulgebäuden statt. In der RIAS-Statistik werden diese unter dem Tatort »Straße« erfasst, da sie sich nicht auf dem Hochschulgelände selbst ereigneten. Dennoch sind Hochschulangehörige auch hier antisemitischen Äußerungen wie Sprechchören an zentralen Zugangswegen zu Hochschulgebäuden ausgesetzt.

So wurden RIAS Thüringen im vergangenen Jahr Parolen wie »Alle gegen Zionisten – Siedler, Mörder und Faschisten«, über Mikrofon getätigte Aussagen wie »Wir stehen selbstverständlich nicht für das Existenzrecht eines Apartheidstaates ein!« oder »Terrorstaat Israel«-Schmierereien an Hochschulgebäuden gemeldet. An mehreren Thüringer Hochschulen wurden des Weiteren wiederholt die Wände von wcs mit antisemitischen Inhalten beschmiert, so zum Beispiel im Juni die Forderung »Stoppt den Holocaust in Gaza. Frieden für Palästina«. Auf der Toilette einer Fachhochschule stand gar die Aufforderung »Gas Jews« (deutsch: »Vergast Juden«). Dass Antisemitismus an

Orten des wissenschaftlichen Diskurses und der Vielfalt in derartig drastischer Form Ausdruck findet, ohne dass es ein konsequentes und weithin sichtbares Entgegentreten der betreffenden Institutionen gäbe, trägt in fataler Weise zu seiner Normalisierung bei und schafft ein Klima der Feindseligkeit. Die normale Ausübung von Wissenschaft, Lehre und Lernen wird so erheblich erschwert. Diese Situation ist für jüdische oder israelische Hochschulangehörige alltagsprägend und führt für viele Betroffene zu Unsicherheit, Angst und sozialer Isolation (AJC Berlin 2025).

Eine Triebfeder für das antisemitische Vorfalldgeschehen im akademischen Kontext sind u. a. Hochschulgruppen, die dem antiisraelischen Aktivismus und dem links-antiimperialistischen Spektrum zuzuordnen sind. Dass diese alle Vorteile des Status als studentische Organisationen für die Verbreitung antisemitischer Narrative nutzen können, ist hochproblematisch. Es vergrößert die Gefahr der Normalisierung von Antisemitismus nicht nur innerhalb akademischer Institutionen, sondern auch außerhalb davon. Denn die betreffenden Hochschulgruppen sind über den universitären Rahmen hinaus aktiv, mit weiteren teils studentischen Gruppierungen aus dem links-antiimperialistischen Spektrum sowie mit migrantischen, queeren und anderen emanzipatorischen Communitys sowohl personell als auch infrastrukturell vernetzt.

Derartige Netzwerke waren 2024 die Hauptträger der 46 von RIAS dokumentierten israelbezogen-antisemitischen Versammlungen. Die ausrichtenden Organisationen bewarben die Demonstrationen häufig gemeinsam als Solidaritätskundgebungen für die palästinensische Zivilbevölkerung. Legitime Solidarisierung und Empathie mit den Notleidenden in Gaza traten jedoch zumeist hinter antisemitische Agitation gegen den Staat Israel zurück. Der Staat Israel wurde regelmäßig als terroristisch, kolonialistisch und/oder imperialistisch dargestellt. So wiesen auf einer Demonstration in Jena die Redner*innen zwar einerseits auf das Leid der Menschen in Gaza hin, delegitimierten Israel jedoch gleichzeitig als »faschistischen Apartheidstaat« und dämonisierten den jüdischen Staat als »Kindermörder«. Teilnehmende der Demonstration stellten den Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 als Gerücht dar und bedrohten zudem Personen aus einer Gegenkundgebung mit Gewalt. Fälle von Bedrohungen und Angriffen sind für die Betroffenen besonders schwerwiegend und haben sich 2024 im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. RIAS Thüringen verzeichnet für das Jahr 2024 insgesamt zwei Angriffe. Signifikant ist, dass beide im Kontext antiisraelischer Kundgebungen und israelsolidarischer Gegenproteste stattfanden und die angegriffenen Personen Israelfahnen

trugen. Bedrohungen fanden zudem in antiisraelischen Kontexten statt: So wurde eine israel solidarische Person mit einer Kopf-ab-Geste und zwei weitere mit dem Zeigen des Hamas-Dreiecks bedroht. Dass Angriffe und Bedrohungen in diesem Rahmen stattfinden, ist besonders besorgniserregend. Wenn das Wahrnehmen des Rechts auf Versammlungsfreiheit in einem körperlichen Angriff oder der Androhung von Gewalt endet, wird damit nicht nur die betroffene Person, sondern auch das demokratische Miteinander an sich angegriffen.

Die Verquickung der genannten Milieus über das Thema Antisemitismus konnte 2024 darüber hinaus vielfach in Schmierereien und Aufklebern beobachtet werden. In denen waren antisemitische Inhalte mit links-antiimperialistischen Symboliken oder den jeweiligen Anliegen der entsprechenden Communitys verbunden. Beispielsweise wurden Sticker mit den Aufschriften »Keine Pride der Apartheid« oder »Stop Pinkwashing Colonialism« sowohl aus Hochschulen gemeldet als auch auf der Straße gesichtet. Besonders häufig waren antisemitische Aussagen mit gekreuztem Hammer und Sichel verbunden. So gab es etwa aus dem akademischen Kontext eine Schmiererei, die den Satz »Free Palestine from Zionist Fascism« mit diesem Symbol verband.

Allen diesen Gruppierungen – aus akademischem, links-antiimperialistischem und emanzipatorischem Umfeld – ist gemein, dass sie in ihren Aussagen Antisemitismus als politische Meinungsäußerung proklamieren, zum Beispiel, indem behauptet wird, Antizionismus sei kein Antisemitismus. Faktisch handelt es sich dabei aber um eine Umwegkommunikation. Diese ist in der radikalen Linken ebenso wie im rechtsextremen Spektrum schon seit vielen Jahrzehnten bekannt. Auch antisemitische Stereotype und Narrative, die sich in abgewandelter Form ebenso in rechten Milieus finden, wurden in den oben genannten antiisraelischen Versammlungen regelmäßig bedient. Beispielsweise ist der 2024 von RIAS in Thüringen immer wieder dokumentierte Sprechchor »Lasst euch nicht betrügen – alle Zionisten lügen! Lasst euch nicht betrügen – deutsche Medien lügen!« nichts anderes als eine Abwandlung des überkommenen antisemitischen Narrativs vom »lügenden Juden« bzw. der »jüdischen Lügenpresse«. Die wiederholt dokumentierte Parole »Free Palestine from German Guilt« dagegen stellt wiederum eine aktivistische Variation des originär rechtsextremen Schlagworts »Schuldskult« dar (Botsch 2024).

An diesen Beispielen wird deutlich: Antisemitismus bedient in Variationen immer wieder die gleichen Narrative und Stereotype, egal in welchen Milieus oder politischen Spektren er auftritt. Auffällig ist allerdings, dass viele politische Gruppen, Vereine und Dachverbände

wie auch akademische Institutionen in Thüringen zu oft den antisemitischen Äußerungen ihrer Mitglieder nicht konsequent entgegenzutreten. Gerade israelbezogener Antisemitismus wird immer noch viel zu häufig als (legitime) Kritik verkannt. Diese Haltung fördert die Verbreitung antisemitischer Narrative und verhindert eine klare Auseinandersetzung mit dem Problem. Antisemitismus, der von linken oder emanzipatorischen Gruppen ausgeht, wird nicht in gleicher Weise adressiert wie der aus dem rechten Spektrum. Das kann dazu führen, dass dieser weiter ins gesellschaftliche und akademische Leben einsickern kann. Ein solches Versäumnis, Antisemitismus unabhängig von seiner Quelle konsequent zu bekämpfen, gefährdet langfristig die Integrität akademischer Institutionen und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Es bedroht die Betroffenen, den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft und letztlich unsere Demokratie.

LITERATUR

AJC Berlin (2025): Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen.

Online: https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf [11.03.2025].

Botsch, Gideon (2024): Antisemitismus im Rechtsextremismus: Der gemeinsame Nenner. In: Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. [Hrsg.]: Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen. Bundesverband RIAS: Berlin, S. 12–25.

IHRA (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Online: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> [11.03.2025].

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (2023): Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thuringen/Antisemitische_Vorfaelle_in_Thuringen_2022.pdf [16.03.2025].

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (2024): Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thuringen/Antisemitische_Vorfaelle_Rias_Thuringen_2023.pdf [16.03.2025].

NEUES KRÄFTEVERHÄLTNIS IN THÜRINGEN: ERKENNTNISSE EINER BEVÖLKERUNGS- BEFRAGUNG ZUR LANDTAGSWAHL

Christine Finn, Carla Grosche, Carolin-
Theresa Ziemer, Vladimir Bojarskich,
Arne Stolp und Tobias Rothmund

Thüringer Landtagswahl 2024: Rechtspopulist*innen gewinnen an Stärke, BSW mischt politische Landschaft auf

Die Landtagswahl in Thüringen im September 2024 markierte einen Einschnitt in der politischen Entwicklung des Bundeslandes. Erstmals konnte mit der AfD eine rechtsextreme Partei mehr als ein Drittel der Stimmen gewinnen und sich als stärkste Kraft positionieren. Sie kann nun über eine Sperrminorität wichtige politische Entscheidungen im Landtag blockieren oder verzögern. Zeitgleich gelang es der neu gegründeten Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), mit einem zweistelligen Stimmenanteil in die Landesregierung einzuziehen. Währenddessen schieden etablierte Regierungsparteien aus dem Landtag oder verzeichneten deutliche Stimmenverluste. Die daraus resultierenden Veränderungen im Parteienwettbewerb sowie Unvereinbarkeitsbeschlüsse – etwa der CDU mit der AfD sowie der Linken – erschwerten die Regierungsbildung. Schließlich wurde die Wahl in Thüringen mit den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 als wichtiges politisches Stimmungsbild verstanden.

Dieser Beitrag untersucht Ursachen und Auswirkungen der Landtagswahl in Thüringen 2024: Wie bewerten Wähler*innen das Ergebnis und welche Koalitionspräferenzen zeichnen sich ab? Wie verändert sich das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen in den Wochen nach der Wahl?

Die Studie

Das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Universität Jena führte mit der Universität Trier eine Onlinebefragung vor und nach der Landtagswahl 2024 in Thüringen durch. Für diesen Beitrag wurden die Daten von 304 volljährigen Thüringer*innen ausgewertet, die an beiden Erhebungen des Marktforschungsinstituts Infas-Quo² teilnahmen. Die erste Befragung fand kurz vor der Wahl zwischen dem 13. und 25. August 2024 statt. Die zweite Befragung wurde zwischen dem 28. Oktober und dem 8. November 2024 durchgeführt. In dieser Zeit nahmen CDU, BSW und SPD Koalitionsverhandlungen auf, die am 21. November erfolgreich abgeschlossen wurden.

Die Stichprobe (Abb. 6) ist zum ersten Messzeitpunkt in Bezug auf Geschlecht, Bildungshintergrund und politische Haltung (Sonntagsfrage) bevölkerungsrepräsentativ für Thüringen. Beim Alter zeigte sich ein Überhang älterer Personen.

² <https://infas-quo.de/>

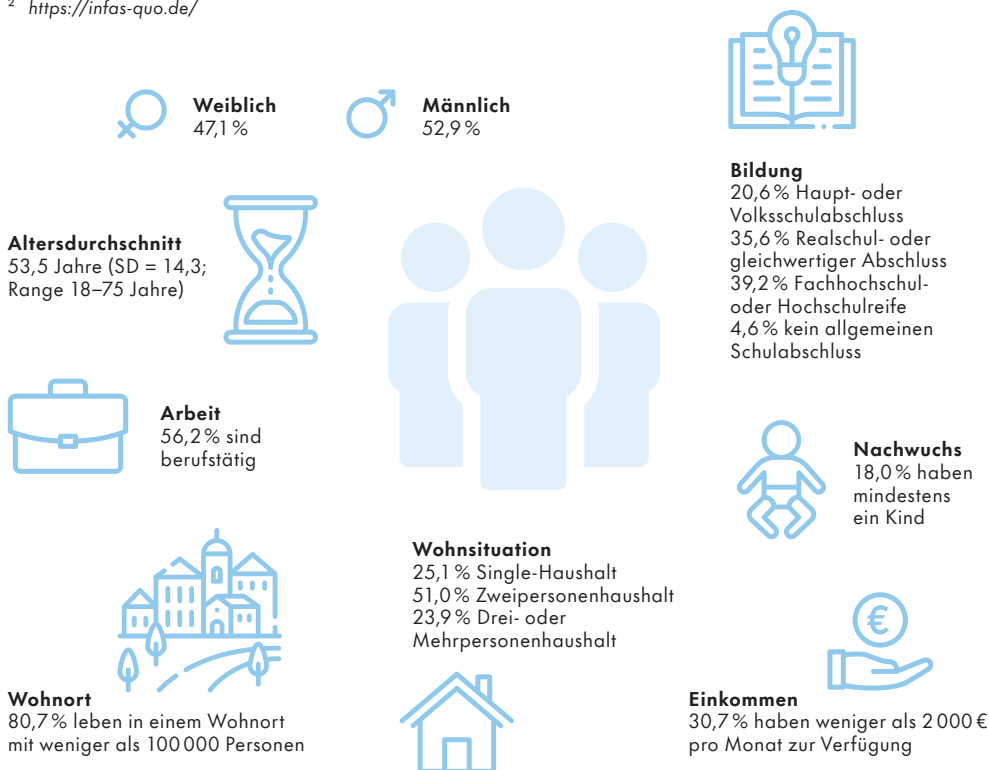
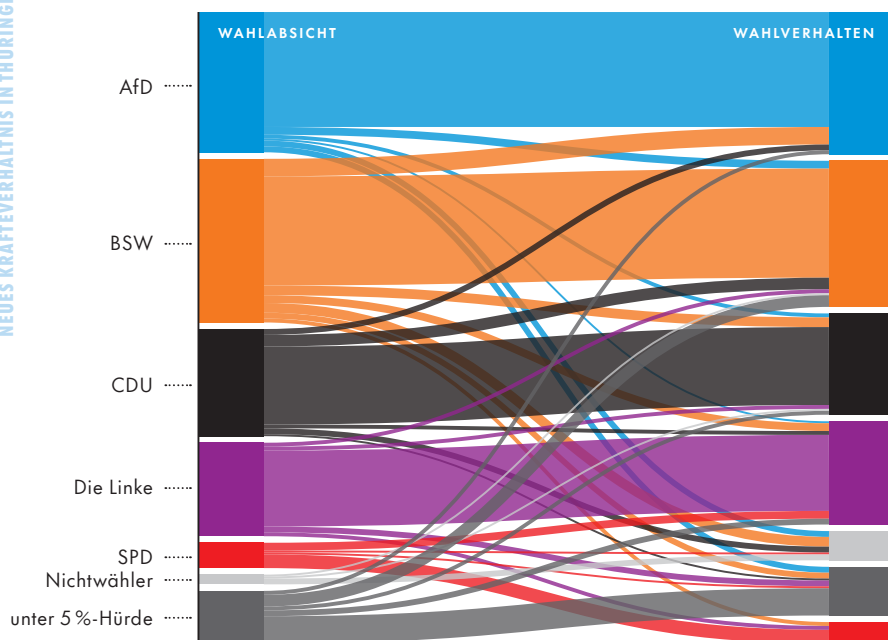
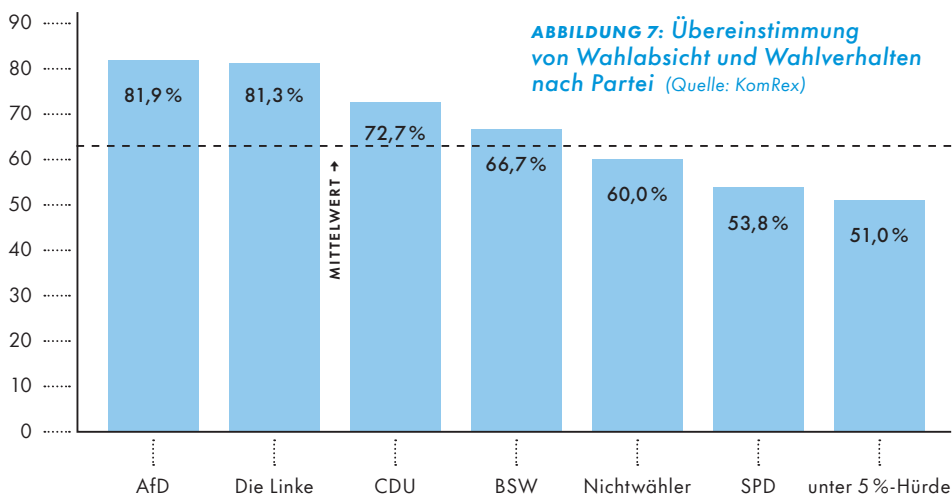


ABBILDUNG 6: Darstellung der Stichprobenmerkmale (Quelle: KomRex)

Deutliche Unentschlossenheit bei der Wahlentscheidung

Vor dieser Wahl wurden die Studienteilnehmer*innen zu ihrem geplanten Stimmverhalten befragt und dies mit ihrem tatsächlichen Stimmverhalten abgeglichen. Es zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Wahlabsicht und Wahlverhalten. Mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) änderte ihre Wahlentscheidung noch kurzfristig, während knapp zwei Drittel (63 %) ihre Wahlabsicht umsetzten.

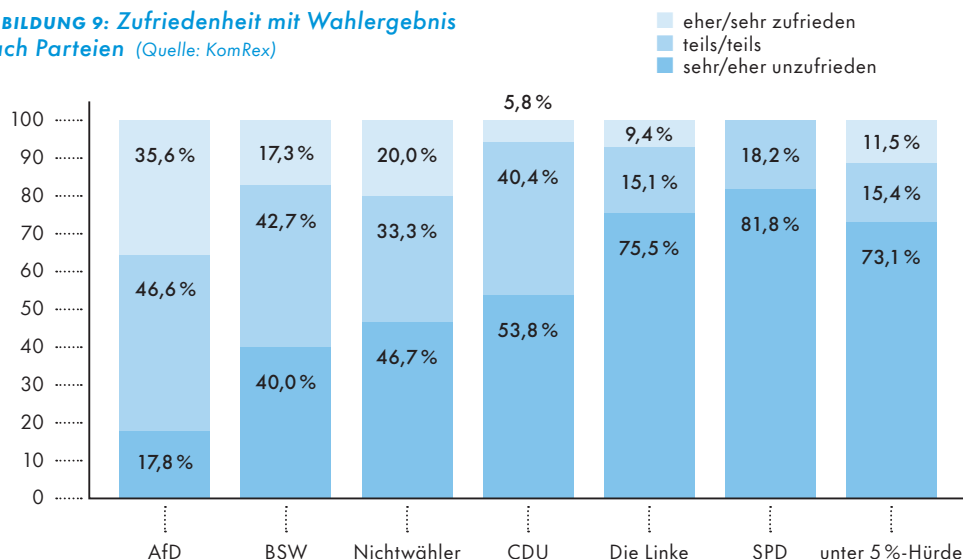


Die Wählerschaft von AfD und Die Linke zeigte die stärkste Entschiedenheit in ihrer Wahlabsicht: 82 Prozent der Befragten setzten ihre Wahlabsicht um (Abb. 7), während sich nur ungefähr ein Fünftel kurzfristig für eine andere Partei entschied. Ein Blick auf die Wähler*innenwanderung (Abb. 8) verdeutlicht, dass ein Viertel der potenziellen CDU-Wähler*innen letztendlich für das BSW oder die AfD stimmte. Gleichzeitig verlor das BSW sogar ein Drittel seiner potenziellen Wählerschaft an das gesamte Parteispektrum. Diese Ergebnisse weisen auf eine deutliche Unentschlossenheit vieler Wähler*innen bezüglich ihrer Stimmabgabe hin – selbst noch sehr kurz vor der Wahl.

Große Unzufriedenheit mit Wahlergebnis – AfD-Wählerschaft proklamiert Wahlsieg für sich

Nach der Wahl wurden die Studienteilnehmenden um eine Einschätzung des Wahlergebnisses gebeten (Abb. 9). Dabei zeigte sich große Unzufriedenheit mit dem Wahlausgang: Knapp die Hälfte der Personen war sehr oder eher unzufrieden, während nur knapp ein Fünftel eher oder sehr zufrieden war. Besonders hoch war die Unzufriedenheit unter der Wählerschaft der Linken, deren Ausscheiden aus der Landesregierung sich bereits abzeichnete. Aber auch bei den Parteien, die zum Befragungszeitpunkt bereits über eine Regierungszusammenarbeit verhandelten, fiel die Bewertung gemischt aus. Nur 17 Prozent der BSW- und sechs Prozent der CDU-Wählerschaft zeigte sich zufrieden mit dem Wahlergebnis. Auch unter SPD-Wähler*innen überwog die

ABBILDUNG 9: Zufriedenheit mit Wahlergebnis nach Parteien (Quelle: KomRex)



Unzufriedenheit. Lediglich die AfD-Wählerschaft zeigte mit einem Drittel eher oder sehr hohe Zufriedenheit mit dem Wahlergebn – obwohl keine andere Partei bereit war, mit einer rechtsextremen Partei als stärksten Kraft über eine Regierungsbildung zu verhandeln.

Dieses Muster setzt sich in der Einschätzung von Wahlgewinn bzw. -verlust fort (Abb. 10). Die AfD-Wählerschaft betrachtete ihre Partei als klare Siegerin der Landtagswahl, während BSW- bzw. CDU-Wähler*innen ihre Partei mehrheitlich weder als Gewinnerin noch als Verliererin sahen. Hingegen dominierte bei der Anhängerschaft von SPD und Linken die Einschätzung, die Wahl verloren zu haben.

ABBILDUNG 10: Die von mir gewählte Partei hat die Wahl ... (Quelle: KomRex)

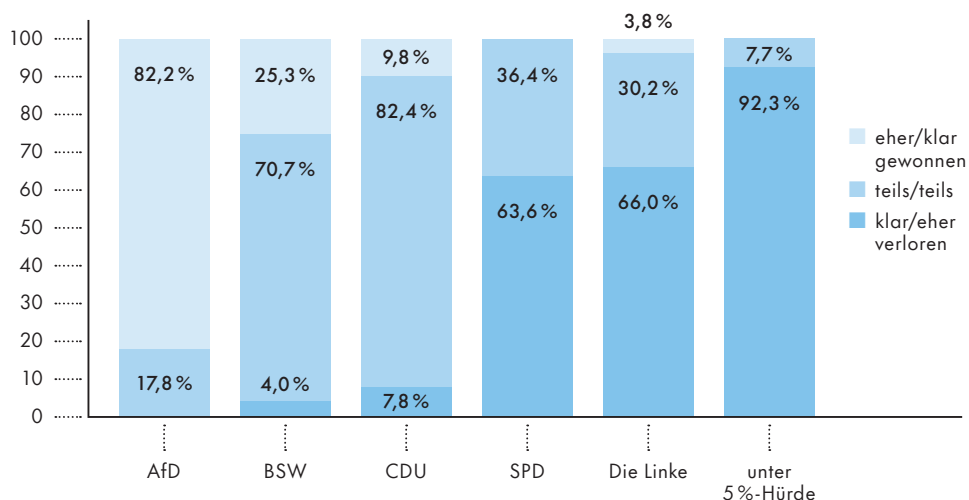
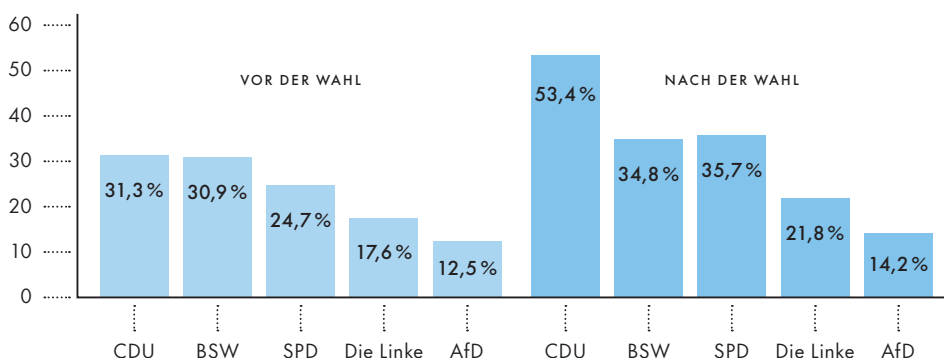


ABBILDUNG 11: Gewünschte Regierungsbeteiligung einer Partei durch die Wählerschaft aller anderen zur Wahl stehenden Parteien (Quelle: KomRex)

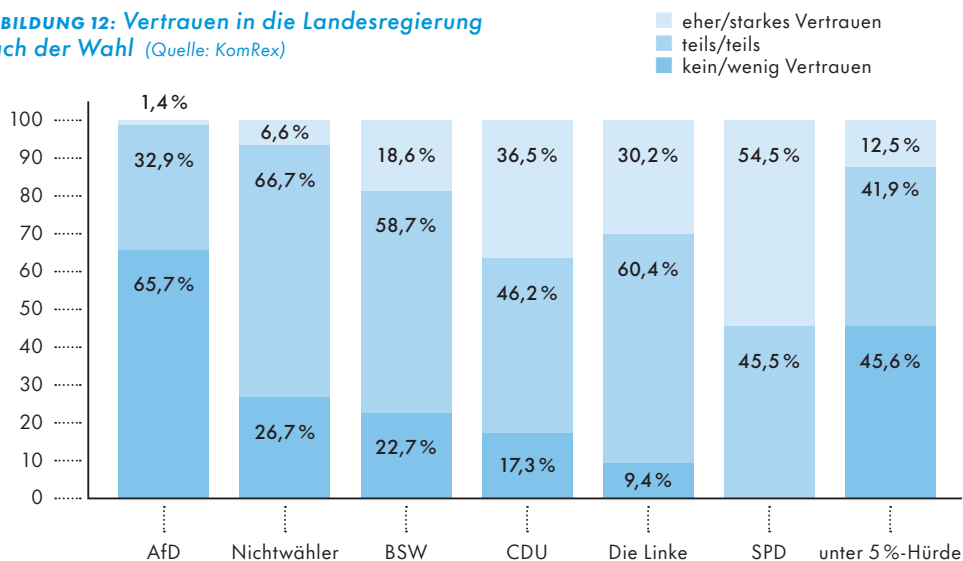


Umsetzung des Wählerwillens in der neuen Landesregierung – AfD trotz größtem Stimmenanteil kaum als Regierungspartei gewünscht

Schon in den Wahlprognosen zeichnete sich die AfD als stimmenstärkste Kraft in Thüringen ab. Jedoch schlossen alle anderen im neuen Landtag vertretenen Parteien eine Koalitionsbildung mit der AfD aus. Doch welche Parteien wünschen sich die meisten Befragten tatsächlich in der Thüringer Landesregierung?

Abbildung 11 veranschaulicht, in welchem Maße die Regierungsbeteiligung einer Partei von der Anhängerschaft anderer Parteien unterstützt wird und wie sich diese Präferenzen vor und nach der Wahl veränderten. Vor der Wahl befürwortete ungefähr ein Drittel der Wählerschaft anderer Parteien eine Regierungsbeteiligung von CDU und BSW, die SPD erhielt Unterstützung von einem Viertel. Die den bisherigen Ministerpräsidenten stellende Die Linke rangierte auf dem vierten Platz. Die AfD erhielt die geringste Zustimmung. Nach der Wahl stieg die Unterstützung für die CDU deutlich, während BSW und SPD leicht hinzugewannen. Die AfD blieb auf niedrigerem Niveau. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD von Wähler*innen anderer Parteien überwiegend abgelehnt wurde, obwohl sie die höchsten Stimmanteile erzielte.

ABBILDUNG 12: Vertrauen in die Landesregierung nach der Wahl (Quelle: KomRex)



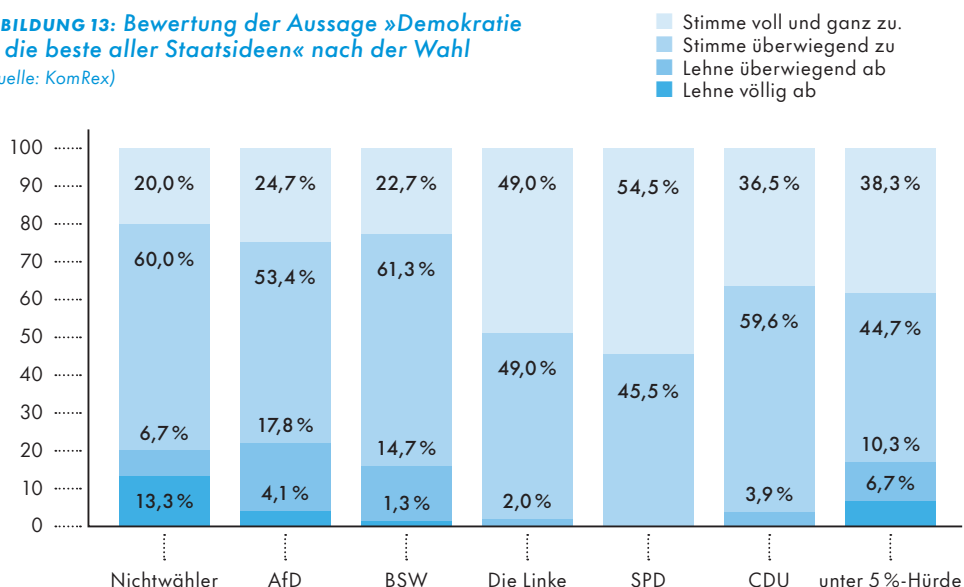
Deutliche Demokratiekritik bei AfD-Wähler*innen und Nichtwähler*innen – insgesamt geringe Zufriedenheit mit der Umsetzung

Politisches Vertrauen ist ein essenzieller Stützpfeiler demokratischer Systeme. Es signalisiert Zufriedenheit der Bürger*innen mit politischen Institutionen und Prozessen und ermöglicht die Delegation politischer Entscheidungsgewalt. Während Vertrauen die Demokratie stabilisiert, kann ein gewisses Misstrauen helfen, politisches Handeln kritisch zu hinterfragen. Nach der Wahl wurde das Vertrauen in die Landesregierung getrennt nach Wahlverhalten erfasst (Abb. 12) und mit Vorwahlbewertung verglichen. Zwei Drittel der AfD-Wählerschaft misstrauten der Landesregierung deutlich. Während das Misstrauen bei anderen Parteianhänger*innen und Nichtwähler*innen schwächer ausgeprägt war, zeigte sich ein überwiegendes Vertrauen lediglich unter der SPD-Wählerschaft. Diese kritische Haltung blieb im Vergleich zur Vorwahlbefragung weitgehend unverändert.

Um das geringe Vertrauen der Wähler*innen einzuordnen, analysierten wir sowohl die allgemeine Haltung zur Demokratie als Staatsform als auch die Zufriedenheit mit ihrer praktischen Umsetzung – jeweils differenziert nach Wahlverhalten. Während etwa ein Fünftel der AfD- und BSW-Wählerschaft sowie der Nichtwähler*innen die Demokratie als Staatsform ablehnte, bewerteten die Wähler*innen der anderen Parteien sie fast uneingeschränkt positiv (Abb. 13). Allerdings zeigte

ABBILDUNG 13: Bewertung der Aussage »Demokratie ist die beste aller Staatsideen« nach der Wahl

(Quelle: KomRex)



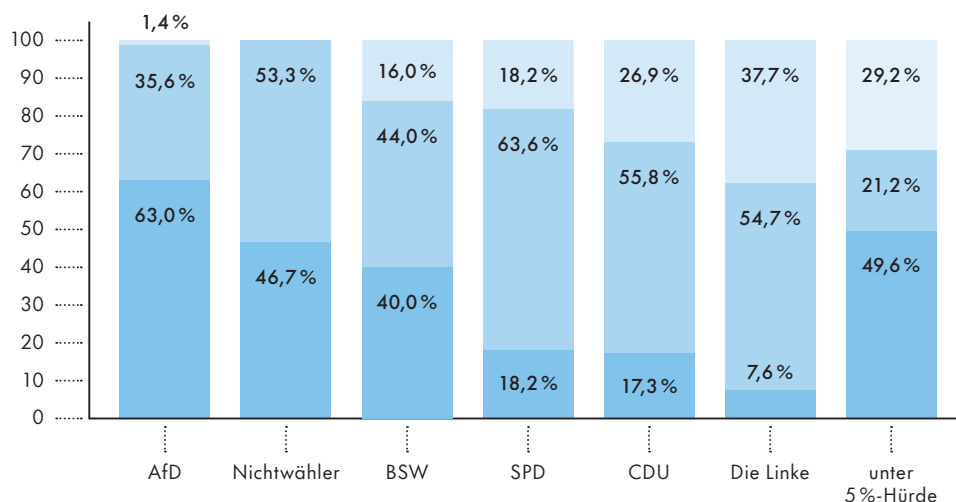


ABBILDUNG 14: Zufriedenheit mit Demokratie nach der Wahl (Quelle: KomRex)

■ eher/voll und ganz zufrieden
■ teils/teils
■ überhaupt/eher nicht zufrieden

sich bei der Bewertung der aktuellen Umsetzung der Demokratie in Deutschland wiederum eine kritischere Haltung (Abb. 14): Die Mehrheit der AfD-Wählerschaft und ein Großteil der Nichtwähler*innen und BSW-Anhänger*innen äußerten deutliche Unzufriedenheit. Gleichzeitig positionierte sich auch die Mehrheit der Wählerschaft anderer Parteien als weder zufrieden noch unzufrieden. Diese Bewertung blieb über beide Befragungen stabil, lediglich bei Nichtwähler*innen sank die Zufriedenheit nach der Wahl um elf Prozentpunkte.

Während die Bewertung der Staatsform und ihrer Umsetzung das allgemeine Vertrauen zeigt, spiegelt die Wahrnehmung des Wahlablaufs als demokratischer Prozess, inwieweit dieses Vertrauen auch in der Praxis besteht. Daher baten wir die Teilnehmenden um eine Einschätzung der Rechtmäßigkeit der Landtagswahl in Thüringen 2024. Abbildung 15 verdeutlicht, dass das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Wahl insgesamt weit verbreitet ist. Allerdings äußerte die AfD-Wählerschaft deutliche Skepsis, die – wenngleich schwächer – auch unter Nicht- sowie BSW-Wähler*innen vorkommt.

Zusammenfassung und Fazit

Die Landtagswahl 2024 in Thüringen machte die rechtsextreme AfD erstmalig zur stärksten Kraft, doch eine Regierungsbildung scheiterte an ihrer Isolation durch alle anderen Parteien. Die Befunde zeigen eine starke Parteibindung bei Anhänger*innen von AfD und Linken,

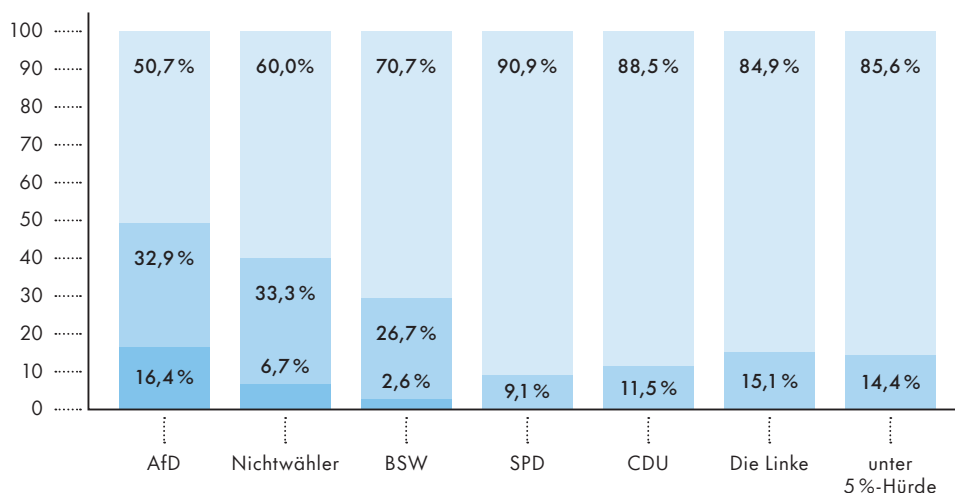


ABBILDUNG 15: Bewertung der Aussage »Die Wahl ist rechtmäßig abgelaufen« (Quelle: KomRex)

■ Stimme eher/voll und ganz zu.
■ teils/teils
■ Stimme überhaupt/eher nicht zu.

während allgemein eine deutliche Wahlunentschlossenheit herrschte. Ein erheblicher Teil der AfD- und BSW-Wähler*innen und Nichtwähler*innen lehnt die Demokratie als Staatsform ab und äußert Unzufriedenheit mit ihrer Umsetzung. Unter den Wähler*innen anderer Parteien wird Demokratie zwar grundsätzlich befürwortet, aber auch dort gibt es verbreitete Kritik an ihrer praktischen Umsetzung. Während sich manche Nichtwähler*innen womöglich aus ablehnender Haltung gegenüber der Demokratie bei der Wahl enthalten, nutzen AfD-Wähler*innen die Wahl aktiv, um Einfluss auszuüben, obwohl ein bedeutender Teil von ihnen diese demokratischen Strukturen ablehnt.

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen auch nach der Wahl anhaltende gesellschaftspolitische Herausforderungen in Thüringen: Die AfD verfügt aufgrund der Sperrminorität über weitreichende politische Handlungsmacht. Das kann in Kombination mit der verbreiteten Unzufriedenheit über die Umsetzung der Demokratie und der Wahlergebnisse das Vertrauen in politische Prozesse weiter belasten. Dennoch bietet die breite Ablehnung rechtsextremer Positionen durch die Mehrheit der Wähler*innen eine Chance für konstruktive Zusammenarbeit und die Stärkung demokratischer Werte.

LITERATUR

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (2024): Wahlstudie 2024.

Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/2020/wahlstudie-2024> [20.03.2025].

ERKLÄRUNGSFAKTOREN FÜR DIE WAHLERGEBNISSE DER AfD IN THÜRINGEN 2024

Christoph Richter, Cornelius Helmert
und Axel Salheiser

Hinter Thüringen liegt ein äußerst ereignisreiches Wahljahr 2024. Das hohe Abschneiden der rechtsextremen AfD bei den Kommunalwahlen, der Europawahl und bei der Landtagswahl stellt eine deutliche Verschiebung der politischen Landschaft in Thüringen mit massiven gesellschaftlichen Implikationen für die kommenden Jahre dar. Um Antworten für den gesellschaftlichen Umgang damit zu finden, braucht es fundierte Analysen der Hintergründe und Ursachen. Nach einer Reihe von wahlbegleitenden IDZ-Kurzanalysen (Kamuf/Helmert 2024a, 2024b, 2024c) haben wir daher die bisherigen Erkenntnisse gebündelt und auf Basis der gemeindespezifischen Wahlergebnisse systematisch untersucht, welche Faktoren bei den drei Wahlen im Jahr 2024 zum Wahlerfolg der AfD beigetragen haben (Richter et al. 2025). Dafür analysierten wir die Wahlergebnisse zusammen mit mehr als 50 demografischen, wirtschaftlichen und politischen Merkmalen der Thüringer Gemeinden. Um auch die Veränderungen im Zeitverlauf berücksichtigen zu können, wurden die Wahlergebnisse länger zurückliegender Wahlen in die Analyse aufgenommen (vgl. Richter et al. 2022).

Zentrale Ergebnisse

Sowohl demografische (Alter, Geschlecht, Infrastrukturausstattung), ökonomische (Veränderung der Kaufkraft, Einkommen etc.), als auch politisch-kulturelle (historisches Wahlverhalten, Nichtwählendenanteil etc.) Faktoren haben zum Abschneiden der AfD bei allen drei Wahlen beigetragen. Den politisch-kulturellen Faktoren kommt dabei die größte Bedeutung zu. Viele demografische und wirtschaftliche Problemlagen – beispielsweise der Bevölkerungsrückgang, die Überalterung, die wirtschaftlichen Krisenerfahrungen der Nachwendezeit

und damit verbundene wirtschaftliche und infrastrukturelle Defizite – werden immer wieder im Zusammenhang mit den markant erhöhten AfD-Stimmenanteilen in ostdeutschen Regionen diskutiert. In einigen Regionen Thüringens treten diese Problemlagen sehr verdichtet zutage und tragen zur Erklärung der hohen Stimmenanteile bei den vergangenen Wahlen bei – dafür liefert unsere Analyse auf breiter Datenbasis zahlreiche Anhaltspunkte. Besonders erfolgreich war die AfD in ländlicheren Regionen mit stärkeren Bevölkerungsrückgängen, Infrastrukturdefiziten, geringerer Kaufkraft, niedrigerer Wahlbeteiligung und einem höheren Anteil rechtsextremer Parteien in der Vergangenheit (bei den Wahlen 2009). In der Vergleichsanalyse zu den vorherigen Wahlen (2014 und 2019) zeigt sich, dass fast alle dieser Faktoren bereits vorher eine Rolle spielten, aber im Jahr 2024 noch einmal deutlich an Bedeutung hinzugewonnen haben.

Die soziodemografische Dimension

Auffällig ist die räumliche Ballung der AfD-Wähler*innenschaft in den kleinen ländlichen Gemeinden bis zu Mittelstädten, die tendenziell durch höhere Bevölkerungsrückgänge und hohe Infrastrukturschwäche gekennzeichnet sind. Obwohl auch einige der mittleren bis größeren Städte teils hohe Wahlergebnisse (z. B. Gera, Suhl) verzeichneten, ist der Zuspruch in kleinen ländlichen Regionen auffällig höher. Gleichzeitig gibt es auch in größeren Städten (Jena, Erfurt) markante Unterschiede der Stimmenanteile zwischen einzelnen Stadtteilen.

Das Gefälle erklärt sich aber nicht einfach durch die Anzahl an Bewohner*innen, wie eine separate Auswertung der Infrastrukturdaten zwischen den Gemeinden zeigt. Wo insgesamt weniger Infrastruktur vorhanden oder die Erreichbarkeit eingeschränkt ist, verzeichnet die AfD im Schnitt bessere Wahlergebnisse. Das gilt insbesondere für staatliche Infrastruktur (Verwaltungen, Behörden), Freizeitgestaltung, Bildung und Mobilität. Die zusätzliche deskriptive Auswertung der Wahltagsbefragungen (*Tagesschau* 2024) zeigt zudem, dass die Partei deutlich stärker von Männern der mittleren Altersgruppen (35–60 Jahre) mit eher niedrigen formalen Bildungsabschlüssen gewählt wird. Demgegenüber sind es vorrangig weibliche Wählende und die ältesten Alterskohorten, die noch höhere Wahlergebnisse der AfD verhindert haben. Die in der Öffentlichkeit viel diskutierten Zuwächse unter Jungwählenden ließen sich auf Basis der bisher verfügbaren Daten noch nicht abschließend einordnen. Bei der Landtagswahl 2019 in Thüringen und bei der Landtagswahl 2024 in Sachsen lagen die Zustimmungsraten dieser Altersgruppe in den Wahl-

tagsbefragungen deutlich höher als in der späteren repräsentativen Wahlstatistik. Auch für die Landtagswahl 2024 in Thüringen könnten die tatsächlichen Werte in dieser Altersgruppe anders ausfallen als bisher vermutet. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags war die repräsentative Wahlstatistik jedoch noch nicht verfügbar.

Die sozioökonomische Dimension

Bei allen Wahlen in Thüringen 2024 zeigte sich, dass der Kaufkraft in den Gemeinden eine deutlich gestiegene Bedeutung als Erklärungsfaktor zukommt. Je geringer die Kaufkraft, desto bessere Ergebnisse konnte die AfD im Durchschnitt erreichen. Im Vergleich zu den Wahlen 2014 und 2019 ist hier ein Bedeutungsanstieg sichtbar. Auch die Befragungsdaten der Nachwahlbefragungen bestätigen die gestiegene Relevanz wirtschaftlicher Faktoren für die Wahlentscheidungen. Die Einstellungsforschung sieht auch eine weite Verbreitung eines allgemeinen wirtschaftlichen Pessimismus. Jedoch gab die überwiegende Mehrheit der AfD-Wähler*innen an, mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage zufrieden zu sein. Das zeigt, dass die Debatte nicht nur von objektiven wirtschaftlichen Verschlechterungen, sondern auch stark von kollektiven Wahrnehmungen und Zukunftsängsten geprägt war, was die AfD gezielt adressiert hat.

Die politisch-kulturelle Dimension

Die mit Abstand stärksten Effekte auf das Wahlergebnis finden sich auf der politisch-kulturellen Dimension. Für alle drei Wahlen 2024 gilt: Je weniger Menschen schon vor längerer Zeit (Wahlen 2009) wählten und je höher der Stimmenanteil für rechtsextreme Kleinparteien (insbesondere NPD) in der Vergangenheit war, umso besser fielen die AfD-Ergebnisse in den Gemeinden im Durchschnitt aus. Der Wahlerfolg der AfD liegt also insbesondere in längerfristig wirkenden Faktoren der Gemeinden begründet. Wir interpretieren die Befunde im Hinblick auf die politische Kultur der Gemeinden so: Dort, wo sich rechtsextreme Parteien in der Vergangenheit stärker normalisieren konnten, und dort, wo ein geringerer Zuspruch zu demokratischen Parteien auf eine weiter verbreitete Demokratieunzufriedenheit hinweist, gibt es ein günstigeres Mobilisierungsumfeld für die AfD. Der Zustrom von Nichtwählenden zur AfD bei den Wahlen 2024 (wie auch bei vorausgegangenen Wahlen) zeigt, dass die AfD auch in Regionen mit einer langfristig geringeren Bindung an demokratische Parteien erfolgreicher abschneiden konnte.

Auf Gemeindeebene sind keine Einstellungsdaten verfügbar. Deshalb haben wir auf der Ebene der Kreise und kreisfreie Städte hochgerechnete Befragungsdaten des Thüringen-Monitors (Reiser et al. 2024) aus dem Zeitraum 2018–2022 analysiert. Die Ergebnisse zeigen: In Kreisen, in denen ethnozentristische und rechtsextreme Einstellungen weiter verbreitet sind und die Demokratiezufriedenheit niedrig ist, schnitten sowohl rechtsextreme Kleinparteien in der Vergangenheit (2009 und 2014) als auch die AfD im Jahr 2024 besser ab. Wenngleich diese statistischen Zusammenhänge nur auf Kreisebene berechnet werden können, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass politische Einstellungsmuster (bspw. rechtsextreme Einstellungen und Demokratieunzufriedenheit) eng mit dem Zuspruch zur AfD zusammenhängen.

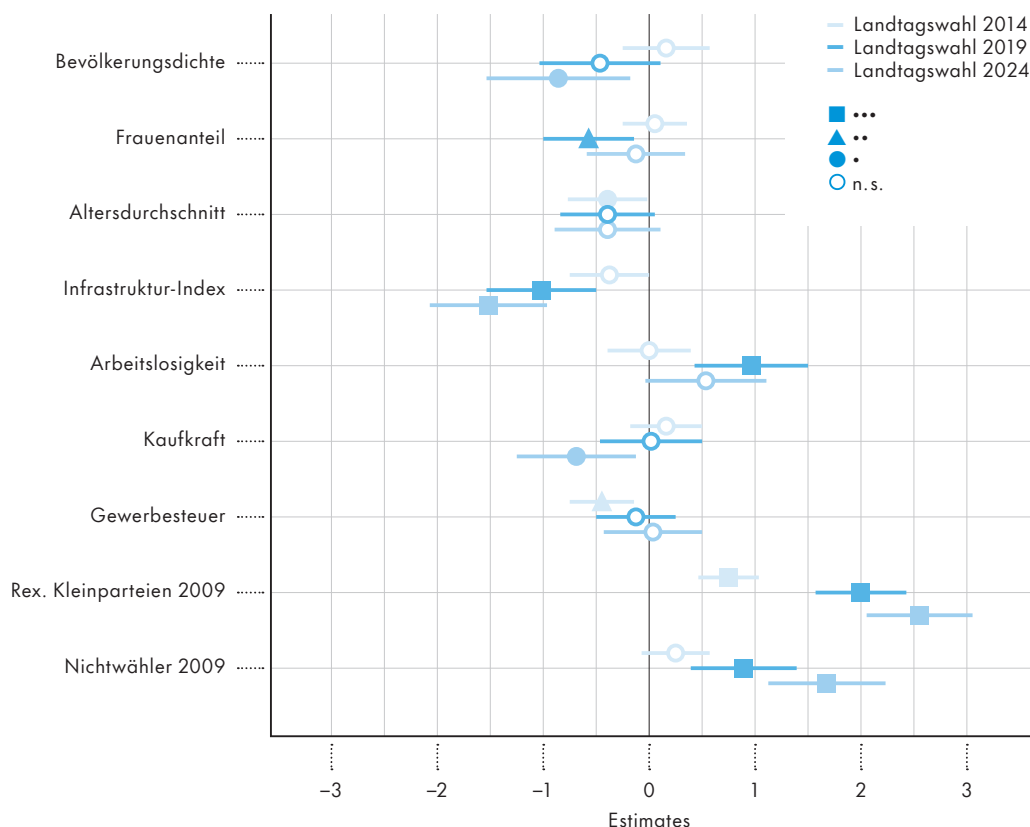


ABBILDUNG 16: Einflussfaktoren auf die Stimmenanteile der AfD (eigene Darstellung)
 Regressionsplot der hierarchischen Modelle (Random Intercept = Kreise); abhängige Variablen: Stimmenanteile der AfD zu jeweiliger Wahl und jeweiligem Wahlzeitpunkt (zur Kreistagswahl 2014 war die AfD noch nicht angetreten); signifikante Werte (rund: $p < 0,05$; dreieckig: $p < 0,01$; viereckig: $p < 0,001$)

(Quellen: Landeswahlleiter; INKAR; Thüringer Landesamt für Statistik; Berechnung und Darstellung: IDZ)

In der Gesamtheit sprechen die Befunde dafür, dass die Mobilisierung von AfD-Wähler*innen dort am erfolgreichsten war, wo sie entlang politisch-kultureller Konfliktlinien verläuft. Ängste bezüglich der Veränderung tradierter Lebensweisen, die Furcht vor Statusseinbußen und Gefühle der Bedrohung der Identität sind mit autoritären Ordnungsvorstellungen und Ungleichheitsvorstellungen unterlegt und werden in unterschiedlichen Sozialmilieus geteilt. Der AfD dienen sie als ideologische Klammer für die populistische Wähler*innenansprache. Reale soziale Konfliktlagen (vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum über Bildungs- und Infrastrukturdefizite bis zur inneren Sicherheit) werden kulturalisiert und – sofern sie aus Sicht der Wählenden überhaupt wahlentscheidend sind – auf der Ebene des Ressentiments »aufgelöst«. Statt inklusiver Sozialpolitik wird exklusiver Wohlstandschauvinismus propagiert. Negative Einstellungen gegen Geflüchtete, Migrant*innen, LSBTQI*, »Grüne« und »Linke« fungieren als Kitt, der das Auseinanderdriften entlang der wirtschafts- und sozialpolitischen Pole der Partei erfolgreich verhindert, indem rechts-extreme Kulturkampfrhetorik in den Vordergrund gerückt wird.

Fazit und Ausblick

Besonders in Gemeinden, wo eine ungünstige wirtschaftliche und infrastrukturelle Ausgangslage, Bevölkerungsrückgänge mit niedrigerer Wahlbeteiligung und höherem Zuspruch zu rechtsextremen Parteien in der Vergangenheit zusammenfallen, konnte die Partei hohe Ergebnisse verzeichnen. Diese Befunde kennen wir bereits von vergangenen Wahlen, allerdings haben sich die Faktoren bei den Wahlen 2024 noch einmal deutlich verstärkt. Die AfD profitierte damit bei den Wahlen 2024 von einer bisher noch nicht da gewesenen Verdichtung und Gleichzeitigkeit vielfältiger, aus der Forschung bekannter Erfolgsfaktoren für Rechtsaußenparteien. Zu den langfristigen Erfolgsbedingungen zählen u. a. die demografische und infrastrukturelle Krise, die sich besonders in den vielen ländlichen Regionen Thüringens stark auswirkt. Hinzutreten ökonomische Verunsicherungen, die sich zumindest in der subjektiven Wahrnehmung unmittelbarer und stärker als zuvor im Alltag der Menschen niederschlagen.

Unter den langfristigen Faktoren zählt die politische Kultur am deutlichsten auf das Wähler*innenkonto der AfD ein: Eine höhere Affinität für rechtsextreme Parteien und hohe Nichtwählendenanteile in der Vergangenheit lassen sich auch als Gradmesser für kollektive Einstellungsmuster – darunter erhöhte Demokratieunzufriedenheit und verbreitete ethnozentrischen Einstellungen – interpretieren, die der

AfD ein günstiges Mobilisierungsumfeld bieten. Währenddessen haben etablierte demokratische Parteien immer größere Schwierigkeiten, hier Wähler*innen zu erreichen. In diesem gesellschaftlichen Klima konnte sich die AfD in vielen Regionen im Laufe der letzten Wahlen fortwährend weiter normalisieren und ihre Position dahingehend stärken, dass sie auch für potenzielle Neuwählende wählbarer erscheint. Gleichzeitig hat sich mit den wachsenden politischen Erfolgen der Vergangenheit der politische und mediale Umgang mit der Partei verändert (kurzfristige Erfolgsbedingungen). Im politischen Spektrum fällt die ohnehin brüchige Abgrenzung zur AfD noch schwerer, Inhalte und Phrasen der Partei werden noch häufiger im politischen und medialen Diskurs aufgegriffen und normalisiert. Zusätzlich profitiert die Partei von konflikthafter Protestereignissen der Vergangenheit (Corona, Energie), in der sie sich als »einzige Opposition« inszenierte.

Unsere Analysen bestätigen, dass für die hohen Wahlergebnisse der AfD zahlreiche Faktoren begünstigend wirken. Der öffentliche Diskurs, der auch im Wahljahr 2024 auf Migrationspolitik und den Umgang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine fokussierte, greift daher zu kurz. Einerseits zeigt die Wahlauswertung für Thüringen, dass sozioökonomische Problemlagen und demografische Entwicklungen Auswirkungen auf das Wahlverhalten haben. Hier gibt es entsprechenden akuten Handlungsbedarf für die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Gleichzeitig zeigt die hohe Erklärkraft von politisch-kulturellen Faktoren, dass diese langfristig angegangen werden müssen, um einem weiteren Erstarken rechtsextremer Parteien entgegenzuwirken. Dazu muss einerseits die demokratische Zivilgesellschaft unterstützt werden und gleichzeitig eine Aktivierung der breiten Gesellschaft erfolgen. Auch wenn es die AfD anders darstellt und die öffentliche Fokussierung auf die rechtsextreme Partei und ihre Wähler*innen einen anderen Eindruck erweckt: Die Mehrheit der Bevölkerung in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten wählt keine rechtsextremen Parteien. Die Aktivierung dieser Bevölkerungsmehrheit für eine aktive prodemokratische Positionierung und Partizipation an demokratischen Prozessen bietet damit ein bisher zu gering adressiertes Potenzial.

Der Hauptfokus sollte darauf liegen, demokratische Institutionen gegen den wachsenden Einfluss von Rechtsaußen abzusichern und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken. Gesellschaftspolitische Anstrengungen sollten sich zunächst auf die Stärkung von Institutionen, zivilgesellschaftlichen Strukturen und sozialpolitischen Maßnahmen konzentrieren, um die Resilienz gegen antidemokrati-

sche Einflüsse zu erhöhen. Kürzungen im Förderbereich des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Demokratiebildung, wie sie sich aktuell andeuten, sind in ihrer Wirkung fatal und beschränken die Interventions- und Handlungsmöglichkeiten zu einem Zeitpunkt, wo diese nötiger sind als zuvor.

LITERATUR

- Kamuf, Viktoria/Helmert, Cornelius (2024 a):** »Blaues Auge« statt »blauer Welle«? Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/WEB_IDZ_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Thuringen_2024.pdf [03.02.2025].
- Kamuf, Viktoria/Helmert, Cornelius (2024 b):** Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/_8_Kurzanalyse_Landtagswahlen_Thuringen_2024.pdf [03.02.2025].
- Kamuf, Viktoria/Helmert, Cornelius (2024 c):** Thüringen zwischen den Wahlen – erhöhter Druck auf die demokratische Kultur. Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Kurzanalyse zu den Stichwahlen der Thüringer Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen am 9. Juni 2024. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/_7_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Th%C3%BCringen_2024_WEB.pdf [03.02.2025].
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2024):** Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/3454/tm2023.pdf> [03.02.2025].
- Richter, Christoph/Helmert, Cornelius/Salheiser, Axel (2025):** Thüringen im »Superwahljahr« 2024: Analyse der AfD-Wahlergebnisse in den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/IDZ_Wahlanalyse_B5_WEB.pdf [03.02.2025].
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022):** Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband [Hrsg.]: Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Springer VS: Wiesbaden, S. 299–334.
- Tagesschau (2024):** Thüringen-Wahl: Wer wählte die AfD - und warum? Online: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-afd.shtml> [03.02.2025].

GESCHICHTSPOLITIK DER THÜRINGER AfD IM JAHR 2024

Jakob Schergaut
und Johannes Streitberger

Ende Juli 2024 stellte die AfD ihr Wahlprogramm für Thüringen vor. Auf der Titelseite prangte der Slogan »Alles für Thüringen« – eine Anspielung auf die SA-Parole »Alles für Deutschland«. Für deren Verwendung war Björn Höcke wenige Wochen zuvor zum zweiten Mal verurteilt worden. Dem Wahlprogramm vorangestellt war ein Gedicht von Franz Langheinrich aus dem Jahr 1912, der später begeisterter Nationalsozialist war (Geschichte statt Mythen 2024).

Solche Anspielungen auf den Nationalsozialismus gehören neben Geschichtsrevisionismus und Angriffen auf die Erinnerungskultur fest zur politischen Agenda der Thüringer AfD. Durch provokative Umdeutungen der Geschichte polarisiert sie, lenkt Aufmerksamkeit auf sich und verschiebt die Grenzen des Sagbaren. Dabei verfolgt sie drei zentrale Strategien: die Diskreditierung der Erinnerungskultur als »Schuldkult«, die Delegitimierung der liberalen Demokratie und die Mobilisierung von Wähler*innen. Diese Strategien werden im Folgenden anhand kritisch eingeordneter Beispiele aus dem Jahr 2024 beleuchtet.

Geschichtsrevisionistischer Angriff auf die Erinnerungskultur

Fortwährender Schwerpunkt der Geschichtspolitik der Thüringer AfD ist Björn Höckes Forderung nach einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad«, die er bereits bei seiner Rede in Dresden 2017 zur Leitlinie erhoben hat. Die deutsche Geschichte soll demnach kein Gegenstand kritischer Auseinandersetzung sein, sondern eine identitätsstiftende Ressource zur nationalen Wiedergeburt. Die Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und deutsche Schuld muss deshalb kleingehalten oder relativiert werden. Am 5. Mai 2024 behauptete Stefan Möller etwa im fraktionseigenen Podcast »Horch mal!« anlässlich des Tages der Befreiung: »Nicht jeder, der 'ne Uniform anhatte,

und sei es auch 'ne schwarze von der Waffen-ss, [war] ein Massenmörder« (Möller 2024). Möller zielte mit diesem kalkulierten Tabubruch darauf ab, Zweifel am verbrecherischen Charakter der ss zu säen. Damit nahm er die spätere Relativierung der ss seines Parteikollegen Maximilian Krah in der italienischen Zeitung *La Repubblica* vom 18. Mai 2024 voraus.

Eine weitere Facette dieser Umschreibungsversuche ist das (Über-) Betonen deutscher Opfer, um die ns-Verbrechen zu verharmlosen. Am 14. November 2024 wurde im Thüringer Landtag ein Antrag der Linken debattiert, den 8. Mai 2025 als Feiertag zu begehen. Der AfD-Abgeordnete Sascha Schlösser forderte, dabei die deutschen Opfer von Flucht, Vertreibung und alliierter Gewalt zu berücksichtigen. Seinem Vorredner Matthias Hey (SPD), der an die Befreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 durch us-Streitkräfte erinnert hatte, entgegnete Schlösser: »Gehen sie nach Gispersleben. Da ist eine kleine Grabplatte. Da wurden am 11. April durch amerikanische Soldaten 50 blutjunge Soldaten erschossen« (Thüringer Landtag 2024).

Dies ist eine Falschdarstellung. Am 10./11. April 1945 führten deutsche Verbände bei Gispersleben – nahe Erfurt – einen Gegenangriff aus. Dabei ermordete die ss gefangen genommene amerikanische Soldaten (Adkins/Adkins Junior 2005: 195). Als Vergeltung für dieses Kriegsverbrechen erschossen us-Streitkräfte etwa zwölf deutsche Kriegsgefangene (LATH-HStA Weimar). Insgesamt kamen in Gispersleben 45 deutsche Soldaten um. Indem Schlösser jedoch von 50 Toten sprach, vermischte er die im Gefecht Gefallenen mit den völkerrechtswidrig Erschossenen. So erscheinen alle Toten als Opfer alliierter Willkür. Das Übertreiben deutscher Opferzahlen alliierter Kriegsverbrechen ist eine bekannte Strategie des rechtsextremen Geschichtsrevisionismus. Schwerwiegender ist jedoch Schlössers Aufforderung, am 11. April nach Gispersleben zu schauen. Damit setzt er die getöteten Deutschen mit den Opfern des KZ-Systems gleich.

WAS IST GESCHICHTSREVISIONISMUS? *Geschichtsrevisionismus beschreibt Versuche, die etablierte und wissenschaftlich fundierte Darstellung der Vergangenheit durch verfälschte Quellen, einseitige bzw. aus dem Kontext gerissene Deutungen oder unzutreffende Gleichsetzungen umzuschreiben. Dahinter steht das Ziel, historisch belastete politische Vorstellungen zu enttabuisieren und als mögliche Alternative zur liberalen Demokratie darzustellen.* (Mehr dazu: Pfahl-Traughber 2019: 301f.)

Delegitimierung der Demokratie: Zwischen Opfernarrativ und Angriffslust

Neben diesen drastischen Formen der Geschichtsmanipulation nutzt die Thüringer AfD NS- und DDR-Bezüge, um sich als Opfer einer vermeintlichen Wiederkehr des Totalitarismus zu präsentieren. Im Juli 2024 unterstellte sie im fraktionseigenen Telegram-Kanal dem sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz: Er fordere »das totale Auslöschen der AfD«. Die Partei teilte dazu eine Fotomontage mit eindeutiger KZ-Bildsprache (Abb. 17). Tatsächlich hatte Wanderwitz jedoch in einem *Phoenix*-Interview im Kontext des angestrebten AfD-Verbots gefordert: »Wir müssen versuchen, möglichst viele dieser Menschen zu gewinnen für die Demokratie. Das gelingt uns besser, wenn das Lagerfeuer der AfD erstmal ausgelöscht ist« (Wanderwitz 2024). Diese verzerrte Wiedergabe der Aussage Wanderwitz' relativiert nicht nur den Nationalsozialismus, sie verunglimpft auch die Mittel der wehrhaften Demokratie gegen demokratiegefährdende Bestrebungen.



ABBILDUNG 17:
Die Thüringer AfD
verbreitete diese
Grafik am 9. Juli 2024
über Telegram. Die
CDU klinge, so die
Bildunterschrift,
»verdächtig nach 1933«.
(Quelle: Telegram, zuletzt
geprüft am 20.02.2025)



ABBILDUNG 18:
Thurms schiefe Gleichsetzung war Teil eines Postings, in dem er die demokratischen Fraktionen als »Machtkartell« und »Einheitspartei der Verlierer« diffamierte.

(Quelle: Facebook, zuletzt geprüft am 20.02.2025)

Auch im Umgang mit der SED-Diktatur griff die Thüringer AfD auf verquere Gleichsetzungen zurück, um die liberale Demokratie zu delegitimieren. Landtagsmitglied Uwe Thrum teilte am 30. September 2024 auf Facebook ein Diagramm mit 32 Sitzen für die AfD und 56 für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Abb. 18). Die gegenwärtige Parteienlandschaft soll so als Wiedergänger der DDR-Blockparteien erscheinen, die AfD als einzig authentische oppositionelle Kraft.

Wähler*innen mobilisieren: Ambivalenter Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Die DDR-Vergangenheit dient der Thüringer AfD nicht nur zur grundsätzlichen Delegitimierung der liberalen Demokratie, sondern ist auch fester Bestandteil ihrer Wahlkampfstrategie. Bereits bei der Thüringer Landtagswahl 2019 warb die Partei mit »Vollende die Wende« oder »Wende 2.0«. Bei solchen Slogans schwingt nicht nur eine schiefe Gleichsetzung zwischen der gegenwärtigen Demokratie und der DDR mit. Die AfD schreibt sich damit auch in die Tradition der damaligen Oppositionsbewegung ein. So befeuert sie das tradierte Misstrauen gegenüber der Regierung und stilisiert sich als fundamentale Opposition gegen die traditionellen Parteien.

Im Superwahljahr 2024 erweiterte die Thüringer AfD diese Strategie. Sie nutzte die DDR-Vergangenheit nicht mehr allein als Negativfolie, sondern griff gezielt einzelne Aspekte heraus, löste sie aus ihrem geschichtlichen Kontext und verklärte sie. Auf diese Weise präsentierte die Partei das Leben in der DDR als historischen Sehnsuchtsort, als

positive Alternative zur Gegenwart, um nostalgische Gefühle und ostdeutsche Identitätsmarker für sich zu nutzen. Die Wahlwerbung mit der Simson ist hierfür ein Beispiel.

Dabei profitierte die AfD vom widersprüchlichen Nebeneinander unterschiedlicher DDR- und Transformationserfahrungen, die sich in ostdeutschen Identitätskonstruktionen wiederfinden. Dass diese Strategie auf fruchtbaren Boden fällt, lässt sich auch an den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung ablesen: Etwa vier von zehn Thüringer*innen bewerten im Rückblick die DDR als überwiegend positiv (Reiser et al. 2024: 68 f.).

Diese zweigleisige Strategie in Hinblick auf die DDR-Geschichte zeigte sich besonders eindrücklich am 19. September 2024 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Cottbus. Dort zeichnete Höcke in seiner Rede ein romantisierendes Bild von nachbarschaftlichem Zusammenhalt, gepflegten Wohnanlagen und ungetrübter Kindheit vor 1989 – »das war mal so«. Heute hingegen sieht der Thüringer AfD-Landesvorsitzende und gebürtige Nordrhein-Westfale »Zeichen für einen zerfallenen Staat« und einen Rückgang der »gemeinschaftsorientierten Werte«. Höcke verwies zudem auf die »soziale Sicherheit«, das »Vertrauen«, die »gelebte Solidarität«, die »innere Sicherheit« und die »gute Bildung« in der DDR, was das Publikum mit Applaus quittierte. Nicht zuletzt präsentierte er die DDR als völkische Blaupause für einen vermeintlich ethnisch homogenen Staat, der »von einem Volk bewohnt wurde – und zwar vom deutschen Volk«.

Höcke räumte zwar ein, dass »die DDR eine Diktatur« gewesen sei, ließ jedoch zentrale Merkmale des SED-Regimes unerwähnt. Er verschwieg etwa, dass das Ministerium für Staatssicherheit und Zehntausende Inoffizielle Mitarbeiter Werte wie »Vertrauen« und »Solidarität« systematisch untergruben. Ebenso blendete er aus, dass die »soziale Sicherheit« an politischen Konformismus und die »gute Bildung« an eine rigide Erziehung zur sogenannten sozialistischen Persönlichkeit und vormilitärische Ausbildung gekoppelt waren. Auch überging er, dass Migrant*innen wie Vertragsarbeitende in der DDR lebten – jedoch unter prekären Bedingungen und isoliert von der Gesellschaft. Merkmale einer Diktatur führte Höcke dagegen nur an, wenn er die Bundesrepublik als »Gesinnungsstaat [...] mit totalitären Zügen« diskreditierte (Weichreite 2024).

Fazit

Die Thüringer AfD verbreitete 2024 revisionistische und verklärende Deutungen der NS- und DDR-Vergangenheit, um Wähler*innen zu mobi-

lisieren, die liberale Demokratie zu delegitimieren und die Erinnerungskultur zu diffamieren. Die Übergänge zwischen den Strategien waren dabei fließend.

Indem die Thüringer AfD mit dem Nationalsozialismus kokettiert, die NS-Verbrechen kleinredet und gleichzeitig deutsche Opfer (über-)betont, enttabuisiert sie völkische Überlegenheitsfantasien und knüpft an rechtsextreme Identitätspolitik an. Zugleich setzt sie die liberale Demokratie mit der DDR gleich, brandmarkt politische Gegner*innen als totalitär und zeichnet ein verklärtes Bild der zweiten deutschen Diktatur. Damit spricht sie Menschen an, die unzufrieden mit der aktuellen Demokratie sind und die Vergangenheit durch eine nostalgische Brille sehen.

Im Fahrwasser dieser Geschichtspolitik und des Siegs der AfD bei der Landtagswahl 2024 gewinnen alternative geschichtsrevisionistische Deutungen der Vergangenheit zunehmend an Einfluss. Dies verlangt, dass sich Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft klar gegen verzerrte Interpretationen historischer Fakten positionieren.

LITERATUR UND QUELLEN

- Adkins, Andrew Z./Adkins Junior, A. Z. (2005): You can't get much closer than this. Casemate: Philadelphia/Oxford.
- Geschichte statt Mythen (2024): Vordenker des Nationalsozialismus als Paten des AfD-Programms. Online: <https://www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/lang-heinrich> [29. Januar 2025].
- Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH-HStA Weimar), Landeskriminalamt Thüringen 658, Bl. 80–83.
- Möller, Stefan (2024): Sonderfolge: Gedenken am 8. Mai – Wo geht's raus aus dem geschichtspolitischen Minenfeld? Online: <https://www.buzzsprout.com/2197981/episodes/15010956-sonderfolge-gedenken-am-8-mai-wo-gehts-raus-aus-dem-geschichtspolitischen-minenfeld.mp3> [29.01.2025].
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Springer VS: Wiesbaden.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena.
- Thüringer Landtag (2024): 3. Plenarsitzung. Online: https://live.thltcloud.de/Veranstaltung/Plenarsitzung_2024_2-3/20241114 [29.01.2025].
- Wanderwitz, Marco (2024): #Grundgesetz. Online: https://x.com/phoenix_de/status/1791057630858788874 [29.01.2025].
- Weichreite TV (2024): AfD Wahlkampf, Höcke – Cottbus 19.09.24. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=TmYKjJdozqs> [29.01.2025].

JUGENDLICHER RECHTSRUCK?

Hannah Merkle und Felix M. Steiner

In den vergangenen Monaten fanden sich in zahlreichen Medien Schlagzeilen wie »Warum Jugendliche rechts wählen«³ oder gar »Rechtsextremismus: Sind die Skinheads zurück?«⁴. Blickt man auf die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre, zeigt sich ein eher unbeständiges Bild bei den Wahlentscheidungen der jüngsten Kohorte. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die AfD sieben Prozent der Stimmen der 18- bis 24-Jährigen, 2017 waren es noch zehn Prozent. Seit der Europawahl 2024 haben die Zustimmungswerte in der jüngsten Alterskohorte jedoch massiv zugenommen. In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen entschieden sich 16 Prozent, und damit ein Anstieg um elf Prozentpunkte im Vergleich zu 2019, für die Wahl der AfD. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte die AfD mit einem Stimmanteil von 21 Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen einen Zugewinn von 14 Prozentpunkten. Die meisten Stimmen konnte mit 25 Prozent allerdings Die Linke für sich gewinnen. In Thüringen erzielt die AfD schon seit Jahren deutlich höhere Ergebnisse unter Jungwähler*innen als im Bundestrend. Waren es bei der Landtagswahl 2014 14 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die die AfD (gesamt 10,4 %) ⁵ wählten, konnte die extrem rechte Partei die Zustimmung in der Altersklasse 2024 auf 38 Prozent erhöhen (gesamt 32 %). Die Zustimmung zu rechten Positionen erschöpft sich dabei nicht in der Wahl der extrem rechten AfD.

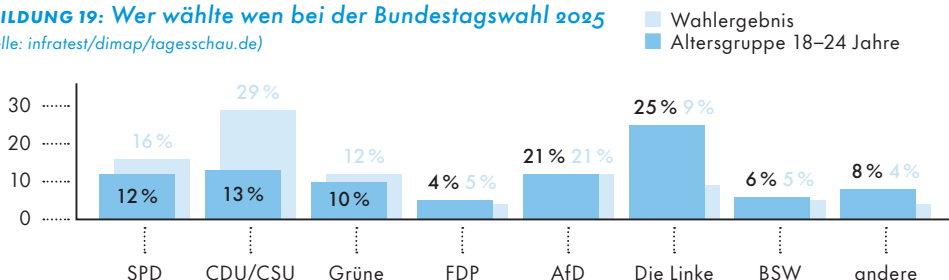
³ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/junge-waehler-rechts-afd-100.html>.

⁴ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus-sind-die-skinheads-zurueck-19867355.html>.

⁵ Vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml>.

ABBILDUNG 19: Wer wählte wen bei der Bundestagswahl 2025

(Quelle: infratest/dimap/tagesschau.de)



Subkultur und soziale Netzwerke

In den letzten Jahren zeigten sich vor allem in den sozialen Netzwerken – allen voran bei *TikTok* und *Instagram* – und bei Mobilisierungen auf der Straße, dass Teile der jüngeren Generation offen für extrem rechte Ideologie eintreten. Hierbei war eine Rückkehr des Stils der Skinheadbewegung der 1990er-Jahre zu beobachten. Besonders bei den Protesten gegen verschiedene Christopher Street Days (CSD), die vor allem in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stattfanden, war dieser Kleidungsstil öffentlich wahrzunehmen. Hier kann man allerdings nicht von festen Organisationsstrukturen sprechen, sondern eher von losen, durch die sozialen Medien mobilisierten Gruppen (Mellea/Düker 2024). Die Klickzahlen bei *TikTok* auf Videos von jungen Akteur*innen, die hier meist von RechtsRock unterlegt ihren Skinheadstyle zur Schau stellen, sind enorm. Diese Entwicklungen in den sozialen Netzwerken sind aber kein nationales Phänomen, sondern bilden eine internationale Entwicklung ab.

Zur Europawahl nutzten die AfD und besonders ihr Spitzenkandidat Maximilian Krah *TikTok* für die direkte Ansprache vor allem junger Männer (Abou-Chadi 2024). Dass die extrem rechte Szene hier eine Chance für sich sieht, um junge Menschen zu erreichen und eine »kulturelle Hegemonie«⁶ online zu erlangen, ist nicht neu. Bereits 2023 sprach der extrem rechte Aktivist Erik Ahrens, der später Teile der Europa-Kampagne von Maximilian Krah verantwortete, beim neu-rechten Institut für Staatspolitik über seine Idee eines »*TikTok* von rechts«.⁷ *TikTok* bietet für die Strategie der extremen Rechten Vorteile: Allen voran der spezifische Algorithmus, welcher es auch ohne einen Kanal mit zahlreichen Follower*innen erlaubt, enorme Klickzahlen auf Videos zu erreichen. So konnte man im Wahlkampf in Thüringen sehen, wie die AfD und ihr Umfeld vorgingen: Für die *TikTok*-Videos des Junge-Alternative-Funktionärs Eric Engelhardt aus Thüringen wurden eigene Telegram-Kanäle (»*TikTok* Guerilla«) angelegt, in denen jede*r dessen vorproduzierte Videos herunterladen konnte, um damit die Plattform über zahlreiche Kanäle zu fluten. Wie viele Menschen schlussendlich mit den Videos erreicht wurden, lässt sich somit kaum sagen. Der Algorithmus gebe ihnen »Macht und Reichweite«, betonte Ahrens schon 2023: »Man hat eigentlich 90 Minuten am Tag ein Fenster in deren Gehirn, wo man da reinsenden kann.« Das heißt wiederum nicht, dass Jugendliche nach dem Konsum rechter

⁶ »Kulturelle Hegemonie« bezeichnet die Absicht, die Hoheit über Werte und Ideen, v. a. im kulturellen Bereich, zu erhalten. Die zeitgenössische Rechte beabsichtigt liberale und progressive Einflüsse auf Kultur durch extrem rechte Werte zu ersetzen und im Anschluss einen Wandel auf politischer Ebene zu evozieren.

⁷ Vgl. Ahrens gesamter Vortrag: https://www.youtube.com/watch?v=kDv5ZL_nptQ.

TikTok-Inhalte direkt ihre politischen Einstellungen neu ausrichten. Dieser Zusammenhang ist komplexer. Vielmehr sieht man, dass das vorhandene Potenzial extrem rechter Einstellungen von der AfD und ihrem Umfeld gezielt aufgegriffen und für die Partei mobilisiert werden soll. Die Partei hat hier allein schon durch ihre übermäßige Präsenz in den (Sozialen) Medien einen deutlichen Vorteil: erscheint sie doch als einziger Ansprechpartner.

Ergebnisse jüngster Einstellungsforschungen

Dass rechte Einstellungen unter jungen Menschen zugenommen haben, bestätigt die empirische Sozialforschung: Bei einer Befragung unter 2 000 Jugendlichen 2024 kamen die Autor*innen zu dem Ergebnis, dass junge Menschen mit Zustimmungswerten von 17,8 Prozent zu rechten Äußerungen »deutlich rechter und demokratieferner orientiert [waren] als der Bevölkerungsdurchschnitt« (Quent et al. 2024: 41). Insbesondere ist hierbei die hohe Zustimmung zu Dimensionen der »Neo-NS-Ideologie«, zu nationalchauvinistischen Einstellungen und zu autoritären Wünschen (LAS 2024: 53/54; Quent et al. 2024: 25) unter jungen Menschen hervorzuheben. Auch die Betrachtung von geteilten Werten, Normen und Sorgen gibt Aufschluss über die Gründe für extrem rechte Einstellungen und Wahlentscheidungen dieser Alterskohorte. Einige Forscher*innen argumentieren, dass sich das Verhältnis zur Zukunft unter jungen Menschen verändert habe und dies ausschlaggebend für eine Affinität zu extrem rechten Positionen sei. Die Sicht Heranwachsender auf die Zukunft sei früher positiv und vielversprechend gewesen und erscheine stattdessen nun prekär und nicht mehr offen (Frühauf 2024: 6; Friedrich/Schniederjann 2024). Die aktuelle *Shell-Jugendstudie* (2024) zeichnet ein ähnliches Bild: Der Blick in die Zukunft der Gesellschaft sei zwar zuversichtlich, die Zuversicht in die eigene, individuelle Zukunft aber weniger positiv.

Bei der Frage nach den größten Sorgen junger Menschen werden in den Studien vor allem Klimawandel, Diskriminierung, Krieg, die »wachsende Feindseligkeit« und »Ausländerfeindlichkeit« sowie nicht zuletzt der Aufstieg des Rechtspopulismus benannt (*Shell-Jugendstudie* 2024; SINUS-Jugendforschung 2024). Weniger häufig werden hingegen »Spannungen in der Gesellschaft wegen des Zuzugs von Geflüchteten, das wahrgenommene Problemlösungsdefizit der Politik und Inflation als zentrale Sorgen« angegeben (SINUS-Jugendforschung 2024: 156).

Kann man von einem »jungen Rechtsruck« sprechen?

Auf verschiedenen Ebenen ist eine Hinwendung junger Menschen zu extrem rechten Einstellungen, Parteien und subkulturellen Praktiken zu beobachten. Voreilige Schlüsse sind dennoch zu vermeiden, da rechte Akteur*innen einen Rechtsruck unter jungen Menschen gern herbeireden. Hinzu kommt, dass junge Menschen mit ihren politischen Einstellungen experimentieren, »was sowohl zu der Annahme extremer politischer Positionen als auch zu kurzfristigen Änderungen ihrer Positionen führen kann« (Schröder et al. 2024: 81). Ein Hinweis darauf können die Wahlergebnisse der Grünen bei der Bundestagswahl 2021 sein und der Verlust großer Teile dieser Alterskohorte bei den Wahlen 2024. Provokation spielt bei jungen Menschen ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Erziehungswissenschaftlerin Katharina Fahrig gibt hierzu zu bedenken, dass jugendliche »Handlungen aus Protest oder Provokation erfolgen können, ohne dass eine entsprechende Einstellung unbedingt vorgelagert sein muss, so dass rechte extremistische Verhaltensweisen ohne rechts-extremistische Einstellung denkbar sind« (Fahrig 2020: 9).

Zusätzlich sollte auf Werte und Vorstellungen unter jungen Menschen hingewiesen werden, die repräsentativ für deren nach wie vor starke liberale Grundeinstellung stehen. So darf die omnipräsente Trans*- und Queerfeindlichkeit gegen CSOs im vergangenen Jahr nicht darüber hinwegtäuschen, dass soziale Gerechtigkeit und das Gleichheitsprinzip nach wie vor wichtige Werte für junge Menschen insgesamt sind (SINUS-Jugendforschung 2024). Dies zeigt nicht zuletzt, dass die wenigen auch medial sehr präsenten Demonstrationen gegen verschiedene CSOs kein repräsentatives Bild sind, sondern – gemessen an einer Gesamtschau – eher eine Minderheit abbilden. So erschien z. B. der extrem rechte Protest gegen den CSO in Eisenach eher kläglich angesichts einer großen Menge (junger) Menschen, die für Geschlechtergerechtigkeit eintraten. Im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Trans*- und Queerfeindlichkeit ist diese Minderheit dennoch ernst zu nehmen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der »Ausländerfeindlichkeit« unter jungen Menschen: Hier weisen junge Menschen wesentlich geringere ausländerfeindliche Einstellungen auf als ältere. Das wiederum heißt nicht, dass rassistische Einstellungen und Handlungen unter jungen Menschen kleingeredet werden sollten (LAS 2024: 54; Quent et al. 2024: 26). Hinzu kommt, dass bei jungen Menschen von keiner allgemeinen Politikverdrossenheit, sondern vielmehr von Parteiverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit gesprochen werden kann. Das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen ist hoch (SINUS-Jugendforschung 2024; Quent et al. 2024; *Shell-Jugend-*

studie 2024). Im Zuge dieser Ergebnisse stellt sich eher die Frage, inwieweit demokratische Parteien noch als Repräsentanten der Interessen junger Menschen wahrgenommen werden.

Angesichts der Tatsache, dass insbesondere autoritäre Einstellungen und Nationalchauvinismus bei jungen Menschen verfangen, liegt die Annahme nahe, dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen um eine Art »Resouveränisierung« handelt. Junge Menschen beabsichtigen, so der Soziologe Wilhelm Heitmeyer, sich selbst, aber auch die eigene Nation wieder als handlungsfähiges, starkes, selbstbestimmtes und machtvollens Subjekt zu konstituieren (Pfitzner 2024). Solche autoritären Wünsche werden maßgeblich durch Krisenerfahrungen bedingt. Dies deckt sich mit den Beobachtungen des gegenwärtigen extrem rechten Aktivismus: Hier kommen v. a. junge Männer als Kollektiv zusammen und verfolgen ein besonders starkes und selbstbewusstes Auftreten. Insbesondere die Demonstrationen gegen die CSDs können als reaktionärer Versuch gesehen werden, die Überforderung angesichts eines Aufbrechens binärer Geschlechtlichkeit einzufangen.

Insgesamt zeigt sich ein ambivalentes Bild, das nicht zulässt, pauschal von einem jugendlichen Rechtsruck zu sprechen. Vielmehr erleben wir eine Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Entwicklungen. Einerseits sehen wir neue, durchaus besorgniserregende Entwicklungen im aktivistischen und subkulturellen Milieu sowie auf der Einstellungsebene. Hinzu kommt, dass das Stigma, sich rechts zu positionieren oder rechts zu wählen, aufgeweicht wurde. Andererseits vertritt ein Großteil der jungen Menschen nach wie vor liberale bis progressive Einstellungen und beteiligt sich auf der Straße an Demonstrationen gegen die extreme Rechte. Diese Entwicklungen werden gerahmt von mannigfaltigen existenziellen Krisenszenarien und einer Entfremdung junger Men-



ABBILDUNG 20:
Neonazistische
Demonstration
gegen den CSD
in Eisenach

(Bildrechte: MOBIT)

schen von etablierten politischen Parteien. Genau in diesem Bereich zwischen Ängsten und Repräsentationslücke versuchen die AfD und ihre Vorfeldorganisationen zu agieren. Werden der AfD und ihrem Umfeld weiterhin das Feld überlassen, ist ein Anstieg rechtsextremer Einstellungswerte und AfD-Stimmenanteile bei zukünftigen Wahlen zu erwarten. Hinzu kommt, dass diese Kohorten langfristig durch ihre demokratiefeindlichen Einstellungen einen negativen Einfluss auf demokratische und zivilgesellschaftliche Prozesse ausüben könnten.

LITERATUR

- Abou-Chadi, Tarik (2024): »A gendered far-right wave among young voters in Western Europe?« In: European Journal of Politics and Gender, Early View.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Fahrig, Katharina (2020): Rechte Jugendliche und ihre Familien. Eine Perspektiven triangulierende Rekonstruktion biografischer Hintergründe. Springer Fachmedien Wiesbaden: Wiesbaden.
- Friedrich, Sebastian/Schniederjann, Nils (2024): Unsichere Zukunft, autoritäre Antwort. Wie die AfD bei der Jugend punktet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, S. 73–78.
- Frühauf, Marie (2024): Adolescence in times of social-ecological crisis. Perspectives for social pedagogical analysis and research. In: Social Work & Society, 21(2), S. 1–13.
- Mellea, Jessa/Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. Online: <https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/> [25.02.2025].
- Pfitzner, Florian (2024): »Wirkt auf mich irritierend«: Warum junge Menschen der AfD zutrauen, die Probleme in Europa zu lösen«. Online: <https://www.fr.de/politik/erstwaehler-europawahl-afd-eu-europaeische-union-bruessel-zr-92918287.html> [25.02.2025].
- Quent, Matthias/Mönig, Alina/Hascher, Marleen/Kerst, Benjamin/Osterberger, Edmund (2024): Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET). Auswertung der quantitativen Befragung. Hochschule Magdeburg-Stendal: Magdeburg.
- Schröder, Carl Philipp/Goede, Laura-Romina/Lehmann, Lena (2024): Online-Aktivitäten und rechtsextreme Einstellungen im Jugendalter. In: MedienPädagogik, 59, S. 77–103.
- Shell-Jugendstudie 2024 (2024): Die Shell Jugendstudie. Online: <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html> [25.02.2025].
- SINUS-Jugendforschung (2024): Wie ticken Jugendliche? 2024 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Eine SINUS-Studie im Auftrag von: Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, DFL Stiftung. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.

POPULISMUS ZWISCHEN WERBUNG UND VEREINS- MELDUNGEN: DER ALTEN- BURGER KURIER ZUR LANDTAGSWAHL 2024

Helene Franke, Cornelius Helmert
und Johannes Streitberger

Am 20. September 2024 lenkte das *ZDF Magazin Royale* mit der Sendung »Bedrohte Art: Lokaljournalismus. Wie Rechtspopulisten die Krise des Lokaljournalismus ausnutzen« die mediale Aufmerksamkeit u. a. auf den *Kurier* – ein Anzeigenblatt, das im Raum Altenburg mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren kostenfrei verteilt wird. Im TV-Beitrag wurden Anzeigenblätter wie der *Kurier* kritisch eingeordnet. Auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen beobachteten bereits seit Jahren mit Sorge, dass populistische Botschaften in Anzeigenblättern mittransportiert werden.

Im Anschluss daran stellen sich folgende Fragen: Inwieweit werden populistische Narrative im *Kurier* verbreitet? Finden sich darin Geschichtsrevisionismus, Verschwörungserzählungen, Rassismus und Nationalismus? Und wie werden Parteien dargestellt? Dazu wurde für diesen Beitrag eine Stichprobe von acht Ausgaben inhaltsanalytisch untersucht, die zwischen dem 3. August und dem 21. September 2024 – vor und nach der Landtagswahl in Thüringen – erschienen. Auf diese Auswahl beziehen sich die folgenden Ausführungen.

Der *Kurier* enthält eine Fülle unpolitischer Inhalte. Mitunter ist jedoch unklar, ob es sich um redaktionelle Beiträge oder bezahlte Werbung handelt. Unterschiedliche Beitragsarten sind nicht immer klar gekennzeichnet. Der Großteil sind Anzeigen, behördliche Mitteilungen und Vereinsmeldungen. Damit erscheint der *Kurier* als seriöse Informationsquelle. Eine nennenswerte Berichterstattung über den Landtagswahlkampf vor Ort fehlt indes. Gleichzeitig finden sich in fast jeder Ausgabe populistische Versatzstücke und positive Referenzen auf die AfD.

Der *Kurier* folgt einem Muster: Politische Positionierungen werden meist auf Fremdbeiträge wie Leser*innenbriefe oder Zweitveröffentlichungen aus anderen Medien ausgelagert, vermutlich um sich weniger angreifbar für die politische Positionierung und (rechts-)populistischen Äußerungen zu machen. Die entsprechenden Beiträge stammen etwa aus rechts-alternativen Medienportalen wie der *Epoch Times* oder *reitschuster.de*.

Wie werden Parteien dargestellt?

Der *Kurier* zeichnet ein überwiegend negatives Bild der etablierten demokratischen Parteien, oft verbunden mit einer generellen Abneigung des vermeintlichen Establishments (siehe Abb. 21).

Besonders scharf werden Grüne und SPD kritisiert, die gegen die Interessen der Bevölkerung handeln würden. Gemeinsam mit der Partei Die Linke seien sie Teil einer einflussreichen links-grünen Minderheit im Land. Die CDU steht vor allem wegen der angeblichen »Grenzöffnung« 2015 im Fokus. Das BSW wird dagegen seltener erwähnt. Eine Karikatur, die ohne Kennzeichnung aus der Social-Media-Kampagne der AfD übernommen wurde (Guhl 2024: 17), stellt die Partei als trojanisches Pferd der Linken und damit als Teil des verhassten Establishments dar (*Kurier*, kw 36: 9).

Die Berichterstattung zur AfD fällt hingegen überwiegend positiv aus. Sie wird als politische Kraft dargestellt, die Probleme angehe, jedoch vom politisch-medialen Establishment systematisch unterdrückt werde. Wie das »überragende Ergebnis der AfD« beweise, habe der »Kampf der Mächtigen im Lande« laut einem *Kurier*-Redakteur jedoch »nicht gefruchtet« (*Kurier*, kw 36: 1). Zugleich wird die Einordnung der Partei als rechtsextrem als Diffamierung abgetan. Kritische Stimmen gegen die AfD kommen selten zu Wort.

Anti-Establishment, Anti-Institutionalismus und Manichäismus

Populistische Aussagen finden sich in sieben der acht untersuchten Ausgaben. Während direkte Demokratie und Anti-Pluralismus selten thematisiert werden, prägen die Dimensionen Anti-Establishment,

WAS IST POPULISMUS? *Populismus spiegelt eine Weltsicht wider, in der sich zwei homogene Gruppen gegenüberstehen: »das gute Volk« vs. »die böse Elite«. Dieses Freund-Feind-Denken (Manichäismus) ist gegen das vermeintliche Establishment (Anti-Establishment) gerichtet. Populismus richtet sich gegen die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen (Anti-Institutionalismus) und begreift Politik als direkten Ausdruck (direkte Demokratie) eines einheitlichen Volkswillens (Anti-Pluralismus).* (Mehr dazu: Mudde/Kaltwasser 2017)

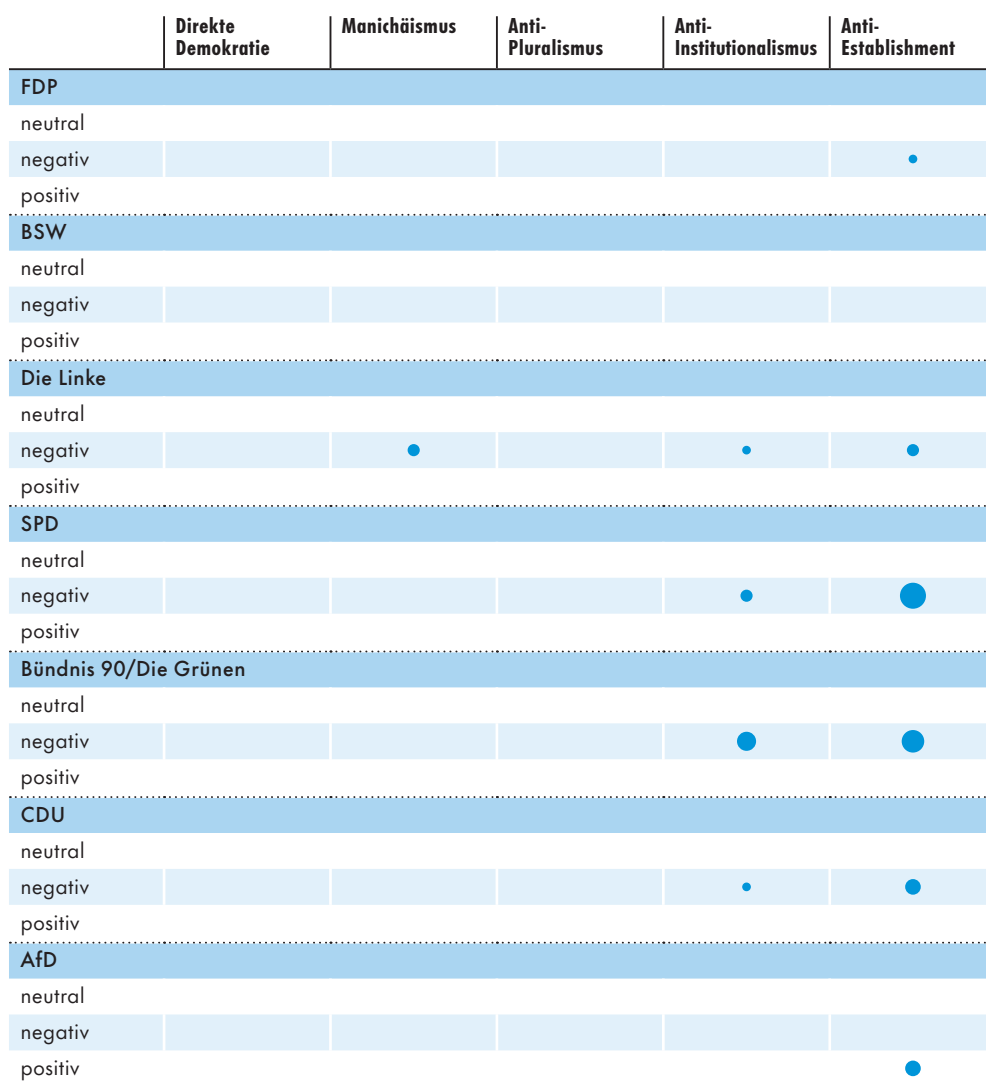


ABBILDUNG 21: Überschneidung der verschiedenen Populismus-Dimensionen mit der Darstellung der Parteien (Quelle: Maxqda)

Anti-Institutionalismus und Manichäismus die politischen Beiträge und ziehen sich wie ein »roter Faden« durch die Ausgaben. Diese drei Dimensionen treten meist gemeinsam auf (siehe Abb. 22) und überschneiden sich stark mit verschwörungsideologischen Inhalten.

Die politischen Gegner*innen werden klar benannt und als homogener Block dargestellt. Im Sinne eines Anti-Institutionalismus werden die Bundes- und Landesregierung und »der Staat« angegriffen. Ebenso stehen »die Politik«, öffentlich-rechtliche Medien und NGOs

wie *Campact* oder *CORRECTIV* als vermeintliches Establishment in der Kritik. Die damalige Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP wird mit »dem Staat«, aber auch mit der damaligen rot-rot-grünen Minderheitsregierung im Land gleichgesetzt. Volk und »die Politik« werden als Gegensätze dargestellt. Öffentlich-rechtliche Medien gelten etwa als »GEZ-Apparatschiks« (*Kurier*, kw 35: 11). Menschen, die sich gegen die AfD positionieren, bezeichnet ein Leser als »die wahren Faschisten« (*Kurier*, kw 33: 3). Immer wieder wird auf die Covid-19-Pandemie verwiesen und das damalige Handeln von Regierung, Medien und RKK als »verbrecherisches Regime« (*Kurier*, kw 34: 13) diffamiert.

Die Feindbilder werden ausführlich und explizit dargestellt, während die Freund-Darstellung meist implizit bleibt – etwa durch die einseitig positive Darstellung der AfD. Das hohe Altenburger AfD-Ergebnis bei der Landtagswahl wird etwa mit »Altenburg hat es begriffen!« betitelt (*Kurier*, kw 36: 1). Die positive Darstellung von Personen oder Gruppierungen erfolgt mitunter auch explizit und geradezu plakativ, etwa wenn ein redaktioneller Beitrag den Querdenker Michael Ballweg mit Mahatma Gandhi vergleicht (*Kurier*, kw 32: 13).

Direkte Demokratie und Antipluralismus

In zwei Leser*innenbriefen und einem Kommentar werden Forderungen nach direkter Demokratie artikuliert. Während der Kommentar direktdemokratische Elemente als Ergänzung zum Parlamentarismus fordert (*Kurier*, kw 36: 9), wird in den Leser*innenbriefen (*Kurier*, kw 38: 15, 16) eine populistische Ausrichtung erkennbar. Sie fordern nicht nur die direkte Umsetzung eines vermeintlich einheitlichen Volkswillens und positionieren sich damit gegen Pluralität, sondern lehnen auch parlamentarische Abläufe und Gepflogenheiten ab.

	Direkte Demokratie	Manichäismus	Anti-Pluralismus	Anti-Institutionalismus	Anti-Establishment
Verschwörungsideologie		37		36	53
Populismus					
Direkte Demokratie		3			4
Manichäismus	3		6	33	70
Anti-Pluralismus		6			6
Anti-Institutionalismus		33			55
Anti-Establishment	4	70	6	55	

ABBILDUNG 22: Absolute Häufigkeit der Überschneidungen zwischen Populismus-Dimensionen und Verschwörungsideologie (Quelle: Maxqda)

Bedrohung der nationalen Identität

In den untersuchten *Kurier*-Ausgaben wird eine Bedrohung nationaler Identität behauptet – insbesondere durch Migrant*innen und LGBTIQ*, die deutsche Sprache als durch Anglizismen und Gendern gefährdet dargestellt. Ein regelmäßiger Autor von Leser*innenbriefen sieht die angeblich »queer-bunten-linksgestrickten Fördermaßnahmen« (*Kurier*, kw 38: 15) der Bundesregierung im Widerspruch zu essenziellen staatlichen Aufgaben. Besonders im Fokus stehen Migrant*innen und Geflüchtete, die in verschiedensten Lebensbereichen angeblich privilegiert seien. Sie werden mitunter pauschal und rassistisch mit Kriminalität assoziiert. Ein aus der *Fürstenwalder Zeitung* übernommener, mit Verschwörungserzählungen gespickter Artikel erklärt die Zuwanderung »zur Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts« (*Kurier*, kw 34: 13).

Vom verschwörungsideologischen Geraune zum Deep State und Geschichtsrevisionismus

Die vermeintliche Bedrohung einer nationalen Identität schildert ein Leser besonders drastisch: Er bezeichnet Migrationsbewegungen nach Europa als »staatlich angeordneten Betrug zum Schaden des eigenen Volkes« (*Kurier*, kw 34: 13) und entwirft eine Dystopie, in der »einige Deutsche [...] ihre körperliche Unversehrtheit oder ihr Leben« aufgrund von »Migranten-Armeen« (*Kurier*, kw 34: 13) fürchten müssten. Diese Darstellung knüpft an die Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs« an, wonach eine vermeintliche Elite die weiße Mehrheitsbevölkerung westlicher Staaten gezielt durch nicht weiße Menschen ersetze.

Zudem schürt das populistisch-verschwörungsideologische Geraune gegen Eliten im *Kurier* Misstrauen gegenüber Politik und Medien. Besonders deutlich wird dies in der Darstellung der Covid-19-Pandemie. Ein Gastbeitrag behauptet, ohne die Medien hätte sich das »Corona-Regime« (*Kurier*, kw 32: 12) nicht etablieren können. Die Presse- und Meinungsfreiheit sei gezielt eingeschränkt worden. Weitere Artikel spekulieren über Impfschäden und deren angebliche Vertuschung. Zwei Leser*innenbriefe setzen die Corona-Schutzmaßnahmen gar mit Nationalsozialismus und Totalitarismus gleich, verharmlosen dabei NS-Verbrechen und delegitimieren die Demokratie. Auch im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wird behauptet, »kein Widerspruch, keine alternativen Sichtweisen« (*Kurier*, kw 32: 12) seien mehr zulässig.

Das Geraune gipfelt in der Vorstellung eines Deep States, der gezielt gegen politische Gegner*innen vorgehe. Ein *Kurier*-Redakteur behauptet, angesichts des Wahlerfolgs der AfD schlage »der ›Tiefe Staat‹ mit Händen und Füßen um sich« (*Kurier*, KW 35: 2), um die Partei mit allen Mitteln von der Macht fernzuhalten.

Fazit

Der *Kurier* ist ein Anzeigenblatt, das überwiegend unpolitische Inhalte wie Anzeigen, behördliche Mitteilungen und Vereinsmeldungen enthält. Gleichzeitig finden sich jedoch in nahezu jeder untersuchten Ausgabe populistische Versatzstücke, insbesondere der Dimensionen Anti-Establishment, Anti-Institutionalismus und Manichäismus. Diese sind eng verknüpft mit der Kritik an den staatlichen Covid-19-Schutzmaßnahmen, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie einer als bedroht wahrgenommenen nationalen Identität. Zudem werden rechtsextreme Verschwörungserzählungen verbreitet. Diese Inhalte kommen häufig in Fremdbeiträgen vor. Dabei entsteht durch viele Leser*innenbriefe der falsche Eindruck, dass derlei Positionen mehrheitsfähig in der Bevölkerung seien.

Während etablierte demokratische Parteien und ihre Politik fast durchweg negativ dargestellt werden, erfährt die rechtsextreme Thüringer AfD eine überwiegend positive Darstellung. Kritik an der Partei wird als ungerechtfertigte Diffamierung durch ein vermeintliches Establishment aus Politik und Medien zurückgewiesen.

Die wiederholt populistischen, verschwörungstheoretischen und diskriminierenden Aussagen im Altenburger *Kurier* tragen zur Normalisierung und Verankerung dieser Positionen in der Gesellschaft bei.

LITERATUR UND QUELLEN

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): Populism. A Very Short Introduction. Oxford University Press: New York.

Guhl, Jakob (2024): Wahlen in Ostdeutschland: Was ein Blick in die Social Media-Kampagne der AfD über das kommende Koalitionsdilemma verrät. Institute for Strategic Dialogue (ISD): London.

Kurier (2024): *Kurier* – Die Zeitung am Wochenende. Kalenderwochen (KW) 31–38. Altenburg: Kurier Verlag KG.

QUEERFEINDLICHKEIT IN THÜRINGEN IM SUPERWAHLJAHR 2024

Gina Meier, Alessa Wenzlaff,
Matthias Gothe und Janine Dieckmann

.....
»Es ist CSD in Sonneberg und die AfD empört. Überall ist Party, weil den Landrat unsere Party stört.« TEXTZEILEN AUS DEM LIED »CSD IN SONNEBERG«, BRUNEAU UND MAURICE KONRAD, 2023
.....

Queerpolitische Arbeit in Thüringen

Queere Sichtbarkeit in Thüringen steigt. Das ist vor allem dem erhöhten queerpolitischen Engagement der Communitys zu verdanken. In Thüringen gab es 2024 mit acht Demonstrationen und Veranstaltungen so viele Christopher Street Days (CSD) wie nie zuvor. Zunehmend finden CSDs auch in kleineren Städten wie Sonneberg, Eisenach und Altenburg statt.

Im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt⁸ werden seit 2018 politische Maßnahmen zur Gleichstellung, Unterstützung und zum Schutz queerer Menschen vorangetrieben. Bis September 2024 wurden 91 der 228 Maßnahmen umgesetzt.⁹ Es konnte in Thüringen jedoch eine Zunahme von Queerfeindlichkeit beobachtet werden. Dazu gehören nicht nur direkte Angriffe auf queere Personen, sondern auch symbolische Angriffe wie verbrannte Regenbogenfahnen oder Gegendemonstrationen in direkter Nähe der CSDs. Auffällig war 2024 die Instrumentalisierung von Queerfeindlichkeit in den Thüringer Wahlkämpfen durch politische Akteur*innen. Nach einer kurzen Definition des Begriffs analysiert der Beitrag aktuelle Entwicklungen im Jahr 2024 mit Fokus auf den politischen Raum.

⁸ <https://thueringen.de/arbeitsfelder/akzeptanz-und-vielfalt> [27.02.2025].

⁹ Stand: 31.08.2024, <https://taz.de/Queer-in-Thueringen/!6033018/> [27.02.2025].

Was ist Queerfeindlichkeit?

Queerfeindlichkeit umfasst die konkrete Abwertung von LGBTIQ*-Personen und ihren Lebensweisen sowie die generelle Ablehnung der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten. Sie beinhaltet spezifische Phänomene: Homosexuellen-, Lesben- und Bi-Feindlichkeit sowie die Feindlichkeit gegen trans*, inter* und nicht-binäre Personen. Studien belegen, dass aktuell insbesondere trans*, inter*, nicht-binäre und agender Personen (kurz: TIN- oder TINA-Personen) gefährdet sind (vgl. Lüter et al. 2024). Ebenso findet sich



ABBILDUNG 23:
Christopher
Street Day im
September 2024
in Eisenach
(Quelle: QueerWeg e.V.)

Queerfeindlichkeit oftmals in Verbindung mit anderen Ungleichwertigkeitsideologien, z. B. Rassismus. So erleben beispielsweise queere Geflüchtete, auch in Thüringen, nicht nur Ablehnung aufgrund ihrer Fluchtgeschichte, Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus', sondern auch aufgrund ihres Queer-Seins.

Queerfeindlichkeit zeigt sich in der Leugnung der Existenz queerer Personen, der Nichtbeachtung selbstgewählter Namen und Pronomen, Mikroaggressionen, Hypersexualisierung, Verwehrung von (medizinischen) Leistungen, körperlicher Gewalt und anderen diskriminierenden Situationen. Sie verbirgt sich in zahlreichen gesellschaftlichen Bedrohungsnarrativen wie dem der »Frühsexualisierung« oder in der Debatte um gendersensible Sprache.

TIN-Personen werden als »anders« markiert, weil ihre Geschlechtsidentität als Grenzübertritt der zweigeschlechtlichen Normalitätsvorstellung wahrgenommen wird. Ihnen wird mit heftiger Ablehnung oder Aggression begegnet, um die traditionelle Geschlechterordnung zu schützen (u. a. Sauer 2023). Neben dieser Schutzfunktion bildet Queerfeindlichkeit eine Brückenideologie: Die Ablehnung von LSBTIQ*-Personen ist besonders anschlussfähig für Personen, die aus dem konservativen Spektrum kommen (vgl. Behrens et al. 2024). Rechtskonservative und rechtsextreme Akteur*innen wiederum nutzen die Anschlussfähigkeit gesellschaftlich verbreiteter Vorurteile, um auf politischer Ebene Zustimmung für ihre Positionen zu erreichen (vgl. u. a. Strube 2021).

Queerfeindlichkeit in Thüringen

In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Mobilisierung queerfeindlicher Akteur*innen (IDZ 2024) sowie eine Zunahme an Anfeindungen und Übergriffen gegenüber queeren Menschen zu beobachten (LSVD 2024). Eine hohe Zahl an queerfeindlichen Straftaten in Deutschland bestätigt auch das Bundeskriminalamt (BKA) für das Jahr 2023. Im Bereich »sexuelle Orientierung« stiegen die Fälle um ca. 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an, während die Zahlen im Bereich »geschlechtsbezogene Diversität« sogar um 104 Prozent zunahmen (BKA 2024). Für Thüringen hatten sich bereits im Jahr 2022 die Straftaten im Bereich Hasskriminalität aufgrund »sexueller Orientierung« mehr als verdoppelt.¹⁰ Die registrierten Fälle lagen bei 25, aufgrund

¹⁰ Zahlen des LKA Thüringen zu »Hasskriminalität in Thüringen« im Jahr 2022, Antwort auf kleine Anfrage Nr. 5131 (16.11.2023) und Antwort des TMIK (06.09.2022) auf kleine Anfrage 7/3542.

»geschlechtsbezogener Diversität« bei fünf Fällen. 2023 stiegen die Zahlen – laut Landeskriminalamt (LKA) – mit 30 politisch motivierten Straftaten im Themenfeld »sexuelle Orientierung« und sieben Straftaten im Bereich »geschlechtsbezogene Diversität« an (LKA 2024).¹¹ Allerdings muss bei diesen Zahlen von einem weitaus größeren Dunkelfeld ausgegangen werden (vgl. Groß et al. 2018).

Ein prägnantes Beispiel sind die bundesweiten Anti-CSD-Proteste, welche auch in Thüringen stattfanden. Sie waren durch Einschüchterungen und gewaltsame Vorfälle geprägt. Zahlreiche CSDs konnten nur unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen stattfinden (Mellea/Düker 2024). In Altenburg, Eisenach und Gera versammelten sich jeweils bis zu 90 Rechtsextreme (ebd.: 4). So waren in Eisenach u. a. die *Jungen Nationalisten*, die *Nationalrevolutionäre Jugend*, *Der dritte Weg* sowie *Knockout 51* maßgeblich an den Protesten beteiligt (ebd.: 10). Für die Anti-CSD-Proteste in Thüringen liegen keine Daten zu Gewaltausübungen vor. Das darf allerdings mit Blick auf die beteiligten Gruppen nicht als harmloser Zustand eingestuft werden. Die deutschlandweite Studie zu Anti-CSD-Protesten spricht von einem »koordinierte[n] Versuch, die LGBTIQ*-Gemeinschaft einzuschüchtern und zu belästigen« (ebd.: 15).

Queerfeindliche Vorfälle im Kontext der Wahlen 2024

Um einen systematischen Blick auf Queerfeindlichkeit in Thüringen 2024 zu erhalten und mit dem Ziel, eine langfristige Dokumentation queerfeindlicher Vorfälle in Thüringen zu entwickeln, starteten Queer-Weg e.V. und IDZ eine meldungsbasierte Dokumentation dieser Vorfälle im Kontext der Kommunal- und Landtagswahlen. Durch einen Aufruf wurde die Zivilgesellschaft aufgefordert, Vorfälle mit Bildmaterial zu dokumentieren und per E-Mail zu melden. Diese wurden im Anschluss auf Echtheit geprüft. Im Anschluss wurden die Meldungen nach Medium (u. a. Wahlmaterial), Inhalt (u. a. Narrative), Ort (u. a. online, Schule) und Quelle (u. a. Partei, Einzelperson) kategorisiert.

Für den Zeitraum Mai bis Oktober 2024 ließen sich 22 Meldungen dokumentieren. Die Anzahl und Inhalte der Meldungen zeigen: Im Kontext der Wahlen gab es wiederholt queerfeindliche Positionierungen. Fast alle Meldungen bezogen sich auf politisches Wahlmaterial: Es wurden 19 Wahlplakate (AfD: 17, BSW: 2), zwei Wahlflyer (AfD) sowie drei Anfeindungen dokumentiert. Hervorzuheben ist die Platzierung

¹¹ Zahlen des LKA Thüringens zu Hasskriminalität in Thüringen 2023, schriftliche Zusendung 24.02.2025.

eines Wahlplakats der AfD in Erfurt in der Nähe des Queeren Zentrums. Das Wahlplakat mit der Aussage »Es gibt nur zwei Geschlechter« wurde demnach gezielt auch als Bedrohung gegen queere Personen eingesetzt. Eine Anfeindung fand an einer Berufsschule statt.

Von den 22 Meldungen richteten sich 16 gegen geschlechtliche Vielfalt, insbesondere gegen TIN-Personen. Drei der Vorfälle richteten sich gegen sexuelle Vielfalt. In sieben dokumentierten Fällen wurden (teils mehrere) queerfeindliche Narrative verwendet: angebliche Bedrohung durch »Frühsexualisierung« (1), des traditionellen Familienbildes (1), »Umerziehung« (6), »Gender-Wahn« (1) oder »LGBTIQ*-Agenda« (3). Über Queerfeindlichkeit hinaus wurde in drei Vorfällen Rassismus als inhaltliches Motiv kategorisiert (»Regenbogenkalifat«, Zitat, Vorfall 1).

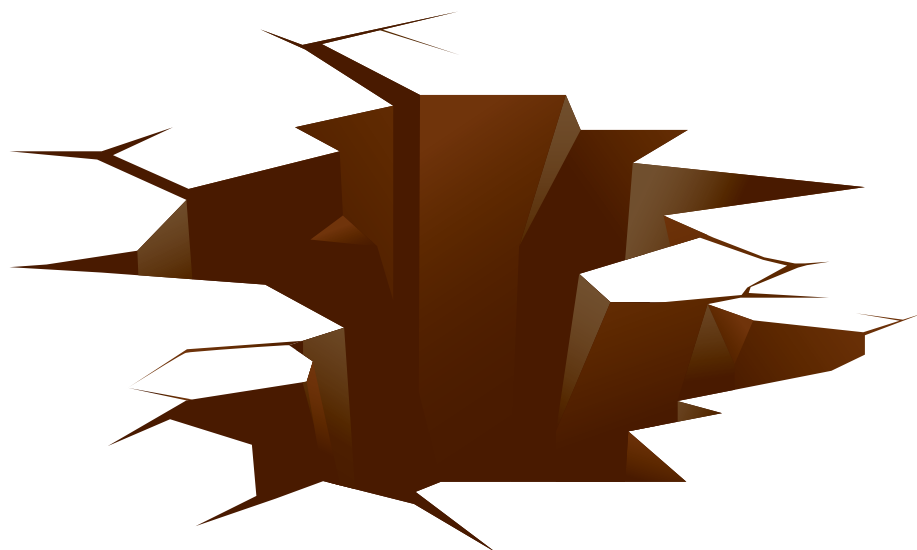
Eine Analyse der Wahlprogramme zur Thüringer Landtagswahl 2024 zeigt, dass ausschließlich Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD queerpolitische Themen aufgreifen. Die FDP verzichtet vollständig auf queere Themen, während allen voran die AfD, aber auch das BSW und die CDU in ihren Wahlprogrammen explizit queerfeindliche Positionen vertreten. Die drei Parteien fordern beispielsweise ein Verbot geschlechtergerechter Sprache, welches die CDU mit der »Verunstaltung der deutschen Sprache« (CDU 2024: 25) begründet. Zentral für die Argumentation der AfD ist das Bedrohungsnarrativ der sogenannten Gender-Ideologie. So wird das Gendern als »politische[r] Angriff« bezeichnet, dessen Ziel die »Manipulation der Bürger und die Zerstörung von Traditionen« sei (AfD 2024: 112). Die AfD greift gezielt auf Narrative der Frühsexualisierung und des Gender-Wahns zurück, um gesellschaftliche Bestrebungen und Kämpfe zur Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu delegitimieren. Die selbstbestimmte Entscheidung, Veränderungen am eigenen Körper vorzunehmen, bezeichnet die AfD als »Verstümmelung« (ebd.: 63). So wird deutlich, dass die AfD gesellschaftliche Zugehörigkeit nach eigenen Vorstellungen definiert und bestimmte Lebensrealitäten gezielt diffamiert und ausschließt.

Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit

Zusammenfassend zeigt sich, dass die politischen Entwicklungen in Thüringen eine ernste Bedrohung für die Rechte und Sicherheit queerer Menschen darstellen. Parteien mit queerfeindlichen Positionen oder ohne erkennbare Unterstützung für queeres Leben sind in der Mehrheit. Dabei lag der Fokus im politischen Raum 2024 auf dem Phä-

nomen der TIN-Feindlichkeit. Vorhandene Vorurteile und Narrative gegen geschlechtliche Vielfalt wurden während der Wahlen aufgegriffen, verbreitet, und instrumentalisiert.

Während queerfeindliche Angriffe zunehmen und die Mobilisierung gegen CSDs wächst, stellt auch das Fehlen finanzieller Mittel für queerpolitische Arbeit eine Bedrohung dar. Schutzräume und Unterstützungsstrukturen werden infrage gestellt. Politische und zivilgesellschaftliche Gegenmaßnahmen sind dringend nötig: Das *Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt* muss weiterentwickelt werden. Um die Bedrohungslage sichtbar zu machen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln, braucht Thüringen ein langfristiges Monitoring queerfeindlicher Vorfälle. Vor allem Selbstorganisationen queerer Communitys müssen strukturell gestärkt, ihre Perspektiven ernstgenommen und in politische und zivilgesellschaftliche Prozesse eingebunden werden.



LITERATUR

- AfD (2024):** Alles für Thüringen. Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024. Online: <https://afd-thueringen.de/landtagswahl-2019/landtagswahlprogramm-2024/> [27.02.2025].
- Behrens, Kilian/Pérez Duarte, Mika/Löhlhöfel, Lea/Henßler, Vera/Schwarz, Patrick (2024):** Queerfeindlichkeit in der extrem rechten Publizistik – Teil 1. Online: <https://www.apabiz.de/2024/queerfeindlichkeit-in-der-extrem-rechten-publizistik-teil-1> [27.2.2025].
- BJA (2024):** Lagebericht zur kriminalitätsbezogenen Sicherheit von LSBTIQ*. Online: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2024/lb-lsbtqi.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [27.2.2025].
- CDU (2024):** Das Regierungsprogramm. Wie wir Thüringen wieder in Ordnung bringen. Online: https://cduth.de/assets_lp/c206a94986050c4d6ad484135bff6e7c/lp/2011/2335/Regierungsprogramm/Der_20Th_C3_BCringen-Plan_1.pdf [27.2.2025].
- Gross, Eva/Dreissigacker, Arne/Riesner, Lars (2018):** Viktimisierung durch Hasskriminalität: Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD4/Text_Gro%C3%9F_Drei%C3%9Figacker_Riesner.pdf [14.03.2025].
- IDZ (2024):** Organisierte Trans*-Feindlichkeit Konzepte, Akteur*innen, Narrative, Strategien und Gegenstrategien. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ-Brosch%C3%BCre_Transfeindlichkeit.pdf [27.02.2025].
- LSVD – Verband Queere Vielfalt e.V. (2024):** Erneuter Anstieg queerfeindlicher Hasskriminalität – LSVD fordert Verbesserung des Rechtsschutzes für LSBTIQ* als Konsequenz. Online: <https://www.lsvd.de/de/ct/11861-Erneuter-Anstieg-queer-feindlicher-Hasskriminalitaet> [12.02.2025].
- Lüter, Albrecht/Breidscheid, Dana/Konradi, Moritz/Riese, Sarah (2024):** Berliner Monitoring: Queerfeindliche Gewalt: Schwerpunktthema Bi+-Feindlichkeit und Gewalt. Camino: Berlin.
- Mellea, Jessa/Düker, Joe (2024):** Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierung gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. Online: https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf [27.02.2025].
- Sauer, Birgit (2023):** Geschlechtergewalt intersektional denken. Begriffliche Überlegungen. In: Katja von Auer/Christiane Micus-Loos/Stella Schäfer/Kathrin Schrader [Hrsg.]: Intersektionalität und Gewalt: Verwundbarkeiten von marginalisierten Gruppen und Personen sichtbar machen. Unrast: Münster, S. 35–42.
- Strube, Sonja A. (2021):** Anti-Genderismus als rechtsintellektuelle Strategie und Symptom-Konglomerat Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Sonja A. Strube/Rita Perintfalvi/Raphaella Hemet/Miriam Metze/Cicek Sahbaz [Hrsg.]: Anti-Genderismus in Europa: Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung, Vernetzung, Transformation. Transcript: S. 51–64.
- Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen e.V. (2024):** Wahlprüfsteine Landtagswahl Thüringen 2024. Online: <https://www.queerweg.de/projekte/lbtlqi-koordinierungsstelle/politik/wahlpruefstene> [12.02.2025].

POLITIK OHNE IDEOLOGIE? RECHTSOFFENE WÄHLER- GRUPPEN IN THÜRINGEN

Stephan Kaspar und Romy Arnold

Freie Wählergruppen (FW) haben bei den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen erneut hinzugewonnen und konnten nach CDU und AfD die meisten Stimmen für sich gewinnen. Bei den Gemeinderatswahlen wurden sie landesweit sogar mit deutlichem Abstand stärkste Kraft. Auf den Wahllisten für die kreisfreien Stadträte und Kreistage standen 2024 über 45 Wählergruppen – manche Gemeinderäte bestehen ausnahmslos aus diesen Zusammenschlüssen (Kamuf/Helmert 2024). Seit 2004 hat diese Entwicklung stetig zugenommen, sodass sich auf Kreisebene sowohl die Anzahl der FW als auch ihr Wahlzuspruch verdoppelt haben. Anders als die rechtsextreme AfD werden FW jedoch aufgrund ihrer Heterogenität kaum intensiver beobachtet. In Anbetracht der Tatsache, dass einige dieser FW hinsichtlich ihrer inhaltlichen Positionen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien rechtsoffen oder dezidiert rechts sind, ist dies eine Leerstelle.

Freie Wählergruppen: Selbstverständnis der ideologiefreien Nicht-Parteien

Trotz steigender Erfolge und zunehmender Relevanz hat die Wissenschaft FW bisher wenig erforscht. Jedoch lassen sich gemeinsame Kriterien beschreiben.

Formal sind FW durch gesetzliche Grundlagen nicht in einheitlicher Form bestimmt. Sie beschränken sich ausschließlich auf die kommunale Ebene und verstehen sich explizit als Nicht-Parteien. Gleichzeitig erheben FW den Anspruch, die Interessen aller Bürger*innen durch eine bürgernahe Sachpolitik repräsentieren zu können, was klassischen Parteien implizit abgesprochen wird (Angenendt 2021; Krappidel 2016). Kommunalpolitik sei nach verwaltungstechnischer Sach-

arbeit statt ideologisch motivierter Parteipolitik zu gestalten (Krappidel et al. 2013). Auf inhaltlicher Ebene decken FW ein breites Spektrum an Themen ab, während einzelne Single-Issue-Gruppen die Kommunalpolitik zu einem spezifischen Thema, beispielsweise Windkraft, mitbestimmen möchten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Freie Wählergruppen sind partei-ähnliche, aber parteiunabhängige Gruppierungen, die sich ausschließlich auf kommunaler Ebene als Alternative zu Parteien präsentieren. Hierbei erheben sie den Anspruch einer (bürgernahen) »ideologiefreien«, vom sogenannten »Parteienzwang« losgelösten und »sachbezogenen« Lokalpolitik.

Hinsichtlich ihres Verhältnisses zu extrem rechten Parteien und Inhalten teilen wir FW in drei Gruppen ein: solche, die sich deutlich abgrenzen, solche, die sich (extrem) rechten Inhalten öffnen und Teile der Programmatik übernehmen und dezidiert rechtsextreme Gruppen. Während Letztere wie das *Bündnis Zukunft Hildburghausen* des Neonazis Tommy Frenck (vgl. den Beitrag von MOBIT in diesem Band) vereinzelt im Fokus stehen, bleiben »rechtsoffene« FW in Thüringen oft unbeachtet. Diese werden im Folgenden beispielhaft anhand ihrer Inhalte und Praxis dargestellt.

Völlig unideologisch?

.....
»Unser Fokus als Verein liegt hierbei ausschließlich auf Sachpolitik. Wir denken und handeln weder rot noch grün, gelb, blau oder schwarz, sondern ausschließlich für unsere Spielzeugstadt Sonneberg.«

FREIE-WÄHLER-GRUPPE PRO SONNEBERG, 2024

Formulierungen wie diese finden sich zahlreich bei FW, um die kommunale Ebene zum ideologiefreien und unpolitischen Raum zu verklären. Oftmals tritt dies in Verbindung mit der Behauptung auf, »aus der Mitte der Gesellschaft [...] Kommunalpolitik von Bürgern für Bürger« (*Die Regionalen Altenburger Land* 2024) zu betreiben. Dabei wird versucht, die eigene Politik als »frei von Extremismus« und »für den Zusammenhalt in der Mitte der Gesellschaft« (*Freie Wähler Schmalkalden-Meiningen* 2024) zu beschreiben. Dieses Selbstverständnis ist problematisch für das Verständnis von Politik, da implizit geleugnet wird, dass politische Entscheidungen stets auf Interessen und Wertvorstellungen beruhen (Hummel/Taschke 2024). Dahinter verbirgt

sich eine deutliche Anti-Establishment-Haltung, die in Teilen bis zu Verschwörungserzählungen geht: »Unsere Besonderheit bleibt eigenständige, unserem Gewissen verpflichtete Kommunalpolitik, ohne Einmischung oder Order von ›oben‹« (*Bürgerschaft für Gera* 2024).

Die Behauptung, dass Politik aus Brüssel gesteuert sei, Parteien auf den Müll gehörten (*Bürger für Suhl* 2024 – Abbildung 25), und die Abwertung von Politiker*innen als »willfährig abnickende Pseudo-Oppositionsparlamentarier« (Rückert, *Bündnis Starke Heimat* 2024) sind Ausdruck eines geschürten Feindbildes gegenüber politischen Eliten und dem Parteiensystem. Diese Erzählungen nutzt bekannterweise die extreme Rechte zur Delegitimierung der parlamentarischen Demo-

ABBILDUNG 24:
Das Bündnis
Zukunft Hildburg-
hausen um den
Neonazi Tommy
Frenck ist eine
der bekanntesten
rechtsextremen
FW in Thüringen.
(Quelle: MOBIT)



kratie und demokratischen Parteien. Damit wird die zunehmende Parteienverdrossenheit, die sich in weiten Teilen der Gesellschaft zeigt, befeuert.

In den Wahlprogrammen einiger FW finden sich Forderungen nach einer restriktiveren Flüchtlingspolitik bis hin zu asylfeindlichen Positionen, die mit dem vermeintlichen Schutz »unserer Heimat vor äußeren Gefahren« (Rückert, *Bündnis Starke Heimat* 2024) begründet werden. So lässt sich die Residenzpflicht für Asylsuchende und die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit in zahlreichen Programmen auf kommunaler Ebene ausmachen. Mit »Forderungen an den Gast« (*Demokratische Initiative Eichsfeld* 2024) und Formulierungen wie »kein Abgreifen von Sozialleistungen« (*Freie Wähler Ilm-Kreis* 2024) zeigt sich hier eine deutliche Feindschaft gegenüber Asylsuchenden.

Darüber hinaus werden teilweise Signalworte aus rechten Diskursen genutzt. Ob eine Positionierung gegen das Gendern (»nicht GRÜN-Ideologisch, ungeGENDERT« – *Demokratische Initiative Eichsfeld* 2024) oder das Bekenntnis zur Zweigeschlechtlichkeit (»Wir kennen nur zwei Geschlechter« – *Bündnis Starke Heimat* 2024) Teil »ideologiefreier« Kommunalpolitik ist, darf bezweifelt werden. In jedem Fall knüpft dies an queerfeindliche Narrative der extremen Rechten an.

Insgesamt zeigt sich, dass Ideologiefreiheit als Vorwand genutzt werden kann, um rechte Ideologie als vernünftige Sachpolitik zu verharmlosen und Kritik daran als ideologisch motiviert zu diffamieren. Statt



ABBILDUNG 25: Die Bürger für Suhl warben im Kommunalwahlkampf 2024 mit der Entsorgung der Ampel.

(Quelle: Bürger für Suhl 2024)

pragmatischer Kommunalpolitik findet sich bei einigen FW eine Offenheit nach rechts hinsichtlich geteilter Anti-Establishment-Haltung, verbunden mit der Ablehnung des Parteienpluralismus und der Abwertung von Asylsuchenden. Wichtig bleibt die Differenzierung, denn einzelne FW lehnen »alle Formen rassistischer oder menschenrechtsverachtender Politik« (*Bürgerliste Südharz* 2024) konsequent ab.

Zusammenarbeit mit extremen Rechten

In ostdeutschen Kreistagen zeigt sich einer Studie zufolge, dass zwischen 2019 und 2024 in 83 der Fälle »vor allem fraktionslose Abgeordnete [...] der Freien Wähler am häufigsten mit der AfD kooperieren« (Schroeder et al. 2024). Legitimiert wird diese Zusammenarbeit mit kommunalpolitischem Pragmatismus und der Zuschreibung, dass eine Abgrenzung zur extremen Rechten ideologisch motiviert sei. Die Bereitschaft, »mit jedem zusammen[zuarbeiten], der demokratisch legitimiert ist« (*ProKommune* 2024), oder die Ablehnung von Brandmauern (»ohne Brandmauern, aber mit brandaktueller Politik« – *Demokratische Initiative Eichsfeld* 2024) findet sich vielfach bei Freien Wählergemeinschaften. Diese Zusammenarbeit lässt sich in inhaltliche, personelle und organisatorische Kooperation unterscheiden.

Inhaltlich gestaltet sich die parlamentarische Zusammenarbeit mit der extremen Rechten durch das gemeinsame Abstimmungsverhalten oder in gemeinsamer Antragsstellung mit der AfD oder anderen rechtsextremen Akteur*innen (Hummel/Taschke 2024; Schroeder et al. 2024). Insgesamt wurde in den Thüringer kreisfreien Stadträten und Kreistagen zwischen 2019 und 2024 64 Mal mit der AfD inhaltlich zusammengearbeitet – größtenteils durch FW (Schroeder et al. 2024). Zur Vollständigkeit sei aber erwähnt, dass diese Form der inhaltlichen Zusammenarbeit nicht auf FW beschränkt ist: Alle Parteien haben in Thüringen auf kommunaler Ebene schon Anträge mit der AfD abgestimmt (Schroeder et al. 2024).

Auch die personelle Zusammenarbeit mit der extremen Rechten ist kein Alleinstellungsmerkmal von FW, kommt jedoch deutlich häufiger vor als bei demokratischen Parteien. Unter anderem wurden im Saale-Holzland-Kreistag mithilfe von Stimmen der *Bürgerinitiative Holzland* und des Bauernverbandes Kandidat*innen der AfD in wichtige Posten gewählt (Hummel/Taschke 2024) oder gemeinsame Kandidat*innen aufgestellt. Der Kreisverband der *Bürgerinitiativen Weimarer Land e.V.* (KVBI) stellte 2024 mit der Unterstützung der AfD Dirk Geyer als gemeinsamen Landratskandidaten auf (Kappel 2024).

Die personelle Zusammenarbeit zwischen FW und AfD geht bis zum Zusammenschluss: So gründeten die *Bürger für Suhl* 2024 eine gemeinsame Fraktion mit der lokalen AfD im Stadtrat in Suhl und auch im Kreistag des Weimarer Landes bilden die Abgeordneten von AfD und kvbI eine gemeinsame Fraktion.

Die Zusammenarbeit ist eine weitere Normalisierung (extrem) rechter Akteur*innen und ihrer Ideologien – auch wenn an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen sei, dass dies nicht für alle FW zu pauschalisieren ist und zugleich nicht auf FW zu beschränken. Auf kommunaler Ebene findet nicht zuletzt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nach den Kommunalwahlen eine partielle Zusammenarbeit mit allen Parteien zwangsweise statt.

Fazit

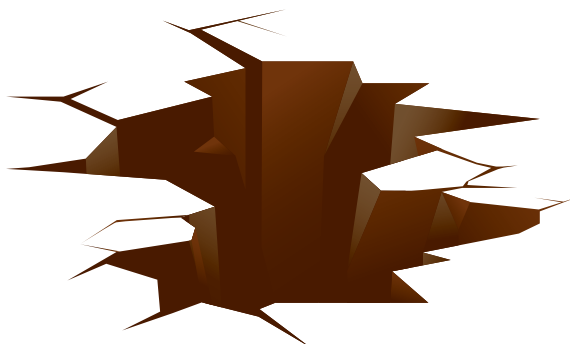
Es gibt zahlreiche verschiedene Formen Freier Wählergemeinschaften in Thüringen. Auch hinsichtlich der Inhalte lässt sich dieses Spektrum weiter differenzieren. Mit Blick auf rechtsoffene FW lässt sich festhalten, dass sich das Selbstverständnis auch als Einfallstor zur Normalisierung rechtsextremer Akteur*innen und ihrer Ideologie entpuppen kann. Aus einer Überzeugung der ideologiefreien und parteifreien Kommunalpolitik fehlt teilweise die klare Abgrenzung. Hinzu kommt, dass sich bei einigen FW hinter dem Vorhang der ideologiefreien und nicht-parteilichen Sachpolitik eine überzeugte rechtsoffene, rechte oder in Teilen extrem rechte Ideologie versteckt. Demokratiefeindliche Positionen werden so weiter normalisiert. Gerade dort, wo rechtsextreme Parteien eine Chance auf Bündnisse und Zusammenarbeit mit Freien Wählergemeinschaften eingehen können, geraten Zivilgesellschaft und Menschen, die den Feindbildern der extremen Rechten entsprechen, unter Druck. Der Zugewinn von Wähler*innenstimmen für FW ist zugleich Ausdruck einer generellen Parteienverdrossenheit. Diese Verdrossenheit wird durch bewusste Abgrenzung bis hin zur Ablehnung von Parteien bestärkt. Die Kommunalwahlergebnisse 2024 in Thüringen sind ein weiterer Ausdruck des Aufschwungs Freier Wählergruppen der letzten Jahre. Diese Entwicklung bringt unterschiedliche Potenziale für die Demokratie mit sich – nicht zuletzt ein demokratiefeindliches.

LITERATUR

- Angenendt, Michael (2021):** Rage against the party machine? Wählergemeinschaften als Alternative im kommunalpolitischen Wettbewerb. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31, Heft 4, S. 627–641.
- Hummel, Steven/Taschke, Anika (2024):** Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_Brandmauer_web.pdf [26.01.2025].
- Kamuf, Viktoria/Helmert, Cornelius (2024):** Blaues Auge statt baue Welle? Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/WEB_IDZ_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Thueringen_2024.pdf [26.01.2025].
- Kappel, Martin (2024):** AfD setzt auf Simon Ehrenreich in Apolda und Dirk Geyer im Landkreis Weimarer Land. Online: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar-und-weimarer-land/article241831336/AfD-setzt-auf-Simon-Ehrenreich-in-Apolda-und-Dirk-Geyer-im-Landkreis-Weimarer-Land.html> [26.01.2024].
- Krappidel, Adrienne (2016):** Begriffliche Klärungen. In: Adrienne Krappidel [Hrsg.]: Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien. Springer VS: Wiesbaden, S. 7–31.
- Krappidel, Adrienne/Plassa, Rebecca/Runberger, Maik (2013):** Organisationsidentitäten von kommunalen Wählergemeinschaften und Ortsparteien. In: Katrin Harm/Jens Aderhold [Hrsg.]: Die subjektive Seite der Stadt: Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich, Springer VS: Wiesbaden, S. 377–404.
- Schroeder, Wolfgang/Ziblatt, Daniel/Bochert, Florian (2024):** Brandmauer – is still alive! Empirische Ergebnisse zur Unterstützung der AfD in den ostdeutschen Kommunen durch etablierte Parteien (2019–2024). In: WZB Discussion Paper, No. SP V 2024–503.

QUELLEN

- Bürgerschaft FÜR GERA (2024):** Bürgerschaft Gera + FÜR GERA Vereint mit Vernunft und Sachverstand. Online: <https://buergerschaft-fuer-gera.de> [17.02.2025].
- Bürger für Suhl (2024):** <https://bfs-suhl.de/> gelöscht, Beleg liegt vor.
- Bürgerliste Südharz (2024):** Wer wir sind – Die Bürgerliste Südharz stellt sich vor. Online: <https://www.buergerlistesuedharz.de/über-die-bürgerliste> [17.02.2025].
- Die Regionalen Altenburger Land (2024):** Wahlprogramm 2024. Online: <https://regionale-altenburgerland.de/wahlprogramm/> [17.02.2025].
- Demokratische Initiative Eichsfeld (2024):** »DIE«-Wahlprogramm. Online: https://demokratische-initiative-eichsfeld.de/wp-content/uploads/2024/03/Flyer_Wahlprogramm_DIE2.pdf [17.02.2025].
- Die Regionalen Altenburger Land (2024):** Wahlprogramm 2024. Online: <https://regionale-altenburgerland.de/wahlprogramm/> [17.02.2025].
- Freie Wähler Ilm-Kreis (2024):** Wahlprogramm. Online: <https://freie-waehler.jimdofree.com/wahlprogramm/> [17.02.2025].
- Freie Wähler Schmalkalden-Meinungen (2024):** Freie Wähler e.V. Online: <https://www.fw-sm.de> [17.02.2025].
- ProKommune Bürgerschaft Weida (2024):** ProKommune Bürgerschaft Weida – Hintergrund. Online: <https://www.prokommuneweida.de/hintergrund> [17.02.2025].
- PRO Sonneberg (2024):** PRO Sonneberg e.V. – Wir über uns. Online: <https://pro-son.de> [17.02.2025].
- Rückert, Uwe (2024):** Warum das Bürgerbündnis STARKE HEIMAT wählen. Online: <https://uwe-rueckert.de/warum-das-buergerbuendnis-starke-heimat-waehlen/> [17.02.2025].



KNOCKOUT 51: RECHTLICHER SCHUTZ FÜR RECHTE GEWALT? WIE DIE THÜRINGER JUSTIZ DIE RECHTSEXTREME GRUPPE AUS EISENACH UMDEUTETE

Prozessdoku Thüringen¹²

Die rechtsextreme Gruppierung *Knockout 51* wurde durch den Generalbundesanwalt (GBA) aufgrund des Vorwurfs der Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt (§ 129 a StGB). Bereits dieser Umstand stellt eine Besonderheit dar. Der Paragraph ist häufig dem Vorwurf ausgesetzt, vorrangig als Ermittlungsinstrument gegen linke Gruppen zu dienen. Der Generalbundesanwalt klagte in den Jahren 2021 und 2022 nur eine einzelne Person aus dem rechtsextremen Spektrum auf Grundlage dieses Delikts an (Deutscher Bundestag 2023: 6).

Im Jahr 2023 folgte dann das Verfahren gegen vier *Knockout-51*-Mitglieder vor dem Thüringer Oberlandesgericht (OLG) Jena. Der Terrorvorwurf wurde damit begründet, dass *Knockout 51* ab 2021 auch tödliche Gewalt beabsichtigte. Demnach wollte die Gruppe Linke provozieren, um unter dem Deckmantel der Notwehr mit tödlicher Gewalt zu reagieren. Bereits zuvor wurde in Eisenach mittels Gewalt ein »Nazikiez« angestrebt. Teil der Anklage waren auch schwerwiegende Körperverletzungen. Diese richteten sich vorrangig gegen Angehörige des politisch linken Lagers und von der Vereinigung als »Asoziale« eingestufte Personen (beispielsweise Drogenkonsument*innen).

¹² Die Gruppe Prozessdoku Thüringen dokumentiert Prozesse zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Die Prozessberichte werden u. a. auf dem gleichnamigen Blog veröffentlicht.

Die Chronologie des Verfahrens

Als nicht weniger besonders erwies sich die daran anknüpfende rechtliche Aufarbeitung. Im August 2023 eröffnete das OLG Jena zwar zunächst das Hauptverfahren, ließ den Anklagevorwurf der terroristischen Vereinigung aber nicht zu, da aus Sicht des Gerichts *Knockout 51* nur eine kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) darstelle. Während die Bundesanwaltschaft für den Rädelsführer Leon R. eine Haftstrafe von sieben Jahren forderte, lautete das Urteil im Juli 2024 nur auf knapp vier Jahre. Die Haftstrafen der weiteren drei Angeklagten gingen nicht über zwei Jahre und sechs Monate hinaus. Über die dagegen eingelegte Revision hat der Bundesgerichtshof (BGH) noch nicht entschieden.

Nur wenige Wochen später klagte die Bundesanwaltschaft im September 2024 – wiederum in Jena und aufgrund des Terrorvorwurfs – drei weitere Personen (mutmaßliche Mitglieder bzw. Unterstützer von *Knockout 51*) an. Neben Marvin W. und dem Gründungsmitglied Kevin N., der zugleich als ideologischer Kopf der Gruppe galt, soll auch dem Heimat-Lokalpolitiker Patrick Wieschke der Prozess gemacht werden. Bei einer Verurteilung könnte er sein Mandat im Eisenacher Stadtrat verlieren. Bei der diesmaligen Entscheidung über die Zulassung der Anklage ging das Oberlandesgericht noch einen Schritt weiter. Es lehnte – wenig überraschend – nicht nur den Vorwurf des § 129a StGB, sondern auch seine generelle Zuständigkeit für das zweite *Knockout-51*-Verfahren ab. Stattdessen solle das Landgericht Gera verhandeln. Aus Sicht des Jenaer Staatsschutzsenats fehle es für eine eigene Befassung an einer hinreichenden Bedeutung des Verfahrens. Der BGH hat der eingelegten Beschwerde im Februar 2025 stattgegeben und das Verfahren nun doch vor dem Thüringer Oberlandesgericht eröffnet. Um eine unvoreingenommene Urteilsfindung zu sichern, muss in Jena nun zugleich unter neuer richterlicher Besetzung verhandelt werden. Zugleich ist wahrscheinlich, dass auch das bereits ergangene Urteil aus dem ersten *Knockout-51*-Verfahren vom BGH aufgehoben wird.

Lange Vorgeschichte

Erneut hat damit ein Akteur auf Bundesebene gegen den Umgang mit Rechtsextremismus auf Thüringer Ebene interveniert. Bereits die Ermittlungen gegen *Knockout 51* wurden erst durch das BKA und den GBA initiiert, nachdem bei dem Hauptangeklagten Leon R. Bezüge zu der *Atomwaffen Division Deutschland* festgestellt wurden. Erkennt-

nisse des Landeskriminalamtes (LKA) spielten für die Thesen des GBA kaum eine Rolle. Schon lange vorher engagierte sich derselbe Personenkreis in der Vorgängergruppierung *Nationaler Aufbau Eisenach*, bevor diese aus Angst vor einem Verbot aufgelöst wurde. Im Prozess gegen *Knockout 51* kam zur Sprache, dass gegen diese Personen allein in den Jahren 2015 bis 2017 42 Ermittlungsverfahren geführt wurden, die aus Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Propagandadelikten resultierten. Neu war mit *Knockout 51* die überregionale Vernetzung in der rechtsextremen Kampfsportszene und das Selbstverständnis als elitäre Kampfseinheit in der Neonaziszene Eisenachs. Auf lokaler Ebene blieb es aber damals bei jeweils isolierten Strafverfahren, ohne im Rahmen einer strafrechtlichen Erfassung als kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) bestehende Gruppenstrukturen zu erfassen. Ein bereits 2015 eingeleitetes Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB gegen zwei Personen aus dem identischen Umfeld wurde eingestellt.

Ein mögliches Tätigwerden der Bundesbehörde setzt bereits einen fortgeschrittenen Radikalisierungsverlauf voraus, zuvor sind ausschließlich die Länder zuständig. Der Geschehensablauf erinnert an Vergleichsfälle in Sachsen aus der Vergangenheit, die auch § 129a StGB zum Gegenstand hatten. So wollte auch im Fall der neonazistischen *Gruppe Freital* die sächsische Generalstaatsanwaltschaft die Beschuldigten nur isoliert wegen einzelner Delikte belangen. Erst durch die Übernahme des Verfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft kam es zu einer Auseinandersetzung mit der Gruppenstruktur und schließlich einer Verurteilung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (Schedler 2018: 45). Aus dem Komplex um die *Gruppe Freital* wurde anschließend die Schlussfolgerung gezogen, dass sich nach dem Versagen der lokalen Behörden zumindest das Sächsische Oberlandesgericht im Vergleich zu anderen Tatgerichten positiv hervorgetan habe (Pietrzyk/Hoffmann 2020: 322). Hieraus erwuchs die Hoffnung, dass das Zusammenwirken eines »zupackenden Generalbundesanwalts« mit entsprechenden Urteilen der Oberlandesgerichte das Versagen der lokalen Behörden im Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen zumindest in herausgehobenen Fällen kompensieren kann (Schultz 2021: 145).

Novum in Jena

Im Verfahren in Jena kam es dagegen anders. Normalerweise herrscht in Staatsschutzverfahren zwischen der Bundesanwaltschaft und den Oberlandesgerichten – unabhängig des politischen Hintergrunds – in wesentlichen Fragen ein überwiegender Konsens. Der GBA kann durch

die Anklageschrift bereits die politische Richtung des Verfahrens dirigieren und wesentliche Narrative vorgeben, die meist von den Gerichten übernommen werden. Zudem muss der BGH in Staatsschutzverfahren schon früh aufgrund seiner Zuständigkeit für Haftprüfungen eine rechtliche Einschätzung abgeben. Das soll den Gerichten eine frühzeitige Weichenstellung ermöglichen (Nehm 2020: 1346 f.).

In drei Beschlüssen, die jeweils Haftprüfungen aus dem zweiten *Knockout-51*-Verfahren (also von Kevin N. und Marvin W.) zum Gegenstand hatten, wies der Bundesgerichtshof darauf hin, dass *Knockout 51* aus seiner Sicht eine terroristische Vereinigung darstellt. Wenige Tage vor dem Urteil führte er explizit aus, dass das OLG Jena Tötungsabsichten fälschlicherweise verneint. Dafür spreche in der Gesamtwürdigung die quasimilitärische Aufrüstung mit Macheten und einer 3D-gedruckten Waffe, etliche gewalttätige Äußerungen wie »Antifas umlegen« und geäußerte Pläne, mit einem Auto in eine Menschenmenge zu fahren (Bundesgerichtshof 2024).

Dabei soll nicht suggeriert werden, dass es wünschenswert wäre, dass sich ein Gericht der Bundesanwaltschaft »unterwirft«. Gleichwohl stellt es einen bemerkenswerten Umstand dar, dass gerade der Staatsschutzsenat Thüringens im Umgang mit rechtsextremer Gewalt die gewünschte Verfahrenssteuerung des obersten Strafgerichts derart ignoriert und so die Aufhebung der eigenen Urteilsentscheidungen, wie nun geschehen, in Kauf nimmt. Dies dürfte aufgrund der institutionellen Logik in der Staatsschutzjustiz in diesem Ausmaß ein Novum darstellen. Der anwesende Bundesanwalt bezeichnete die Verfahrensführung in Jena rückwirkend als »einzigartig« für einen Staatsschutzsenat.

Relativierung und Normalisierung

Inhaltlich interpretierte das OLG Jena sämtliche Äußerungen und Handlungen der Neonazis im Lichte eines Selbstschutzes gegen links-extreme Gewalt. Ein nur vorgeschobener Verteidigungswille wurde trotz Aussagen wie »Vielen Dank nochmal an dieser Stelle an den Notwehr-Paragraphen« und der Propagierung eines »Faschistischen Selbstschutzes« verneint. Selbst die Errichtung eines »Waffenarsenals« stehe vor dem Hintergrund der eigenen Verteidigungsfähigkeit (Thüringer Oberlandesgericht 2024). Damit erhält die in der rechts-extremen Szene propagierte Defensivrhetorik, wonach eigene Gewalt einen notwendigen Abwehrkampf des Widerstands darstelle, eine juristische Einkleidung durch das höchste Strafgericht Thüringens.

Der BGH wies diese Argumentation in dem nun ergangenen Beschluss zurück und betitelte vorgegebene Verteidigungsabsichten als »Deckmantel für die eigene Aggression« (Bundesgerichtshof 2025).

Das Thüringer Gericht nimmt auch in der grundlegenden Bewertung von Rechtsextremismus eine Sonderstellung ein. Wie bereits angerissen, ist ein Oberlandesgericht auch für Verfahren gegen kriminelle Vereinigungen zuständig, wenn dem Fall eine besondere Bedeutung zukommt. Dem Kriterium wohnt eine politische Wertung inne. Der BGH führte bei *Knockout 51* hierzu aus, dass sich die besondere Bedeutung aus der nationalsozialistischen Ausrichtung, der überregionalen Vernetzung mit rechtsradikalen Kräften und dem Willen, mit Gewalt ein Stadtgebiet zu kontrollieren, ergebe (Bundesgerichtshof 2022).

Das OLG Jena betitelte in seinem Beschluss die vorgeworfenen Straftaten dagegen als »Vorfälle, die im Wesentlichen die Schwelle einer persönlichen Auseinandersetzung nicht überschritten«. Gleichzeitig insinuierte das Gericht, dass Warnungen vor dem Gefährdungspotenzial der Gruppe aus der Luft gegriffen seien. So habe *Knockout 51* in den Medien und der Bevölkerung erst durch die Festnahmen Aufsehen hervorgerufen. Das öffentliche Interesse sei »künstlich konstruiert« (Thüringer Oberlandesgericht 2024). Durch diese Argumentation wird nicht nur die fortgeschrittene Normalisierung rechtsextremer Gewalt in Eisenach (Salheiser/Quent 2022: 174 f.) verrechtlicht. Es wird auch ersichtlich, dass Resignation und Ignoranz in weiten Teilen der Bevölkerung aus Sicht des Gerichts gleichzeitig die juristische Bedeutung von Neonazi-Strukturen relativiert. Während sich aus Urteilen anderer Oberlandesgerichte eine höhere Sensibilisierung unterer Gerichtsstufen für rechtsextreme Strukturen erhofft wurde (Pietrzyk/Hoffmann 2020: 322), ist in Thüringen folglich das Gegenteil zu befürchten.

LITERATUR UND QUELLEN

Bundesgerichtshof (2022): AK 36–39/22, Beschluss vom 03.11.2022.

Bundesgerichtshof (2024): AK 57 + 58/24, Beschluss vom 26.06.2024.

Bundesgerichtshof (2025): StB 75–74/24, Beschluss vom 06.02.2025.

Deutscher Bundestag (2023): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 20/7869 – Straf- und Ermittlungsverfahren nach § 129, § 129 a und § 129 b des Strafgesetzbuches in den Jahren 2021 und 2022, Drucksache 20/8353.

Nehm, Kai (2020): Sündenfall oder Stein der Weisen? – Bundes-Staatschutzstrafverfahren der Oberlandesgerichte, In: NJW, 73, Heft 19, S. 1343–1348.

Pietrzyk, Kristin/Hoffmann, Alexander (2020): Die Rolle von Generalbundesanwalt und Nebenklage in exemplarischen Rechtsterror-Verfahren. In: Kritische Justiz, 53, Heft 3, S. 311–327.

Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022): Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink [Hrsg.]: Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. transcript Verlag: Bielefeld, S. 165–182.

Schedler, Jan (2018): Rechtsterrorismus: Radikale Milieus, Politische Gelegenheitsstrukturen und Framing am Beispiel des NSU. Springer VS: Wiesbaden.

Schultz, Tanjev (2021): Kein Schlusstrich, kein Vergessen. In: Tanjev Schultz [Hrsg.]: »Nationalsozialistischer Untergrund«. Zehn Jahre danach und kein Schlusstrich. Kohlhammer: Stuttgart, S. 139–149.

Thüringer Oberlandesgericht (2024): 3 St 2 BJ 153/23, Beschluss vom 19.12.2024.



AUTOR*INNEN-INFORMATIONEN

Arnold, Romy, M. A. — studierte Politikwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist seit 2019 Projektleiterin und Beraterin bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Bojarskich, Vladimir, M. Sc. — ist Doktorand am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienpsychologie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit September 2024 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex) tätig.

Dieckmann, Janine, Dr. phil. — ist Sozialpsychologin mit Forschungs- und Arbeitsschwerpunkten der interdisziplinären Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsarbeit. Seit 2019 leitet sie den Forschungsbereich »Diversität, Engagement und Diskriminierung« am IDZ Jena.

Finn, Christine, Dr. phil. — ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienpsychologie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit November 2023 ist sie als Postdoktorandin im BMBF-geförderten Projekt »Sensibilisierung für politische Voreingenommenheit« (SensipoV) tätig.

Franke, Helene, M. A. — ist Politikwissenschaftlerin und war während ihres Studiums studentische Assistentin am *Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit Mai 2025 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft.

Gdowzok, Laura, M. A. — ist Medienpädagogin und arbeitet als Beraterin bei *elly*, der Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen.

Gothe, Matthias, M. A. — arbeitet als Projektkoordinator beim *Vielfalt Leben – QueerWeg* e.V. und engagiert sich in den Bereichen Vielfaltsgestaltung sowie Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen.

Grosche, Carla, M. Sc. — ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienpsychologie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Helmert, Cornelius, M. A. — ist Politikwissenschaftler, arbeitet seit 2021 am IDZ und koordiniert hier die Rechtsextremismus- und Demokratieforschung im Rahmen der Förderung durch das Thüringer Landesprogramm

»Denk Bunt« und war maßgeblich an den Analysen des IDZ zu den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024 beteiligt.

Kaspar, Stephan — studiert im Master Soziologie an der Friedrich-Schiller-Uni Jena und absolvierte einen Bachelor in Staatswissenschaften (Schwerpunkt Sozial- und Wirtschaftswissenschaften) an der Universität Erfurt.

Lauß, Theresa — hat Sozialwissenschaften und Soziologie an den Universitäten in Erfurt und Jena studiert. Sie ist Beraterin bei *ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*.

Lell, Joscha, B. A. — studierte Soziale Arbeit und arbeitet als Berater*in bei *elly*, der Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen.

Meier, Gina — studiert Internationale Beziehungen und Kommunikationswissenschaft (B. A.) an der Universität Erfurt und absolvierte ein Zertifikatsstudium in Gender Studies und feministischer Zukunftsforschung. Sie engagiert sich zivilgesellschaftlich im queerpolitischen Bereich.

Merkle, Hannah, M. A. — studierte Politikwissenschaft und Gesellschaftstheorie in Tübingen und Jena und ist seit 2023 Beraterin bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Richter, Christoph, M. A. — ist Soziologe, arbeitet seit 2020 am IDZ als Jenaer Standort des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und forscht derzeit zu Polarisierungsdynamiken in den Sozialen Medien. Seit Jahren realisiert er für das IDZ statistische Mehrebenenanalysen zu den Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien bei Bundestags-, Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen.

Rothmund, Tobias, Prof. Dr. — ist Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie mit dem Schwerpunkt Netzöffentlichkeit und Social Media am Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Uni Jena. Seit 2024 ist er zudem Direktor des *Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex).

Salheiser, Axel, Dr. phil. — studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* (IDZ).

Schergaut, Jakob, M. A. — ist Sozialwissenschaftler und verantwortet das seit August 2024 von der Stiftung EVZ geförderte Projekt »Geschichte statt Mythen« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Schuldt, Luca — studiert Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und absolvierte zuvor ein Studium der Medienwissenschaften an der Bauhaus-Universität Weimar. Seit April 2024 ist er als Projektmitarbeiter für die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) Thüringen tätig.

Steiner, Felix M. — studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit 2013 arbeitet er als Berater bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Stolp, Arne, M. Sc. — ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienpsychologie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit Oktober 2023 ist er als Doktorand im BMBF-geförderten Projekt »Sensibilisierung für politische Voreingenommenheit« (SensipoV) tätig.

Streitberger, Johannes — ist Historiker und seit 2024 Geschäftsführer des *Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Uni Jena.

Uluçay, Berna, M. A. — studierte Soziologie und ist Projektleiterin bei *elly*, der Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen.

Wenzlaff, Alessa — studiert Civic Education (M. A.) im Bereich Soziale Arbeit an der Ernst-Abbe-Hochschule und ist politische*r Bildner*in. Alessa Wenzlaff arbeitet und forscht aktuell zu queer- und transfeindlicher Gewalt und zivilgesellschaftlichem Monitoring.

Zielinski, Susanne — ist Historikerin und Literaturwissenschaftlerin. Seit Sommer 2022 ist sie wissenschaftliche Referentin am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (IDZ). Sie leitet die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen* (RIAS Thüringen).

Ziemer, Carolin-Theresa, M. Sc. — ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienpsychologie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Zobel, Franz — studierte Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er ist Projektleiter von *ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*.









IMPRESSUM

Herausgeber*innen: ezra,
MOBIT, KomRex, IDZ Jena
Redaktion: Dr. Axel Salheiser
Gestaltung und Satz: Uwe Adler
Redaktionsschluss: 1. Mai 2025
Abbildungen: Wenn nicht anders
angegeben, liegen die Bildrechte
bei den jeweiligen Autor*innen.

ISSN Print: 2751-1847
ISSN Online: 2940-8679

© 2025

Gefördert vom Thüringer Ministerium
für Soziales, Gesundheit, Arbeit
und Familie im Rahmen des Thüringer
Landesprogramms für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit »Denk Bunt«.

*Diese Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung
des TMSGAF dar. Für inhaltliche
Aussagen tragen die Autor*innen
die Verantwortung.*

**MOBIT – Mobile Beratung
in Thüringen – für Demokratie,
gegen Rechtsextremismus e.V.**
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt
E-Mail: mail@mobit.org

WWW.MOBIT.ORG

**ezra – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt in Thüringen**
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt
E-Mail: info@ezra.de

WWW.EZRA.DE

**KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und
gesellschaftliche Integration**
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Humboldtstraße 11, 07743 Jena
E-Mail: komrex@uni-jena.de

WWW.KOMREX.UNI-JENA.DE

**Institut für Demokratie
und Zivilgesellschaft (IDZ)**
Tatzendpromenade 2a, 07745 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de

WWW.IDZ-JENA.DE

*Das IDZ ist eine Einrichtung
in Trägerschaft der
Amadeu Antonio Stiftung.*

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

WWW.AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG.DE



DIE »THÜRINGER ZUSTÄNDE« 2024 BIETEN EINE KOMPAKTE, FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG

der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen. Dazu werden in zwölf Einzelbeiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen und Engagierten vorgelegt.

WWW.THUERINGER-ZUSTAENDE.DE

AUS DEM INHALT: » MOBIT-Jahresrückblick 2024: Wahlen und andere Begleiterscheinungen
» Rechte Gewalt entwickelt sich zu einem Massenphänomen: Erstmals über 200 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Thüringen in 2024
» Online-Hatespeech in Thüringen – Schlaglichter der Beratungsarbeit » »Alle gegen Zionisten«: (Israelbezogener) Antisemitismus in akademischen, linken und emanzipatorischen Milieus in Thüringen
» Neues Kräfteverhältnis in Thüringen: Erkenntnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Landtagswahl
» Erklärungsfaktoren für die Wahlergebnisse der AfD in Thüringen 2024 » Geschichtspolitik der AfD im Wahlkampf 2024 » Jugendlicher Rechtsruck? » Populismus zwischen Werbung und Vereinsmeldungen. Der Altenburger Kurier zur Landtagswahl 2024 » Queerfeindlichkeit in Thüringen im Superwahljahr 2024 » Politik ohne Ideologie? Rechts-offene Wählergruppen in Thüringen » *Knockout 51*: Rechtlicher Schutz für rechte Gewalt?